

Nr. 7

12. -18. Februar 1990

BRD 2, - DM
Österreich 10, - ÖS
Schweiz 1, 80 sfr
Berlin (West) 2, - DM

MOSKAUER HEFTE
FÜR POLITIK

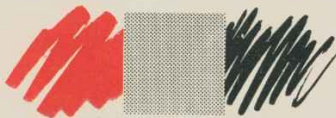
NEUE ZEIT

Konversion in der BRD



Unsere Erde:
**Nest des Lebens
oder Müllgrube?**





PERSPEKTIVEN



Zeichnung: Leonid Tischkow

LESERBRIEFE (2), EREIGNISSE DER WOCHE (4), PERSONALIEN (44)

UdSSR A. Gelman, A. Nujkin, L. Batkin, P. Karp, M. Schatrow PARTEI



Großdemonstration in Moskau
für Perestroika

S. 5

UND KRISE. Fünf unorthodoxe Meinungen zu dem,
was zu tun ist 5

BULGARIEN W. Shitomirski „WIR SIND NICHT
DIE EINZIGEN...“ 13

POLEN R. Borecki LINKS – WIE GEHT ES WEITER? 15

EXKLUSIV FÜR DIE NZ
S. Brucan GLOBALISMUS UND KLASSENKAMPF 17

SÜDAFRIKA J. Borowoj EIN NEUER MANDELA 18

REPUBLIK KOREA J. Starostenko ROH PLUS ZWEI KIMS 19

NAHER OSTEN D. Weliki ÜBER DIE INTIFADA ZUM DIALOG 20

KONVERSION N. Sholkwer BEETHOVEN AUS DER
RÜSTUNGSPRODUKTION 22

NZ-STANDPUNKT S. Samujlow VORLAGE FÜR DIE KONSERVATIVEN 25

NZ-DISKUSSIONSCLUB
W. Nossenکو EINIGE LEHREN AUS FRÜHEREN FEHLERN 26

WIRTSCHAFTSBAROMETER S. Goljakow WAS WIR GEWINNEN,
WAS WIR VERLIEREN 29

KRISEN DER PERESTROIKA G. Arijewitsch LEIDENSCHAFTEN
AUF DEM PLATZ 30

FRAUEN-LOGIK T. Iwanowa ICH SCHÄME MICH 33

UMWELT A. Poljuchow VORTEILE FÜR MUSTERSCHÜLER, BUSSGELDER
FÜR SITZENBLEIBER 34

JUNGE WELT S. Solowejschik DIE ZWEITE HÄLFTE DES LEBENS 37

RELIGION W. Rasuwajew DER WEG ZUM GOTTESHAUS 38

FESTIVAL „NOWOJE WREMJA“ T. Firssowa SONATE FÜR EIN SOLO-LEBEN 39

HANDSCHRIFTEN BRENNEN NICHT R. Luxemburg DIKTATUR
UND DEMOKRATIE 40

B. Orlow DURCH DAS PRISMA DER MENSCHLICHKEIT 46



Comeback
Nelson Mandelas
S.18

Titelbild: Viktor Brel

Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.

☎: 229-88-72, 209-07-67

Telex 411164a NEWTSU, 411164b NEWTSU, 411164c NEWTSU Telefax: 200-42-23, 200-41-92

Erscheint in Russisch, Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch, Portugiesisch,
Italienisch, Polnisch, Tschechisch und Griechisch ● Druck: „Moskowskaja Prawda“

„Aeroflot“ bringt die „Neue Zeit“ prompt in jedes Land

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet

LESERBRIEFE

Chefredakteur

Vitali IGNATENKO
Redaktionskollegium:
Leonid ABRAMOW,
Lew BESYMENSKI,
Alexej BUKALOW
(verantwortl. Sekretär),
Alexander DIDUSENKO,
Vitali GANJUSCHKIN
(stellv.

Chefredakteur),

Sergej GOLJAKOW,
Wladimir
KULISTIKOW
(stellv. Chefredakteur),
Leonid MLETSCHIN,
Dmitri POGORSCHESKI,
Alexander PUMPJANSKI
(1. stellv.

Chefredakteur),

Galina SIDOROWA,
Viktor STARSCHINOW

Gestaltung:

Igor SCHEJIN

Verantw. Redaktion
der deutschen Ausgabe:
Gennadi MJASNİKOW

NZ-Korrespondenten:

Algier

Michail CHROBOSTOW;

Belgrad

Gennadi SYSSOJEW;

Berlin

Anatoli KOWRIGIN;

Bonn

Nikita SHOLKWER;

Bukarest

Sergej SWIRIN;

Delhi

Sergej IRODOW;

Havanna

Vitali SOBOLEW;

Lusaka

Nikolai RESCHETNJAK;

Managua

Juri KUDIMOW;

New York

Jewgeni ANDRIANOW;

Prag

Kim KOSTENKO;

Rom

Pawel NEGOIZA;

Stockholm

Alexander POLJUCHOW;

Tokio

Wladimir

OWSJANNIKOW;

Warschau

Rudolf BOREZKI

Auslandsredaktionen:

Warschau, „Nowe Czesy“

Jan LYSEK;

Prag, „Nova doba“

Vladimir TRAVNICEK;

Athen, „Nei Keri“

Kostas MICHAELIDES

Die NZ berichtete über die Probleme, mit denen der Bund für sozialen Schutz von Militär-angehörigen „Schild“ konfrontiert ist. Unser Zentrum möchte diese Informationen noch ergänzen.

■ Bei der Aufstellung der Kandidaten in den Reihen der Sowjetarmee gab es fast keine Probleme bei Vertretern des Oberkommandos, der Stäbe und der Politverwaltungen, dafür wurden die Mitglieder von „Schild“ stark behindert.

Im Baumann-Wahlbezirk Nr. 5 sollte Major Moskowschenko, Dozent an der Shukowski-Luftfahrtakademie, Mitglied des Koordinierungsrates

und Co-Vorsitzender der Moskauer Abteilung von „Schild“, für den Obersten Sowjet der RSFSR nominiert werden. Das Oberkommando der Akademie verhinderte durch einen Befehl die Nominierung des Majors. In Abwesenheit wurde er allerdings vom Institut für Maschinenkunde der AdW der UdSSR nominiert. Da verfügte das Oberkommando der Luftstreitkräfte die Versetzung des Majors nach Wolsk im Gebiet Saratow mit der Auflage, Moskau bis spätestens 9. Januar 1990 zu verlassen... Außerdem erhielt Moskowschenko einen strengen Parteiverweis, und man bescheinigte ihm „eingeschränkte Dienstbefähigung“.

Er aber weigerte sich, seine Kandidatur zurückzuziehen. Daraufhin wurde Major Moskowschnko am 10. Januar „wegen Diskreditierung des hohen Rufes eines sowjetischen Offiziers“ ohne Pensionsanspruch aus den Streitkräften entlassen (Die Armeezeitung „Krasnaja swesda“ vom 13. Januar teilte mit, die Zentrale Wahlkommission habe vorgeschlagen, den Streit vor die Kaderverwaltung des Verteidigungsministeriums der UdSSR zu bringen). Die Frage blieb offen, der Kandidat wurde bis jetzt noch nicht offiziell registriert.

Verehrter Genosse Redakteur!

Voller Genugtuung las ich in Ihrer Zeitschrift den Verfassungsentwurf für unser Land von Andrej Sacharow. Es geht nicht allein darum, daß Sie der Welt die Möglichkeit geboten haben, dieses Dokument, das von einem der klügsten Menschen unserer, ja aller Zeiten verfaßt wurde, zu beurteilen. Aber selbst das wäre schon eine überaus wichtige Sache. Allen ist klar, daß unsere Verfassung veraltet ist, alle sprechen davon, daß sie grundlegend verändert werden muß, aber keiner macht einen Vorschlag. Im Gespräch sind lediglich einzelne Artikel. Es geht natürlich nicht um einzelne Artikel, sondern darum, daß wir ohne eine neue Verfassung keine Chance haben, ein Rechtsstaat zu werden. Um aber eine neue Verfassung annehmen zu können, brauchen wir konzeptionell völlig neue Texte. Andernfalls treten wir auf der Stelle und erschüttern lediglich die Luft mit geschwollenen Aufrufen zur Veränderung der Verfassung.

Meiner Ansicht nach haben Sie mit Ihrer Veröffentlichung dem Auf-der-Stelle-treten ein Ende gesetzt. Jetzt besteht die Möglichkeit zu erörtern, vielleicht etwas abzulehnen, zu ergänzen oder zu verbessern. Jetzt hat sich der kollektive Verstand der Sache angenommen. Man kann also sagen, daß der erste Schritt auf dem Weg zur Schaffung einer neuen Verfassung getan ist.

Doch es geht nicht nur darum. Seinerzeit hat unsere Zeitung die Wahlkampfplattform des Kandidaten Andrej Sacharow veröffentlicht, ein Material, das in keinerlei direkter Beziehung zu den Problemen der Polygraphie, des Verlagswesens und des Buchhandels stand. Wir aber sind davon ausgegangen, daß es im Land nicht so viele Leute gibt, deren Tätigkeit nicht nur für einzelne Zweige von Wissenschaft und Technik von Bedeutung ist, deren Gedanken nicht nur bestimmten Personengruppen etwas bedeuten, deren Ethik, deren Verhalten insgesamt nicht nur auf Nahestehende und Angehörige einen wohlthuenden Einfluß ausübt... Wir sind davon ausgegangen, daß die Persönlichkeit und Tätigkeit, das ganze Leben von Andrej Sacharow einmalig und nicht nur einfach wertvoll ist, sondern von unschätzbarem Wert für das Land und unsere Gesellschaft insgesamt.

Sicher waren es ähnliche Beweggründe, die Ihre Redaktion veranlaßt haben, seinen Verfassungsentwurf und Beiträge über ihn zu veröffentlichen. Aus diesem Grunde wende ich mich an Sie, meine Gleichgesinnten.

Die Zeitung „Knishnoje obosrenije“ („Bücher-rundschau“) hat beschlossen, als kollektiver Organisator für die Herausgabe eines Buches mit Erinnerungen über Andrej Sacharow in Aktion zu treten. Wir haben uns an alle, die uns lesen, mit dem Aufruf gewandt, eigene Beiträge für dieses Buch beizusteuern, an alle, die Andrej Sacharow in jungen oder reifen Jahren gekannt haben, an alle, deren Lebenswege den seinen kreuzten, an alle, die in den Tagen der beiden Kongresse mit ihm sprachen, an alle, die neben ihm gesessen und zugehört haben... Wir baten alle Menschen, uns ihre Erinnerungen an Andrej Sacharow zuzuschicken.

Vielleicht haben Sie die Freundlichkeit und gestatten mir, mich über Ihre Zeitschrift mit demselben Aufruf an alle ausländischen Leser zu wenden. Die „Neue Zeit“ wird in vielen Ländern gelesen, und Sacharow war eine weltbekannte Persönlichkeit. Unsere Zeitung hat dagegen nur wenige Abonnenten im Ausland. Unsere Anschrift: 129272 Moskau, Sustschewski wal 64, „Knishnoje obosrenije“. Sollten die Leser Ihrer Zeitschrift ihre Beiträge lieber an die NZ schicken wollen und Sie vielleicht den Wunsch haben, sich an der Herausgabe dieses Buches zu beteiligen, so sehe ich darin nur einen Vorteil. Das Buch mit Erinnerungen an Andrej Sacharow könnte unsere gemeinsame Sache werden, ein Gemeinschaftswerk von „Neue Zeit“ und „Knishnoje obosrenije“.

Hochachtungsvoll
Jewgeni Awerin

Chefredakteur der Zeitung „Knishnoje obosrenije“

Wenn Sie nicht die ganze Wahrheit über die sozialistischen Länder schreiben, behindern Sie Gorbatschow bei der Durchführung seiner Politik

Freie Ausreise. Für wen?

Ein Buch mit Erinnerungen an Sacharow

Der Vorsitzende der Kontrollkommission des Bundes „Schild“, Hauptmann Danilejtchenko, wurde von den Militäranghörigen seiner Einheit als Kandidat für den Obersten Sowjet der RSFSR und den Stadtsowjet von Odinzowo im Wahlbezirk Nr. 48 aufgestellt. Daraufhin kürzte das Oberkommando ausgerechnet seine Planstelle. Danilejtchenko wurde in eine neue Dienststelle bei Moskau versetzt, 200 Kilometer von dem Ort seiner Nominierung entfernt. Die Familie des Offiziers bekam am neuen Dienstort keine Wohnung zugewiesen.

Das Mitglied von „Schild“, Oberleutnant Ozolins, wurde als Kandidat für den Moskauer Stadtsowjet nominiert und aus der Armee entlassen.

Zentrum für politische und rechtliche Untersuchungen Moskau

■ Ich achte Ihre Zeitschrift. In den zwei vergangenen Jahren haben Sie keinen einzigen Fehler gegen die Demokratie begangen. Sie sind konsequente Demokraten, vielleicht konsequenter als alle anderen. Damit meine ich die innenpolitische Thematik. Was das internationale Leben betrifft, kommt es mir oft so vor, als würde ich eine andere Zeitschrift lesen. Haben Sie nicht die Memoiren von Nina Berberowa „Mein Kur-siv“ gelesen? Sie erzählt darin, daß Europa nicht glauben wollte, daß in Rußland für die Literatur eine unglaubliche Situation geschaffen wurde, daß Schriftsteller eingesperrt werden, daß die Zensur verhindert, auch nur ein einziges wahrheitsgetreues Wort zu drucken. Keiner wollte dem Gehör schenken, keiner wollte sich unsere Qual zu Herzen nehmen, für unsere Mitbürger, für unsere Kultur eintreten...

Scheint Ihnen nicht auch, daß

wir, ebenso wie Europa Ende der 20er Jahre, nichts von Rumänien hören wollten? Wir sind kein einziges Mal für das leidgeprüfte Volk, das unter der Diktatur zu leiden hatte, für seine Freiheit eingetreten. Haben wir nichts gewußt? Hört doch auf! Unsere Leute waren dort, sie haben doch alles gesehen...

Und jetzt haben wir wieder keine Ahnung, wie es den Albanern geht? Oder den denkenden Menschen in Nordkorea?

Ich weiß nicht, aber mir jedenfalls steht die Politik Gorbatschows, ihre moralische Seite, nahe. Scheint Ihnen nicht, verehrte Journalisten, daß Sie, wenn Sie nicht für die Leidenden Partei ergreifen, Gorbatschow bei seiner Politik behindern?

W. Kibirow
Kasan, Tatarische ASSR

■ In letzter Zeit wird meine Aufmerksamkeit von den Vorgängen in der DDR, Rumänien und der Tschechoslowakei gefesselt. Die Analysen in unserer Presse, darunter auch in der NZ, sind tiefgründig, die Informationen ausreichend. Dennoch kann ich immer noch nicht begreifen, wie es dazu kommen konnte. Ich habe Erich Honecker für einen wahren Kommunisten gehalten. Jetzt wird er des Hochverrats beschuldigt. Wie kam es, daß er nicht der war, für den er sich jahrzehntelang ausgegeben hatte? Wie konnte so einer an die Spitze der Partei gelangen? Mir, einer alten Kommunistin, fällt es sehr schwer, das alles zu

begreifen. Gerade darüber, über die Gründe für die Entartung von Staatsoberhäuptern, müßte in der Presse viel mehr geschrieben werden.

Alexandra Kutscherajewna
Region Krasnojarsk, RSFSR

■ Meine Großmutter starb 1970. Sie hat nur ihr Dorf und mein trostloses Neubaugebiet in Moskau gesehen. In 80 Jahren. Ich habe es nicht einmal geschafft, ihr einen Fernseher zu kaufen.

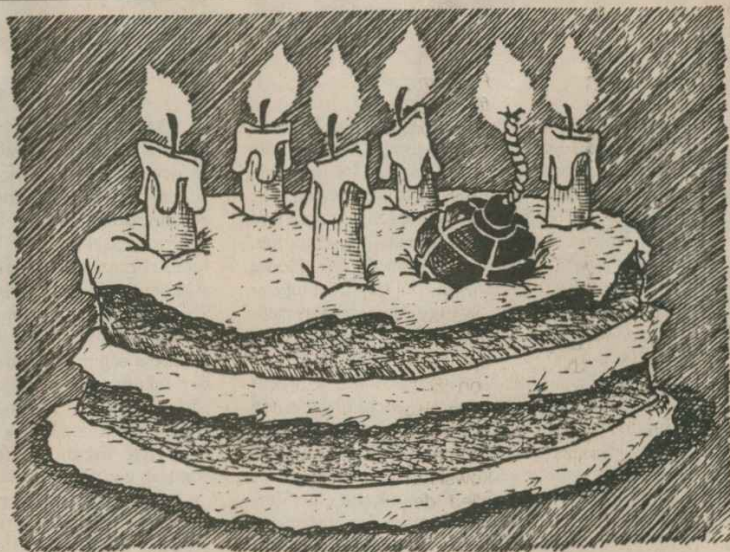
Und ich? Alle sprechen von „freier Ausreise“, man nimmt seinen Paß und fährt einfach los. Ich aber werde niemals irgendwohin fahren können, verstehen Sie? Ich habe kein Geld dafür und werde auch künftig keins haben. Meine Hochschulausbildung als Bibliothekarin wird bei uns viel zu gering honoriert. Ach man will unser Gehalt erhöhen? In drei Jahren, vielleicht um 30 Rubel! Vielen Dank dem großen Stalin für unsere glückliche Kindheit. Ein Paar Stiefel kosten mehr als ein ganzes Monatsgehalt.

Meine Urgroßmutter hat nur Kartoffeln und Weißkohl gekannt, von meiner Großmutter sprach ich bereits, meine Mutter hat auch mit jeder Kopeke rechnen müssen. Mir wird es ebenso ergehen, bis ich gestorben bin.

Galina Wostrikowa
Moskau

■ Man verspricht uns, daß bald ein Reisegesetz verabschiedet wird. Mir aber scheint, daß es auch danach nicht leicht sein wird, sein Recht auf Reisefreiheit zu realisieren. In der Allgemeinen Deklaration der Menschenrechte heißt es, jeder Mensch könne nach eigenem Belieben in jedes Land reisen. Tatsächlich ist das aber unmöglich. Nach Schweden darf man nur dann einreisen, wenn man dort eine Arbeitsstelle hat. Davon erfuhr ich bei einem Telefonat, das ich mit einem Vertreter der Botschaft Schwedens in Moskau führte. Beschränkungen wird es also auch weiterhin geben, wenn auch nicht von unserer Seite. Vielleicht sind sie auch notwendig. Wie soll ich aber, ein Chemieingenieur, einen Arbeitsvertrag im Ausland abschließen? Ich habe dort weder Verwandte noch Freunde und auch keine Beziehungen. Ich denke, in der Sowjetunion müßte eine Organisation geschaffen werden, an die sich einfache Sowjetbürger wenden können und von der sie bei der Arbeitsuche in anderen Ländern unterstützt werden. Das wäre eine Vermittlerorganisation, die die Verbindung zwischen uns und ausländischen Firmen herstellt.

J. Baschlykow
Gebiet Kemerowo, RSFSR
Zusammengestellt von
T. Tschernowa



Zeichnung: Alexej Tschernjakow



**Gregor
GYSI,**
Vorsitzender
der PDS

Die Geschichte hat die Frage der Vereinigung der beiden deutschen Staaten auf die Tagesordnung gesetzt. Bereits auf dem außerordentlichen Parteitag konstatierten wir, daß dieser Prozeß über föderale Strukturen und eine Konföderation beim Bau des gemeinsamen europäischen Hauses erfolgen kann. Heute besteht die Aufgabe darin, bei der Lösung der deutschen Frage die richtige Abfolge, das richtige Tempo und die richtige Handlungsweise zu finden.

Vor allem muß Verständnis dafür geweckt werden, daß es nicht um den Anschluß des einen Staates an den anderen geht, da jeder von ihnen seine eigenen Werte hat, sondern um eine Bewegung aufeinander zu, um eine gegenseitige Anpassung aneinander. Zudem kann eine Vereinigung ohne Berücksichtigung der Interessen der vier Großmächte und der europäischen Völker nicht erfolgen. Wenn die Deutschen die Beziehungen zwischen der BRD und der DDR auf besondere Weise ausgestalten wollen, dürfen sie dabei den Umstand, daß es die NATO und den Warschauer Vertrag gibt, nicht aus den Augen verlieren. Man kann sich nicht so vereinen, daß die beiden Teile Deutschlands verschiedenen Militärbündnissen angehören. Eine solche Lösung wäre nicht lebensfähig.

Ich sprach in Moskau mit Herrn Gorbatschow. Die Sowjetunion unterstützt alle Prozesse, die Frieden und Stabilität in Europa nicht zuwiderlaufen. Ich meine, die Deutschen werden nicht erneut für eine Destabilisierung sorgen.



**FERNANDO
COLLOR DE
MELLO,**
neugewählter
Präsident
Brasilens

Mein Besuch in der UdSSR ist von dem Wunsch diktiert, der ganzen Welt das Gesicht des neuen Brasilien, eines wirtschaftlich entwickelten Landes zu zeigen, das sich für den Kurs auf soziale Gerechtigkeit entschieden hat. Wir haben die Aufmerksamkeit der Völkergemeinschaft verdient, da Brasilien ein Land mit enormen Möglichkeiten ist.

Auch die Anerkennung der Rolle der sowjetischen Führung für das Schicksal der ganzen Welt führte uns nach Moskau. Das, was heute in der UdSSR geschieht, ist ein beeindruckendes Beispiel für die Entschlossenheit eines Leaders wie Michail Gorbatschow. Noch Generationen von Menschen auf unserer Erde werden sich dankbar an Glasnost und Perestroika in der Sowjetunion erinnern – Dinge, die nicht nur eine nationale, sondern eine weltweite Dimension haben.

Als künftiger Präsident Brasiliens, dessen Mandat am 15. März d. J. beginnt, bin ich mir der außerordentlichen Bedeutung der Anstrengungen der sowjetischen Führung bewußt und hoffe, daß dieser Besuch zur Festigung der bilateralen Beziehungen und zur Hebung des Lebensniveaus der Völker beider Länder beitragen wird.

In Moskau fanden zwei durchaus unterschiedliche Ereignisse statt, mit denen ich verbunden war: die internationale Begegnung zum Thema „Die menschliche Dimension des gesamteuropäischen Prozesses“ unter der Schirmherrschaft des Verbandes der sowjetischen Freundschaftsgesellschaften, die an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU stattfand, und ein Meeting der demokratischen Kräfte im Zentrum Moskaus.

Allein schon die Tatsache der Begegnung in der Akademie für Gesellschaftswissenschaften ist zu begrüßen. Erstmals wurden zu einer solchen halboffiziellen Veranstaltung (der Verband der Freundschaftsgesellschaften gehört, wie sich westliche Kollegen ausdrücken, zu den „von der Regierung organisierten nichtstaatlichen Organisationen“) unabhängige Bürgerrechtler, darunter die Helsinki-Gruppe, eingeladen. Doch die Probleme unseres Landes waren hinter dem teuren Marmor und dem Tuff der Akademie nicht zu erkennen, die Reden waren in der Regel speziell entschärft und wohlwollend. Ich würde das Treffen mit der Leitung des Justizministeriums, der Staatsanwaltschaft und des KGB besonders hervorheben. Justizminister Wenjamin Jakowlew gestand auf meine Frage hin ein, daß Art. 6 der Verfassung rechtswidrig ist und kündigte mögliche Veränderungen des Artikels für die nächste Zukunft an. Und der Vertreter des KGB berichtete, sein Amt habe früher entsprechend einem geheimen Gesetz von 1959, das die Vollmachten der Sicherheitsorgane bestimmte, gehandelt... Er gestand auch ein, daß das KGB, allerdings „in nicht sehr großem Umfang“, Briefe geöffnet habe. Früher wurde derartiges bestritten. Das neue Gesetz über das KGB, versprach mein Gesprächspartner, werde offen sein, werde offen diskutiert werden...

Das Meeting in Moskau führte nach unterschiedlichen Schätzungen 300 000 bis 500 000 Menschen zusammen. Die Einschätzung, die ihm in einer TASS-Meldung gegeben wurde, fand ich überaus befremdlich. „Extremismus“, „Aufrufe zur Gewalt“... Ja, die verschiedensten Reden wurden gehalten, doch Leitmotiv dabei war, unser Land mit friedlichen, demokratischen Mitteln aus der Krise zu führen. Erstmals wurde gefordert, ein Rundtischgespräch zwischen Opposition und Regierung durchzuführen. Und wenn in der Erklärung der neugebildeten Bewegung „Bürgeraktion“ auch von der „Organisation von Streiks und Kampagnen des zivilen Ungehorsams“ die Rede ist, dann nur als von „gewaltlosen Aktionen – und auch das nur „im äußersten Fall“. Nur als letztes Mittel!

Die „Bürgeraktion“ entstand aus dem Verständnis dafür, daß heute der Zusammenschluß aller demokratischen Kräfte notwendig ist, die bereit sind, ihr Handeln in einer gemeinsamen, alle Bürger umfassenden Bewegung zu organisieren. Die Bürger müssen selbst für ihre Zukunft verantwortlich sein, müssen sie selbst gestalten.



**SERGEJ
KOWALJOW,**
Mitglied der
Moskauer
Helsinki-Gruppe,
Kandidat
für den
Kongreß der
Volksdeputierten
der RSFSR



Partei und Krise

Fünf unorthodoxe Meinungen zu dem, was zu tun ist

Die Revolution von oben wird vom Leben überholt

Alexander Gelman,
Volksdeputierter der UdSSR

Während diese Artikel geschrieben wurden, tagte das Plenum des ZK der KPdSU. Auch nach seinem Abschluß werden Partei und Gesellschaft Gorbatschows Referat und die ZK-Plattform für den 28. Parteitag, der Ende Juni/Anfang Juli stattfinden soll, noch diskutieren. Einige Ideen, Wertungen und Vorschläge unserer Autoren mögen dem einen oder anderen zwar krass oder schockierend vorkommen, aber es ist ein Brainstorming, eine Diskussion, die Fortsetzungen notwendig macht. Heute darf man nicht die polemische Fragestellung, sondern muß das Unvermögen fürchten, brauchbare Antworten auf aktuelle Fragen zu geben. Mehr als alle anderen haben unsere Gesellschaft und die Partei den forschenden Gedanken, neue und mutige Ideen nötig.

Während ich diese Bemerkungen schreibe, tagt im Kreml das ZK-Plenum der KPdSU. Es findet hinter verschlossenen Türen statt. Das Fernsehen wurde nicht zugelassen. Die Redebeiträge erfahren wir aus Zeitungen. Worüber das ZK-Mitglieder während der beiden letzten Plenen im Dezember gesprochen haben, wurde weder der Partei noch der Öffentlichkeit mitgeteilt. Und das trotz zahlreicher Eingaben und Forderungen, unter anderem auch einer großen Gruppe von Kommunisten, Volksdeputierten der UdSSR. Allein schon diese Geheimnisthramerei des führenden Zentrums spricht für die tiefe Krise der Partei.

Diese Krise hat viele Seiten. Vor allem aber ist es die ideologisch-moralische Krise der Führungsschicht. Wäre diese Krise zu vermeiden gewesen? Hätte die Führung gleich zu Beginn der Perestroika oder noch vor zwei oder drei Jahren etwas unternehmen können, um die Krise zu verhindern? Ich bin sicher, daß diese Krise nicht zu verhindern war.

Schließlich hat nicht die ganze Führungsschicht, die in den Jahren der Stagnation ausgewählt wurde und sich formiert hat, den Reformprozeß angefangen. Eingeleitet hat den neuen Kurs eine Handvoll führender Funktionäre unter Gorbatschow. Damit der neue Kurs sich überhaupt durchsetzen konnte, war das Einverständnis der Mehrheit der ZK-Mitglieder erforderlich. Eigentlich war also das Einverständnis von Leuten erforderlich, die entweder ganz gegen das Neue waren oder doch erheblich schwankten. Das war die hochkomplizierte und dramatische Ausgangssituation.

Unter diesen Voraussetzungen mußten die Anreger der Perestroika zurückhaltend und

zu ständigen Kompromissen bereit vorgehen. Die Schwankenden mußten dauernd davon überzeugt werden, daß Schritte zur Demokratisierung keine Gefahr bedeuteten und keine mißliebigen Folgen nach sich ziehen würden. Die Dogmatiker mußte man dauernd davon überzeugen, daß der in Gang kommende demokratische Prozeß ihre dogmatischen Vorstellungen vom Sozialismus in keiner Weise gefährdet.

Tatsächlich aber war vielen von Anfang an klar, daß die Entwicklung der Demokratie unvorhersehbare Folgen nach sich ziehen mußte, darunter auch solche, von denen die Konservativen absolut nichts hören wollten. Es war klar, daß mit einer Zunahme von freier Meinungsäußerung sich dieser Freiheit nicht nur vernünftige, sondern auch weniger vernunftbegabte Kräfte bedienen würden, daß ethnische Konflikte auftreten, daß Streiks ausbrechen würden, daß eine soziale, ideologische und politische Differenzierung in der Gesellschaft also auch in der KPdSU einsetzen würde. Unter Bedingungen aber, da über alle diese unvermeidlichen Widersprüche geschwiegen werden mußte, um die konservative Mehrheit in der Parteiführung nicht aufzuschrecken, bestand keine Möglichkeit, sich rechtzeitig auf eine Auseinandersetzung mit diesen schwierigen und gefährlichen Erscheinungen einer demokratischen Entwicklung vorzubereiten.

Ein Teufelskreis entstand: Um die Perestroika voranzubringen, mußten ihre gefährlichen Folgeerscheinungen heruntergespielt werden. Damit wurden wieder rechtzeitige Gegenmaßnahmen verhindert. Das führte zur Verzögerung des Umbauprozesses und drohte, ihn zum Scheitern zu bringen. Diese Bedingungen sind für eine Revolution von oben bezeichnend und unvermeidbar. Sie brachten eine ganze Serie von verspäteten Entscheidungen mit sich, die, rechtzeitig getroffen, die Spannungen der Übergangsperiode hätten lindern können. Die wichtigsten Entscheidungen wurden mit großer

Moskau.
4. Februar



Foto: Dmitri
Borko

Verspätung gefällt, beziehungsweise stehen heute immer noch aus.

Das betrifft gerade die Schicksalsfragen: die neuen Prinzipien des staatlichen Aufbaus der UdSSR, die Legalisierung des politischen Pluralismus, die Übergabe der Macht von den parteilichen Führungsstrukturen an die Sowjets, die Verabschiedung eines Gesetzeswerks, das unserer wirtschaftlichen Erneuerung einen Anstoß geben könnte. So richtig avantgardistisch waren eigentlich nur der erste Schritt, als die Meinungsfreiheit einsetzte, sowie mehrere wichtige außenpolitische Initiativen. In der Innenpolitik aber wurde die Verzögerung ein typischer Zug bei der Praktizierung des Umbaukurses.

An allen diesen Verzögerungen geben heute viele dem Initiator der Perestroika die Schuld. Diese Kritik enthält ihr Quantum Wahrheit, obwohl sich hier überwiegend objektive Umstände auswirkten, mit denen jede Revolution von oben rechnen muß: Veränderungen mußten seinerzeit und müssen heute mit denen durchgeführt werden, die in ihrem Inneren gegen diese Veränderungen sind.

Dabei haben sich heute gangbare, wenn auch nicht konfliktfreie Möglichkeiten eröffnet, um der Krise der Parteiführung beizukommen. Die Politik der Kompromisse und des Lavierens, die bis jetzt erzwungenermaßen erfolgte und soweit auch gerechtfertigt war, ist an ihre Grenzen

geraten. Die Krise in der Führungsschicht der Partei wächst sich zu einer Krise der Reformpolitik aus. Heute können wir im wesentlichen zwei Aufstände beobachten. Den Aufstand der konservativen Partei-Apparatschiks gegen die Vorreiter des Reformprozesses, gegen den neuen Kurs als solchen, und den Aufstand der Basis in der Partei und unter den Werktätigen gegen diese reaktionären Apparatschiks. Die Lage ist äußerst gefährlich, nicht nur für die Politik des demokratischen Sozialismus, sondern auch für das Leben vieler Menschen. Es ist kein Zufall, daß in den letzten Monaten, auch während des zweiten Kongresses der Volksdeputierten, die Armee betreffende Fragen erbittert diskutiert wurden. Die Krise der Parteiführung zieht Strukturen in ihr Umfeld hinein, die in der Lage sind, gewaltsamen Druck auszuüben. Die Armee kann die Perestroika verteidigen. Sie kann sie aber auch zunichte machen.

Wenn diese Bemerkungen veröffentlicht sind, werden wir bereits wissen, was bei dem Februar-Plenum des ZK der KPdSU beschlossen worden ist. Ich hoffe, das Plenum macht den Weg frei zu demokratischen Wahlen der Delegierten für den

bevorstehenden 28. Parteitag, zu freien Plattformen und Fraktionen in der Partei und schließlich zu einer Legalisierung anderer politischer Bewegungen in unserer Gesellschaft, zu einer aufrichtigen, gleichberechtigten und friedlichen polemischen Zusammenarbeit, zu einem Wettbewerb der verschiedenen ideologischen und politischen Strömungen. Nur in einem Mehrparteiensystem kann die KPdSU ihre innere Krise überwinden. Man darf nicht anderen Extremismus im Kampf um die Macht vor-

werfen, wenn man niemanden außer sich selbst zur Teilnahme an einem demokratischen Wettbewerb um die Erringung dieser Macht zuläßt. Das Verlangen, das Einparteiensystem um jeden Preis beizubehalten, ist Ausdruck eines solchen Extremismus. Gibt die Führung der KPdSU aber ihre extremistischen Ansprüche auf, so wird das überall in unserer Gesellschaft zu einer spürbaren Schwächung des Extremismus führen. Man darf sich nicht mehr für die einzige politische Kraft halten, welche die Interessen des Volkes vertritt. In ihrem heutigen Zustand repräsentiert die Führungsschicht der Partei nicht einmal mehr vollständig die Interessen der Partei und der Parteibasis.



**Die Politik
der Kom-
promisse,
die bis jetzt
aus der Not
eine
Tugend
gemacht
hat, ist am
Ende**



So was gab's noch nie

Notizen von der Kundgebung auf dem Manegeplatz

Es heißt, Moskau habe solche Demonstrationen seit den ersten Jahren nach der Oktoberrevolution nicht mehr erlebt. Ich aber glaube, Moskau hat sie überhaupt noch nicht erlebt, weil unser Volk noch nie so war, wie es heute ist. Man fürchtete sich nicht, im Gedränge zertrampelt zu werden, obwohl sich das Menschenmeer weit über den riesigen Manegeplatz, die Mochowaja, den Ochotny Rjad und die Gorkistraße, wie wir später sahen, bis hinauf zum Majakowskiplatz ergossen hatte. Es gab nicht einmal die Befürchtung, daß man angerempelt oder mit einem Kraftausdruck bedacht wird. Reservierte, intelligente Menschen standen da, voller Rücksicht und Zuvorkommenheit. Es herrschte eine Stille wie beim Unterricht, und das bei dieser Menge! Nur auf die Worte der Redner reagierten die Menschen einträchtig und solidarisch: mit Beifall und Sprechchören.

Ich hielt meinen kleinen Sohn bei der Hand, wir gingen durch die Kundgebung spazieren, lasen die Plakate (darunter gab es wirklich einfallsreiche), man ließ uns höflich durch. Über dem Platz dröhnten die Stimmen im Lautsprecher, bald Jewtuschenko oder General Schaposchnikow, bald der Bauarbeiter Trawkin oder der Historiker Afanassjew. Keine nervöse Überspanntheit in diesen Ansprachen, keine

überbetonte Emotionalität. Nur die Entschlossenheit, bis zum Sieg zu kämpfen, d. h. für einen freien Rechtsstaat, den praktischen Humanismus, die Menschenwürde, die Achtung gegenüber der menschlichen Persönlichkeit. Die Ansprachen verrieten die volle Solidarität mit unserem Partei- und Staatsschef und die Entschlossenheit, ihn als den Mann, der die große revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft einleitete, furchtlos, frei, fortschrittlich denkend, gegen alle zu verteidigen, die ihn auf verschiedene Weise in den Sumpf des Konservatismus, zurück in die Stagnation abzuwandern versuchen.

Wie es heißt, versammelten sich Vertreter verschiedener Strömungen, Bewegungen, Richtungen und Parteien zu dieser Kundgebung. Das ist wohl wahr, davon sprachen auch die Plakate und Losungen. Doch war auch etwas anderes klar: Die Gerüchte, die Gesellschaft sei von unüberbrückbaren Gegensätzen zerrissen, sind stark übertrieben. Freiheit, Rechtsstaat und Menschenwürde werden von allen angestrebt.

Man mußte allmählich aufhören, uns mit dem Gespenst eines totalen Bürgerkriegs zu erschrecken. Er wird nicht ausbrechen, wenn der Parteiapparat ihn nicht beginnt, nicht vom Zaun bricht. Das Volk ist friedlich gestimmt. Wir waren sehr zahlreich im Zentrum von Moskau. So zahlreich,

daß es zu jeder Art von Sturm gereicht hätte. Niemand blies jedoch zum Sturm. Niemand hatte auch vor, etwas zu erstürmen: „Es lebe unsere friedliche Februarrevolution von 1990!“

In den Abendnachrichten im Fernsehen hörten wir eine TASS-Information über die Kundgebung. Selbstverständlich könnte man sich mit dem Gemeinplatz beruhigen, so viele Menschen, so viele Meinungen. Dennoch werde ich nicht müde, zu staunen, wie wenig gewisse Leute ihr Volk lieben, wie wenig sie ihre Mitbürger respektieren. Wie konnte man übersehen, daß das ein großartiges Fest der Solidarität, ein großer Tag des staatsbewußten Bürgers war. Wie konnte man nur eine Demonstration, die Moskau noch nicht erlebt, so falsch beurteilen und angesichts dieser Demonstration kalt bleiben.

Ich bezeuge: Am 4. Februar kam das Volk in der Moskauer Stadtmitte zusammen, um seinen Freiheitswillen, seine unerschütterliche Entschlossenheit zum Schutz der Perestroika und seine restlose Solidarität mit der Demokratie zu demonstrieren. Aber auch um der Reaktion und dem Konservatismus eine Abfuhr zu erteilen.

Tatjana Kusmina

Wenn bei diesem Plenum vernünftige Entscheidungen fallen, wird es sehr wichtig sein, daß sich Vertreter verschiedener ideologischer Strömungen nach diesem Plenum an den runden Tisch setzen und sich über eine einzige Frage einigen, nämlich gemeinsame Maßnahmen für eine strikte Einhaltung der Gesetzlichkeit. In der Übergangsperiode muß man gleichzeitig in zwei Richtungen aktiv werden: Die Vertiefung von Demokratie, Glasnost und politischem Pluralismus sollte mit einer Konsolidierung der Gesetzlichkeit einhergehen. Ohne eine solche dialektische und gemeinsam vereinbarte Politik können selbst die vernünftigsten Beschlüsse des Plenums des ZK der KPdSU nicht zum Erfolg führen. Alle müssen sich darüber im klaren sein, daß sich in unserer Gesellschaft bereits aggressive faschistoide Kräfte formiert haben. Noch kann man sie zügeln, noch ist es nicht zu spät, nur muß man dafür die Bedeutung sowohl von Freiheit als auch von Disziplin und Ordnung klarmachen. Wir haben keine Erfahrungen bei der Koordination von Freiheit und Ordnung, wir kennen nur die Extreme, entweder Totalitarismus oder Anarchie. Jetzt ist für uns der Augenblick gekommen, uns die Kultur des demokratischen Kampfes anzueignen, wenn der Ausgang der Gefechte durch Abstimmungen und am Verhandlungstisch erzielte Vereinbarungen entschieden wird.

In diesem Zusammenhang muß auch der neue Status der Armee definiert werden.

Angeichts eines politischen Pluralismus darf die Armee sich nicht mehr ausschließlich der KPdSU-Führung unterordnen. Die Militärdoktrin muß überparteilich sein. Militärische Strukturen dürfen sich nicht in laufende demokratische und politische Kämpfe einmischen. Das muß sich in einem entsprechenden Gesetz niederschlagen, welches die Funktionen und die Pflicht der Streitkräfte eines Staates genau festlegt.

Wenn die Partei und ihre Führungsschicht würdig und ohne Blutvergießen aus ihrer Krise hervorgehen, wird das ein Sieg nicht für die demokratischen Kräfte sein, sondern auch für die ganze Leitungskörperschaft der Partei, die Konservativen eingeschlossen. Das könnte dazu dienen, daß der Konservatismus in unserem politischen Leben endlich ungefährliche und nichtreaktionäre Züge annimmt. Es läßt sich nicht

bezweifeln, daß auch die Konservativen, die demokratische Werte anerkennen, in Zukunft außer Niederlagen auch Siege davontragen werden. Wir sollten uns nicht von Feindschaft gegen den Konservatismus an sich verführen lassen. Der Konservatismus ist ewig und in der dialektischen gesellschaftlichen Auseinandersetzung notwendig und unvermeidlich. Wenn man über die Perspektiven, über die Zukunft nachdenkt, wenn man ans Leben denkt und nicht an den Tod, dann brauchen die Konservativen ihre Niederlage während des Februar-Plenums nicht weniger als die Demokraten. Ich hoffe, daß, wenn nicht alle, so doch viele von ihnen Vernunft annehmen. Andernfalls erwarten uns schwere und blutige Prüfungen, nach denen die KPdSU jedenfalls nicht mehr mit der Achtung des Volks zu rechnen braucht.

Uns gegeneinander abgrenzen, um uns zu vereinigen

Andrej Nujkin

In Anlehnung an Mark Twains bekanntes Wort könnte man sagen, daß die Gerüchte über die führende Rolle der KPdSU stark übertrieben sind. Seit die linken Sozialrevolutionäre aus der Sowjetregierung austraten, haben wir einfach keine anderen Parteien.

Eine Partei ist ein freiwilliges Bündnis von Gleichgesinnten. Ihre Stärke als Partei liegt in der Verbundenheit mit dem Volk, in der Treue zu den gewählten Idealen, in der Ehrlichkeit und Offenheit der Ziele. im Humanismus der Ideen, in der Tiefe der Analyse der historischen Entwicklung, in der Aktivität und Prinzipienfestigkeit jedes Mitglieds... Lag die Stärke der KPdSU in all den Jahren der Sowjetmacht darin? Nein, ihre Stärke lag (und liegt noch immer) vor allem in der Macht über den Staatsapparat, die Gerichte, die Armee und die Sicherheitsorgane, in der vollen Unterordnung aller Massenorganisationen, darunter auch der Gewerkschaften. Was hat das aber mit einer Partei zu tun? Das sind doch alles Attribute des Staatsapparats.

In den letzten Jahren fragte ich bei meinen Vorträgen vor verschiedenen Auditorien immer wieder, ob sich in unserem Leben etwas verändern würde, wenn wir alle Grundorganisationen der Partei auflösen würden, ohne die Funktionen der Sekretäre der Parteiorganisationen und alle sonstigen Strukturen des Parteiapparats abzuschaffen. Jedesmal antwortete der Saal mir mit einem einträchtigen Nein.

Ich bin seit über 35 Jahren in der Partei. Es wird einem angst und bange bei dem Gedanken, wieviel Zeit ich mit Versammlungen und Sitzungen verbracht habe. Dabei kann ich mich an keine einzige (!) erinnern, die die Entwicklung, und sei es nicht im Maßstab des Landes, sondern auch nur im Maßstab eines Rayons, beeinflußt hätte. In all diesen Jahren zähle ich regelmäßig meine Beiträge, die den Unterhalt des überdimensionierten Parteiapparats ermöglichen, aber auch noch das Prosperieren der Suslows und Grischins, die den tieferen Sinn ihrer Leitungstätigkeit gerade darin sehen, mir das Leben, die Arbeit, das Denken und die Behauptung der Ideale, um deretwillen ich seinerzeit in die Partei eintrat, zu vergällen. Einfach widersinnig! Dies allerdings nur, wenn man die KPdSU als eine Partei versteht, d. h. eine Vereinigung von Menschen, die den Staatsapparat aus ihren gesellschaftlichen Überzeugungen heraus zu lenken trachten. Die KPdSU dagegen existierte, damit der Staatsapparat es leichter hatte, uns zu lenken, obendrein nicht ideologisch und geistig, sondern politisch, repressiv. Jeder Mensch, der ihr

beitrat (das verlieh ein — hauptsächlich illusorisches — Maß der „Zugehörigkeit“ zum gesellschaftlichen Leben), war der ewigen, ständigen Drohung zusätzlicher Sanktionen für Ungehorsam, bis hin zum Ausschluß, d. h. zum politischen Tod (nach den Begriffen jener Zeit), ausgesetzt.

Nein, „herrschend“ war bei uns nicht die Partei, sondern es war (und bleibt noch) der Parteiapparat, genauer: der Staatsapparat, der das Bestehen einer politischen Partei in den gesellschaftlichen Strukturen vortäuscht, ohne daß eine solche Partei besteht.

Das soll ein „Bündnis von Gleichgesinnten“, ein „Bündnis der überzeugten Kommunisten“ sein? Ich rede schon gar nicht davon, daß sich 90% der Genossen überhaupt keine Gedanken darüber machten, was Sozialismus oder Kommunismus sei. Die gegenwärtigen Diskussionen über die Relation zwischen Kapitalismus, Sozialismus, Marxismus, Leninismus und Stalinismus führen das vor Augen. Man sehe, wie leicht sich viele mit Vollmachten ausgestattete KPdSU-Mitglieder (darunter führende Ideologen) von den Losungen des Kasernenhofsozialismus lossagen, nachdem sie gesehen haben, daß diese Losungen sie bei jeder Wahlkampagne unvermeidlich zur Niederlage führen. Da aber die Losungen des demokratischen Sozialismus für die Apparatschiks der Tod sind, machen sie sich auch nationalistische Ideen und Losungen zu eigen.

Nur mit dieser Unterstützung erklärt sich der „Triumphzug“ des Chauvinismus und



Verein zur Machtabsicherung

Poel Karp

So groß ist der Unterschied gar nicht zwischen denen, die fordern, Gorbatschow die absolute Macht zu gewähren, und denen, die ihn für seine Unentschlossenheit schelten. Die einen und die anderen glauben, daß der Krise nur mit Anweisungen von oben beizukommen ist, und verweisen darauf, daß Gorbatschow im Kongreß oder im Obersten Sowjet fast immer durchsetzt, was er sich vorgenommen hat. Erstaunlicherweise sehen sie nicht, daß Gorbatschow nur solche Absichten zum Ausdruck bringt, die er auch realisieren kann, weil Politik nämlich die Kunst des Möglichen ist. Natürlich konnte Stalin für Schdanow seine Hand ins Feuer legen, denn dieser zeigte Selbstständigkeit, ohne die Grenzen zu überschreiten, die ihm der große Führer vorgegeben hatte. Ob aber Gorbatschow auch seine Hand für Gidaspow ins Feuer legt, ist noch die Frage.

Antisemitismus, den wir seit den Wahlen der Volksdeputierten der UdSSR im vorigen Jahr beobachteten. Sind das noch Kommunisten, die ein Bündnis mit Faschistoiden eingehen?

Die Schlußfolgerung ist denkbar einfach. Sozialisten können kein „einheitliches ideologisches Bündnis“ mit Nationalsozialisten und Demokraten keines mit Stalinisten haben. Folglich müssen sie sich auch organisatorisch gegeneinander abgrenzen. An entsprechenden Methoden mangelt es nicht. Wenn die heutige Parteiführung (ZK und Politbüro), die keineswegs von den Parteimitgliedern gewählt, sondern vom Apparat gekürt wurde, die Wahlen zum 28. Parteitag der KPdSU in alter Weise, unter Ignorieren des Willens der einfachen Kommunisten, durchführt, folglich die überfällige demokratische Umgestaltung des ganzen Parteilebens unterbindet, bleibt aufrechten Kommunisten nichts anderes übrig als einträchtig aus der KPdSU auszutreten und eine eigene Partei zu gründen. Beziehungsweise anderen neugegründeten Parteien beizutreten.

Warum müssen wir aber schon real bestehende, materiell aus den Beiträgen und Abgaben, die wir seit Jahrzehnten entrichten, unterhaltene Strukturen Stalinisten und Karrieristen schenken? Viel logischer wäre es, diese Strukturen von allen volksfeindlichen, ideologisch und moralisch zersetzten und einfach kriminellen Elementen zu säubern. Mir scheint, daß die Vereinigung der gesunden Kräfte der Partei um die im Januar bei der Unionskonferenz der Parteiklubs und Parteiorganisationen ausgearbeitete Demokratische Plattform durchaus real ist und einen Übergang zum demokratischen, parlamentarischen Mehrparteiensystem verspricht, der am leichtesten, schnellsten wäre und uns am wenigsten mit tiefer Spaltung und einem Bürgerkrieg bedrohte.

Ohne die Transformationen zu sehen, die diese Partei, der sie beide angehören, erlebt hat, versteht man das nicht. Der traditionelle Marxismus, der sich an die Arbeiterklasse, perspektivisch also die Mehrheit, wendet, hat solche Parteien nicht vorgesehen. Lenins Partei eines neuen Typs, entstanden in einem überwiegend bäuerlichen Land, in dem die Massen anderes zu tun hatten, als über den postbourgeoisien Sozialismus eines Marx nachzudenken, machte sich daran, das Volk diesem Ideal näherzubringen. Die Macht hatte sie sich dafür genommen, aber schon die ersten Jahre zeigten, daß die Frage über das Recht, für andere zu entscheiden, nicht bloß moralisch ist. Die Leichtigkeit des revolutionären Sieges feuerte die Partei, die früher nicht die Absicht hatte, sich übermäßig zu beeilen, an, unverzüglich zur praktischen Einführung des Kriegskommunismus zu schreiten. Der erlitt einen Reifall. Das veranlaßte Lenin zu einer radikalen Revision seiner

ganzen Sichtweise auf den Sozialismus. Lenin starb, und die Revision wurde nicht zur Praxis. Dafür triumphierte der Kriegskommunismus, genauer gesagt, der feudale Sozialismus unter der Führung Stalins. Politische Methoden des öffentlichen Lebens, die sich seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts in Rußland kaum hatten behaupten können, wurden wieder durch Gewaltmethoden verdrängt. Darüber schreibt heute jeder, der sich dazu berufen fühlt, nirgendwo aber liest man, was dabei eigentlich aus der Partei Lenins, und nicht nur einzelnen Funktionären, geworden ist. Sie wurde nämlich überwiegend erschossen. Wie auch immer man zu ihren Programmen und Methoden stehen mag, sollte man zumindest anerkennen, daß sie zu einer Partei der Erschossenen wurde, daß die Kämpfer für ihre Ideale das Schicksal aller anderen russischen Sozialisten, auch der Menschewiki, Sozialrevolutionäre usw., teilten.

Unter demselben Namen, der erst später geändert wurde, begann eine ihrem Wesen nach andere Organisation zu operieren, die man wohl kaum als Partei im allgemein anerkannten Sinne bezeichnen kann. Es war eher ein Verein zur Absicherung der Macht Stalins. Nicht von ungefähr wurde sie zur Riesenspartei. Nicht von ungefähr machte die Bekleidung irgendeines wichtigeren Postens die Mitgliedschaft in ihr erforderlich. Nicht von ungefähr bestand keine Notwendigkeit, einen Parteitag einzuberufen: In den 22 Jahren zwischen 1934 und 1956 hat es zwei Parteitage gegeben. Schließlich herrschte die Partei nicht über die Macht, sondern die Macht herrschte über die Partei.

Der Hintergrund der gegenwärtigen Krise besteht vor allem darin, daß eine solche Ordnung die Entwicklung der Produktion behindert hat. So wie unternehmerische Tätigkeit, die einst die Produktion vorantrieb, von der Gesellschaft demokratische Garantien verlangte, verlangen heute wissenschaftliche und wissenschaftlich-technische Tätigkeit mehr Demokratie, wobei wir nicht einmal den Stand erreicht haben, der für den vorangegangenen Abschnitt notwendig gewesen wäre. Es geht gar nicht darum, daß Leute wie Bobowikow und Kalaschnikow schlecht sind, weil sie ihre Privilegien mißbrauchen. Selbst wenn sie ehrlich und bescheiden wären: Überall, wo die Leitenden den Geleiteten nicht verantwortlich sind, ist ein immer schneller werdendes Zurückfallen hinter das Weltniveau unvermeidlich.

Deshalb sind auch die, die für die Beibehaltung des Paragraphen 6 in der Verfassung gestimmt haben, längst nicht alle aus einem Stall. Bei der 19. Parteikonferenz hatte Gorbatschow, der die Macht bei den Sowjetorganen konzentrieren wollte, vorgeschlagen, der Partei die Möglichkeit einzuräumen, ihre Leitungskader für führende Sowjetpositionen zu empfehlen, wobei allerdings der Wähler das letzte Wort sprechen sollte. Inzwischen läßt sich allerdings schon der Wunsch erkennen, nicht nur so wie früher zu leben, sondern ganz ohne demokratischen Anschein auszukommen.

Der „Erste“ in unserer Stadt hat darauf verzichtet, für den Sowjet in der Stadt und im Gebiet Leningrad zu kandidieren. Wie Gidasow seine Entscheidung auch immer erklären mag, es ent-



Zeichnung: Viktor Kasatschek

steht der objektive Eindruck, daß er sich anschnickt, uns ohne Vertrauensvotum aus Stadt und Gebiet zu regieren.

Er ist es schließlich nicht allein, der kraft seiner Zugehörigkeit zum Machtabsicherungsverein Machtansprüche anmeldet, wobei hier verständlicherweise nicht mehr der Macht Stalins, sondern der eigenen geholfen werden soll. Das sind eben die Prinzipien, die man nicht aufgeben will. Die Parteikomitees fordern zwar Direktwahlen für die Delegierten zum Parteitag und für die Parteiführung, haben es aber weniger eilig, ähnliche Wahlen bei sich in der Stadt und im Gebiet durchzuführen. Solche Wahlen würden schließlich mit einer Ordnung aufräumen, bei der seinerzeit von Parteikonferenzen ohne Alternative gewählte Mitglieder des Gebiets- und des Stadtparteikomitees die Führungspositionen untereinander verschoben hatten. Wahlen würden das Erscheinungsbild der Parteiführung ändern. Noch wichtiger ist, daß der Machtabsicherungsverein, wenn er sich solchen Wahlen stellt, wieder zu einer politischen Partei würde, welche die Interessen der Bürger auf die eine oder andere Weise übernehmen müßte.

Nicht von ungefähr hat die Partei schon immer gegen Ideenlosigkeit angekämpft. Damit wurde die wirkliche Ideenlosigkeit eines beträchtlichen Teils ihrer Mitglieder bemäntelt, ihre Indifferenz jeder Idee, außer der des eigenen dienstlichen Vorkommens, gegenüber. Die meisten Parteimitglieder hatten nichts im Sinn mit Marx und Lenin, oder damit, wo jene recht und wo sie unrecht hatten. Menschen, die reinen Herzens in die Partei eingetreten waren, angezogen durch ihre Leitsätze, besonders während des Krieges, haben das früher oder später erkannt. Damit erwies sich die Partei trotz jüngster Beteuerungen völliger Einheit und Ergebenheit gegenüber der roten Fahne als Sammelbecken für alle möglichen ideologischen Strömungen. Es sieht so aus, als würden sich nur die Konservativen und die Reformer gegenüberstehen, in Wirklichkeit aber hat keine von beiden Fraktionen

Flagge gezeigt und das Risiko vermieden, das gemeinsame Band reißen zu lassen.

So einfach ist das auch gar nicht. Unsere Konservativen sind genau genommen keine Konservativen, sondern schlicht Reaktionäre.

Als Konservativen kann man nur jemanden bezeichnen, dem daran gelegen ist, eine, wenn auch nicht optimale, so doch zumindest lebensfähige Ordnung zu bewahren. Eine Ordnung im Sinne Stalins oder Breshnews aber, selbst wenn man davon absieht, daß bei ihrer Festigung auch weiterhin nur Blut fließen wird, kann schon gar keinen Wohlstand für die Bürger und keinen wissenschaftlich-technischen Fortschritt für das Land mehr bringen. Deshalb wird hinter ihr auch eine neue Tendenz sichtbar. Stalins heimliche Neigung zum Nationalsozialismus, die wir im wesentlichen indirekten Anzeichen entnehmen, hat heutzutage ihre Fortsetzung in Organisationen mit nationalsozialistischen Programmen gefunden, die wohlwollende Unterstützung genießen.

Innerhalb der Partei hat sich eine Strömung gebildet, die sich selbst als radikal bezeichnet. Sie ist es, die Gorbatschow am häufigsten Unentschlossenheit vorwirft. Inzwischen hat sie sich zur Opposition erklärt. Ein wirklich echtes radikales Programm haben aber weder die Opposition noch die Interregionale Gruppe bisher vorgelegt. Die Ironie besteht darin, daß die Extremisten auf dieser Flanke, wie Afanasjew, Popow und in vieler Hinsicht auch Jelzyn, wenn man von persönlichen Momenten absieht, gerade die härtesten Verfechter von Gorbatschows Programm sind. Ihre Meinungsverschiedenheiten liegen weniger in programmatischen als vielmehr in taktischen Fragen, in denen man sich leichter frei fühlen kann, weil man keine praktischen Beschlüsse zu fällen hat. Als Gorbatschow während des Kongresses gegen eine Behandlung der Frage nach dem Paragraphen 6 auftrat, gab er zu verstehen, daß er sich in kürzester Zeit für seine Abschaffung einsetzen werde. Für den Verzicht auf direkte Parteiherrschaft und dafür, daß die Sowjets zu wirklichen Machtorganen werden, hat er sich gerade als erster ausgesprochen. Es bleibt mit Bedauern festzuhalten, daß die Opposition den immer umfangreicher werdenden Protest der Volksmassen, der sich in Bergarbeiterstreiks Luft macht und in Wolgograd und anderswo auf die Straße gegangen ist, nicht rechtzeitig in eine politisch verständliche Sprache übersetzen konnte, welche die Konservativen zum Einlenken gezwungen hätte.

Obwohl sich die Situationen stark voneinander unterscheiden, leiden wir wieder einmal, wie schon 1917, unter der Schwäche der demokratischen Kräfte, während die Streitgespräche in der Praxis häufig darüber geführt werden, welche von den antidemokratischen Kräften demnächst die Oberhand gewinnt, eine autoritäre Führung, die sich auf Sturmtruppen stützt, oder die Armee erhält wieder einen Befehl. Die „vierte Gewalt“, die Partei, muß ein für allemal auf ihre Ansprüche verzichten, die drei allgemein anerkannten Gewalten Legislative, Exekutive und Judikative lenken zu wollen, und ehrlich dafür kämpfen, daß ihre Deputierten für die repräsentativen Organe bei freien und konkurrierenden Wahlen durchkommen. Die Autorität der Partei ist nicht während der Perestroika gesunken, sondern als sie anfang zu handeln, ohne die Meinung der Millionen von eigenen Mitgliedern zu berücksichtigen, und die



**Unsere
Konservativen
sind
nicht
einmal
konservativ,
sondern nur
reaktionär**

Angst vor einer Vereinigung zur Absicherung einer unbarmherzigen Macht, die in all diesen Jahren da war und längst nicht bei allen besiegt ist, kann man nur mit einiger Überwindung als Autorität bezeichnen. Das Sinken einer solchen Autorität ist keineswegs verhängnisvoll, sondern, indem sich die Partei selbst von ihr distanziert, ein Element der Hoffnung darauf, Vertrauen zu gewinnen.

Heute macht man für fehlgeschlagene Reformen vor allem ihren Initiator Gorbatschow verantwortlich. Auch er ist zwar nicht frei von Sünden, aber vielleicht sollte man sich einmal selbst ansehen. Schließlich gebietet es uns und nicht Gorbatschow an Entschlossen-

heit, um, wie die Bürger von Wolgograd, diejenigen zum Rücktritt zu zwingen, die demokratische Veränderungen verzögern und sich der Perestroika aktiv widersetzen.

Die Einsicht in die Notwendigkeit der Perestroika hat noch nicht geklärt, welche Kräfte imstande sind, sie zu vollziehen. Allzu wirksam war der Glaube an den Apparat und seine Revolution von oben. Die Stärke der gewaltlosen Willensäußerung des Volkes zeigte sich ansatzweise erst im fünften Jahr. Hätte sie sich früher und deutlicher gezeigt, wäre auch Gorbatschow mutiger vorgegangen. Demokratische Veränderungen wären dann tatsächlich radikal und zuverlässig gewesen.

Leningrad

Nach dem historischen Abenteuer

Leonid Batkin

Zur Verblüffung der ganzen Welt stürzte das „sozialistische Lager“ in einem einzigen Herbst ein. Jede Woche erfahren wir von der Selbstauflösung einer weiteren osteuropäischen kommunistischen Partei. In der uns bekannten Form hat sich der Marxismus-Leninismus erschöpft. Zusammen mit der Zeit, die ihn hervorbrachte, gehört er unwiderruflich der Vergangenheit an. Das soll kein böser Nachruf sein: Früher oder später erschöpft sich und endet alles in der Geschichte... Gegenwärtig besinnen sich alle auf die einzige Form des „orthodoxen“ Marxismus, die es vermochte, die beiden Weltkriege zu überdauern, sich radikal zu wandeln und kraft dieses Umstands zu überleben, zumindest in West-, besonders in Nordeuropa. Ich meine den Sozialreformismus von Kautsky und Bernstein, den wir tausendfach verteuelt haben.

Zu sagen, wie es Tschingis Atmatow schon auf dem 1. Kongreß der Volksdeputierten tat, etwa in Norwegen und Schweden bestehe Sozialismus, ist meines Erachtens naiv. Dort besteht selbstverständlich Kapitalismus, aber was für einer? Meiner Meinung nach hat er folgende Charakterzüge. **Erstens** das kapitalistische Privateigentum vom praktischen Typ, das in Form von Klein- und Kleinstbetrieben entsteht. Jemand eröffnet ein „Unternehmen“ und zieht ein Minimum an Arbeitnehmern heran. **Zweitens** vielfältige und höchst moderne Formen des Aktien-, Genossenschafts-, Pacht- und Vermittlerkapitals, des Managements, kurz, des vergesellschafteten Kapitals. **Drittens** eine mehr oder weniger starke Einmischung eines demokratischen Staats, d. h. der Wählerschaft, in die wirtschaftlichen Angelegenheiten. Das geschieht hauptsächlich über ebenfalls ökonomische Hebel sowie über den Staatssektor. **Viertens** schließlich handelt es sich darum, daß eine solche Einmischung und ein stark entwickeltes System von

Wohltätigkeitsstiftungen und Abführungen allen, die tatsächlich außerstande sind, ihr Existenzminimum selbständig zu erarbeiten (alte Leute, Invaliden usw.), und zum Teil auch Arbeitsscheuen einen sozialen Schutz gewähren.

Im Ergebnis hat die Entwicklung der Produktivkräfte, genau nach den Voraussagen des Marxismus, in der Zeit der wissenschaftlich-technischen Revolution allen Mitgliedern der Gesellschaft, den arbeitenden und den nichtarbeitenden, ein würdiges Existenzniveau gesichert; eine Ausnahme bilden Elemente, die heruntergekommen sind und sich nicht mehr sozialisieren wollen. Die sogenannte Armutsschwelle ist unwahrscheinlich hoch, die Spanne zwischen arm und reich zwar noch da, aber stark verändert.

Marx formte sich in der Chartistenzeit. Lenins Jugend verlief in der Zeit, die z. B. Emile Zola in seinem „Germinal“ schilderte. Das ist jener Kapitalismus, den sie angingen und analysierten. Würden sie inmitten der modernen kapitalistischen Welt wiedererwachen, so würden sie einfach nicht verstehen, mit welcher Formation sie es zu tun haben. Selbstverständlich hat dieser postindustrielle Kapitalismus eine Unmenge von Problemen, eines immer schwieriger als das andere. Schwierige Probleme werden die Menschheit wohl im Verlauf ihrer gesamten sozialen Geschichte begleiten.

Aber gehen die Probleme des Westens uns noch an? Wir sind um zwei Epochen hinter ihm zurückgeblieben. Wir, die wir die Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution noch immer nicht gelöst haben, sehen uns in der Epoche der wissenschaftlich-technischen Revolution in ein freiwilliges Abenteuer verstrickt. So müssen wir jetzt gleichzeitig und in ganz wenigen Jahren die Aufgaben lösen, die schon das 19. Jahrhundert gelöst hat. Fatalerweise dürfen wir jedoch um keinen Preis zum „einfachen“ Kapitalismus zurückkehren, denn wir müssen gleichzeitig die elementaren Grundzellen der kapitalistischen Zivilisation züch-

ten und uns deren heutige, überaus komplizierte, überaus feine Formen aneignen. Diesen Salto mortale über zwei Epochen hinweg, die Epoche des klassischen und die des modernen Kapitalismus, müssen wir ohne Chaos, ohne Blut und ohne Diktatur absolvieren. Obendrein gibt es in unserem Land ganze Regionen, die von der Struktur her noch weitgehend im 17. und 18. Jahrhundert stecken. Eine unvorstellbare Aufgabe, aber wir müssen sie lösen oder zugrunde gehen.

Das Desaster hat schon eingesetzt. Vorläufig hat die KPdSU noch die Macht, aber diese Macht des Parteiapparats ist praktisch kraftlos. Gorbatschow zeigt nach wie vor die ihm eigene Fähigkeit, sich zu ändern, sich auf die Umstände einzustellen, aber seine Dynamik kann es mit der viel stürmischeren Dynamik der Geschichte selbst nicht aufnehmen. Die Parteispitzen setzen sich überall vorwiegend aus Menschen zusammen, denen einfach die Fähigkeit abgeht, zu verstehen, was in Wirklichkeit vor sich geht, und sich „umzugestalten“. Ich bin überzeugt, daß sie von den Ereignissen schon in diesem Jahr, 1990, hinweggefegt werden. Wenn beim 28. Parteitag nicht ungefähr das gleiche geschieht wie auf dem PVAP-Kongreß in Warschau, wenn die KPdSU als solche – mit ihrem Namen, ihrem Statut und Programm bis zu allen durchgehenden Strukturen, bis zur Zusammensetzung aller Komitees – nicht ihren letzten Parteitag abhält und noch in diesem Jahr zu einer neuen Partei wird, überlebt sie das Jahr 1990 nicht mehr. Übrigens auch dann nicht, wenn sie sich rein formal erhält. Die Spaltung und die Entstehung von zwei oder drei neuen Parteien aus dem Schoß der KPdSU sowie wahrscheinlich von neuen Parteien außerhalb der heutigen KPdSU sind nicht abzuwenden. Eine Hinauszögerung ist möglich, aber sie wird nur der ganzen Entwicklung katastrophal unvorhersagbaren Charakter verleihen.

Das Malheur ist, daß wir wie immer in der Geschichte Rußlands, angefangen mit Peter I., mit der Zeit nicht Schritt halten. Eine parlamentarische Opposition hätte sich beim 1. Kongreß offen konstituieren sollen. Das geschah jedoch erst im Dezember, und auch dies in sehr schlaffer Form. Eine starke, organisierte demokratische linke Opposition muß in Rußland erst entstehen. Wenn das nicht bis zum Sommer geschieht, werden wir eine starke, organisierte Opposition von Apparatschiks und rechten Populisten bekommen. An sich ist „Pamjat“ eine Handvoll ungebildeter Flegel. Schon die Münchener Bräuhäuser von Ende der 20er Jahre waren geistige Riesen dagegen. Aber für die Millionen der mit Recht verärgerten, verzweifelte Menschen ist „Pamjat“ ein zündender Funke, eine Lunte, die ebenso gut funktionieren kann wie jede andere. Deshalb kann nur eine radikal-demokratische Massenbewegung oder ein Block solcher Bewegungen, einschließlich um die demokratische Plattform gruppierter einfacher Parteimitglieder, der Koalition von rechtsstehenden Apparatschiks, Reaktionsären und aufrichtigen Anhängern von Ordnung und Gleichmacherei Abfuhr erteilen. Aber es gilt, keine Zeit zu verlieren, denn es wird schon in Monaten und Wochen gerechnet.

Ein Wunder wird es nicht geben. Gorbatschow muß einen viel bedeutenderen Schritt unternehmen als alles, was er bisher an politischen Schritten unternahm. Jetzt ist der verantwortlichste Moment in seiner ganzen politischen Biographie, seinem ganzen



Ein Salto mortale über zwei Epochen zugleich, aber ohne Blut, ohne Diktatur

Schicksal. Er muß der unten entstehenden Demokratie über den Kopf der Parteispitzen die Hand reichen. Tjumen, Wolgograd, Leningrad und Tschernigow läuten die Totenmesse für die „führende Rolle der KPdSU“. Gorbatschow und seine wenigen Anhänger, der fortschrittliche Teil der Armeeoffiziere unseres Landes, die Demokraten des Baltikums, die Bergleute und Parteiklubs müssen einen Mitte-Linke-Block bilden, der unser Land aus der furchtbaren Krise herausführen kann. Die jetzige Zusammensetzung des Kongresses der Volksdeputierten, unter denen nur ein Teil demokratisch gewählt wurde, muß sich entweder zu einem **neuen Gorbatschow** bekennen oder gleichzeitig mit der Anberaumung vorfristiger Wahlen aufgelöst werden.

Man kann sich nicht vorstellen, daß dieser Kongreß, mit dieser Zusammensetzung und politischen Orientierung, mit diesen Stimmungen tatsächlich eine radikale Verfassung annehmen und mit der Partokratie Schluß machen könnte. Gorbatschow muß von seiner jetzigen Verwirrung am Scheideweg der historischen Wege Rußlands und der Sowjetunion abgehen. Wenn er sich nicht zu einem parlamentarischen Mehrparteiensystem bekennt, nicht der Vorsitzende einer neuen sozialistischen Partei statt der KPdSU werden will, einer Partei, die unter den gleichen rechtlichen Bedingungen wirkt wie alle anderen Parteien, wird sich die Entwicklung trotzdem in dieser Richtung bewegen, nur daß sie durch unglaubliche Ausschreitungen erschwert werden könnte.

Eine Niederlage von Menschen und nicht von Ideen

Michail Schatrow

Sekretär des Vorstandes
des Schriftstellerverbands der UdSSR

Vor einigen Tagen erklärte eine Studentin bei einer Prüfung an einer Moskauer Hochschule, als sie über die Tätigkeit Lenins zu Beginn unseres Jahrhunderts zu erzählen hatte, den Professoren:

„Ich hasse Ihren Lenin!“

Eine junge Dozentin antwortete darauf ruhig:

„Schön, lassen Sie uns über die Ansichten von Lenins Opponenten sprechen.“

Die Studentin wußte jedoch auch zu diesem Thema nichts zu sagen, sie hatte weder Lenins Opponenten noch ihn selbst gekannt. Sie haßte ihn aber.

Es darf uns nicht beruhigen, daß sich die Antwort in diesem Fall nicht aus ERKENNTNIS, sondern aus einer nur gefühlsmäßigen Beurteilung ergab. Sie zeugt von den Stimmungen bereit genug. Es gibt auch solche Stimmungen.

Woher rühren sie?

Sie sind der Lohn für die von der Partei zugewiesene IKONOLATRIE, die VERGÖTTLICHUNG LENINS – einen von Stalin völlig bewußt, zielbewußt unternommenen Schritt: Es gibt keine wirksamere Methode, einen Politiker zu töten, sagte Lenin selbst, als aus ihm eine Ikone zu machen.

Die ganze propagandistische Maschine von Partei und Staat sorgte für die Vergöttlichung, für eine Stalinisierung Lenins, und auch heute noch singt sie manchmal das alte Lied. Oder glaubt jemand, daß so etwas spurlos vorübergeht und keine Abwehr hervorruft?

Die Tragödie liegt auch darin, daß in unserem Land in Lenins Namen auch all das getan wurde, weswegen wir uns heute so

qualvoll schämen und das mit Lenin nichts zu tun hat.

Welch eine furchtbare Ironie der Geschichte: Stalin mußte, um zu beweisen, er sei der Lenin von heute und sein Programm das Programm der Oktoberrevolution, die Parteiführung und Hunderttausende andere Menschen, die um die Wahrheit wußten, vernichten, und da geistert heute die Formel „Stalin – Fortsetzer von Lenins Werk“ auf Anregung einiger Eiferer durch unsere Zeitungen und Zeitschriften.

Dabei ist Lenin kein Gott, vielmehr ein lebendiger Mensch mit seinen Leidenschaften und Dramen, Erleuchtungen und Irrtümern, die er nie verhehlte. Es gibt Dinge, die nur zu seiner Zeit, zur Geschichte gehören, (das, was sich nicht geschichtlich bestätigt hat), und es gibt etwas, was wir heute dringlich brauchen und was uns so sehr fehlt.

Die Aufgabe besteht darin, Lenin einmal auf Leninsche Art zu betrachten, uns ruhig über alles klarzuwerden und nicht das Kind mit dem Bade auszuschütten. Mir geht es hier nicht um Konservierung, eine solche Position führte noch nie zu etwas Gutem, ich plädiere vielmehr für eine ernsthafte Analyse und ernsthafte Versuche, darüber nachzudenken, was inzwischen nicht mehr lebendig ist und nur der Geschichte angehört. Allerdings sind solche Versuche rar.

Wir hätten Lenin schon längst in Schutz nehmen sollen. Nicht um etwas zu verbieten (das gelang noch niemandem) und nicht um das Umdenken aufzuhalten (aussichtslos Unterfangen), sondern um das Umdenken anzuleiten und eine TALENTIERTE Opposition auf den Weg zu bringen. Ich unterstreiche dieses Wort eigens, denn talentlose Versuche, Lenin zu schützen, kompromittieren ihn nur.

Aber auch das ist noch nicht die wichtigste Quelle der antileninistischen Stimmungen. Die wichtigste ist meiner Ansicht nach der Umstand, daß die Perestroika leerläuft, daß wir nur qualvoll langsam vorankommen, obwohl schon so viel geleistet worden ist, daß es einem den Atem verschlägt. Viel im Vergleich zur Vergangenheit, ungenü-

gend im Vergleich dazu, was notwendig ist.

Unter diesen Umständen ist der Mythos von der politisch-ideologischen Einheit des Sowjetvolks und vom Triumph der marxistisch-leninistischen Weltanschauung wie eine Seifenblase geplatzt.

Die Perestroika ist also das Wichtigste, das Bestimmende. Wenn man will, ist das Schicksal der Perestroika zugleich Lenins Schicksal heutzutage, auf jeden Fall in absehbarer Zeit. Das sei betont, denn Lenin ist eine so machtvolle historische Figur, er hat die ganze Geschichte des 20. Jahrhunderts dermaßen geprägt, daß man auch nach 100 und 200 Jahren auf ihn zurückkommen wird. Wenn wir mit der Perestroika ein Fiasko erleiden, wird das keine Niederlage der Ideen, sondern eine Niederlage der Menschen sein und nur eins beweisen: Wir Kommunisten der 90er Jahre sind talentlos, wir konnten keine richtigen Wege zur Überwindung der Krise finden, uns nicht über Borniertheit und Egoismus erheben, nicht die eigenen Präntionen dämpfen.

Lenins Autorität liegt also im Erfolg der Perestroika, in der Verwirklichung seiner Ideen und Standpunkte, seiner Methoden, Widersprüche zu überwinden. Alles, was wir uns vornehmen – streitbare Artikel, gescheite Vorträge, hitzige Diskussionen –, ist notwendig, aber sekundär und sogar tertiär und wird ohne die Hauptsache, die Perestroika, nicht wirksam werden.

Ich möchte nur zwei neuralgische Punkte der Perestroika ansprechen und sie mit der Leninschen Methode vergleichen, einen Ausweg aus solchen Krisen zu finden.

Die Partei. Heute ist das ein buntes Konglomerat von Menschen mit Parteibuch, das alle, bis hin zu Schwarzhunderten und Anarchisten, umfaßt. Eine Partei als politische Organisation, die um gemeinsame Ideen gruppiert ist, nach den Prinzipien der innerparteilichen Demokratie lebt und allen ihren Mitgliedern eine aktive Teilnahme am Parteileben, an der Erörterung und Lösung ausnahmslos aller Fragen gewährleistet, also eine solche Partei haben wir nicht, sie ist in den 20er Jahren geblieben. Was wir haben, ist eine administrative Struktur, die einigen ihrer Mitglieder Zutritt zu einer bestimmten Beförderung gewährte, das Gros hingegen von der Ausarbeitung der Politik völlig ausschloß. Das bleibt in vieler Hinsicht bis heute so. Und so gehören wir alle zu ein und derselben Partei, obwohl wir unterschiedliche Überzeugungen haben, nicht nur über die Mittel und Wege, sondern auch über das Ziel unterschiedlich denken und einander oft hassen und verachten. Wer und wozu hat es nötig, daß Nina Andrejewa und z. B. ich in der Partei Schulter an Schulter stehen? Der Beispiele gibt es viele. Täglich gehen wir an dieser Realität vorbei, tun so, als existierte sie nicht, und lassen von unseren merkwürdigen Versuchen nicht ab, unter der Flagge des Kampfes für Einheit, für die Aufrechterhaltung der Einheit unter dem neuen, pluralistischen Aushängeschild Unvereinbares zu vereinigen. Aber Pluralismus auf der Suche nach dem Weg und friedliche Cohabitation von Stalinismus und Leninschen Ideen sind zweierlei. Wiederholt sagte Lenin, eine angebliche Einheit sei

Diesem Artikel liegt meine Ansprache bei einer Sitzung der Ideologischen Kommission des ZK der KPdSU zugrunde.

schlimmer als Spaltung. Ist es nicht so, daß die Erhaltung der angeblichen Einheit heute der Partei zum Verhängnis wird, ihr die Möglichkeit nimmt, sich tatsächlich zu erneuern und zur Avantgarde des gesellschaftlichen Lebens aufzusteigen?

In Wahrheit weiß jeder von uns, daß es weder in der Partei selbst noch in ihrer Führung einheitlich zugeht.

Trotz andauernder Versuche, Unterschiede in den Positionen und Standpunkten mehrerer Mitglieder des Politbüros und des Zentralkomitees zu den brennenden Problemen des Lebens zu verschleiern, gelingt das doch nicht. Wir wissen von der besonderen Position Jegor Ligatschows, und zwar nicht nur in landwirtschaftlichen Fragen. Ich glaube, daß niemand von den Teilnehmern einer Beratung von Vertretern der Massenmedien, die im März 1988 gleich nach Veröffentlichung von Nina Andrejewas Artikel stattfand, jene lobende Einschätzung vergessen hat, die Ligatschow dem Artikel gab.

Heute wissen wir, daß Michail Gorbatschows Position bei einigen anderen Politbüro-Mitgliedern nicht immer Verständnis und Unterstützung findet. Dieser Meinungspluralismus, diese kreativen Diskussionen wären herrlich gewesen, wenn sie offenen Charakter hätten und allen Kommunisten die Möglichkeit gäben, sich ein eigenes Urteil über umstrittene Fragen und Meinungsschattierungen zu bilden. Dabei wird die Masse der Kommunisten dem ferngehalten und ist auf Gerüchte angewiesen. Erst aus einem Interview Worotnikows für die „Sowjetskaja Rossija“ erfuhren und begriffen wir, daß der im Statut nicht vorgesehene Grundsatz des obligatorischen Konsenses im Politbüro oft dazu zwingt, auf der Suche nach einem Interessenausgleich eine Frage aufzuschieben oder Kompromisse einzugehen, die dem Auf-der-Stelle-Treten gleichkommen. Verspätet sich unsere Partei deshalb so oft? Dutzende Beispiele, nur eines davon ist die Perestroika in der „Prawda“, die mehr als vier Jahre zu spät begann.

Lenin war nie für eine solche Einheit, vielmehr stets bestrebt, grundsätzliche Widersprüche der Parteibasis zur Erörterung vorzulegen, um im Zuge einer offenen Diskussion die politische Aufklärung und Erziehung der Massen sowie den Zusammenschluß der Kommunisten um eine bestimmte Plattform zu erzielen – keineswegs jene passive Unterordnung unter die direktiven Weisungen von oben, zu denen wir immer verdammt waren.

Warum könnten wir heute diese Leninschen Prinzipien nicht nur verbal, sondern auch real wiederbeleben? Das würde Lenins Autorität tausendfach mehr bekräftigen als 10 000 richtige Artikel und 100 000 richtige Vorträge.



Die Perestroika entscheidet über das Schicksal des Leninismus

1921 wies Lenin kategorisch den Vorschlag zurück, die Wahlen zum Parteitag nach den einzelnen Plattformen aufzuheben. Der Vorschlag wurde dadurch untermauert, daß bei der „Einheit“ nur eine Plattform, die des ZK der Partei, zu existieren habe. Was geschieht aber, wenn sich die Brester Situation, als die Mehrheit im ZK im Unrecht war, wiederholt? Bürgt ihr dafür, sagte Lenin, daß solche Fragen nicht mehr vorkommen? Niemand kann dafür bürgen... Wenn aber die Umstände tiefe Widersprüche auslösen – darf man denn verbieten, daß sie der ganzen Partei zur Kenntnis gebracht werden? Nein, man darf es nicht!

Es ist meine Überzeugung, daß wir heute eben eine solche Situation, eine für die Partei schicksalsträchtige Situation, haben. Sie erfordert direkte Wahlen zum Parteitag aufgrund alternativer Plattformen. Ich bin ein überzeugter Anhänger Gorbatschows. Ich weiß, daß es eine Plattform Gorbatschows gibt. Es gibt die Position Ligatschows. Außerdem die Position der Kommunisten aus der Interregionalen Gruppe. Das wären bereits drei Plattformen, wenn natürlich andere Genossen uns nicht eine weitere vorlegen, in der Perestroika-Phrasen einen gegen die Perestroika gerichteten Inhalt verbergen. Diese Befürchtung kann ich nicht loswerden.

Eine der meines Erachtens wichtigsten Fragen, auf die bei der Erörterung dieser Plattformen zu antworten wäre, lautet: Auf welches Erbe verzichten wir? Die Frage betrifft nicht so sehr die Vergangenheit wie vielmehr die Zukunft.

Das Unvermögen, diese Frage auf die Leninsche Weise präzise zu beantworten, hat schon viele osteuropäische kommunistische Parteien zugrunde gerichtet. Ich bin überzeugt: Wenn die ganze KPdSU durch offene Diskussionen über die Plattformen gegangen wäre, hätte sie die richtige Antwort gefunden und allen bewiesen, daß die Plattformen den Weg nicht zur Spaltung, sondern zum Zusammenschluß, zur Einheit darstellen, wie das 1921 war und wie das von Lenin verstanden wurde.

Das zweite Problem, das ich hier nur kurz erwähnen möchte, ist das der Nationalitäten.

Lenin baute den Staat nach klaren Standpunkten auf:

Wir sind kategorisch gegen die Abtrennung, aber die Großmachtpolitik hat die Sache des nationalen Zusammenlebens so weit kompromittiert, daß man heute einen freiwilligen Zusammenschluß der Völker nur über die Gewährleistung ihres Rechts auf freien Austritt erzielen kann.

Hätte die Partei vor zwei Jahren, als Gorbatschow diese Frage erstmalig aufwarf, besagte Prinzipien organisatorisch gewähr-

leistet, müßten wir heute nicht die entsetzlichen Frontberichte aus Aserbaidshan und Armenien lesen.

Hätten wir auf jede nationalistische, chauvinistische Äußerung sofort reagiert und uns nicht gefürchtet, eine prinzipielle politische Einschätzung zu geben, hätten wir nicht mit eigenen Händen (ich meine die des ZK) eine Reihe von Zeitschriften und Zeitungen notorischen Erz-Chauvinisten zugespielt, so hätten wir in hohem Maße den Versuchen den Boden genommen, anstelle der Ideen von Internationalismus und Kommunismus nationalistische Ideen zu unterschieben.

Aber wir leiden an ideologischer Impotenz.

Warum rührten sich die Mitarbeiter des Gebietspartei-Komitees Leningrad nicht bei den nationalistischen Treffen in der Stadt? Darum, weil die Partei darauf nicht reagierte. Ich will keine Repressionen oder Amtsenthebungen, ich möchte nur eine klare Formulierung: Genosse Chauvinist, Ihre Ansichten sind mit der Mitgliedschaft in der KPdSU unvereinbar.

Warum erhalten die chauvinistischen Artikel in „Molodaja Gwardija“ (Junge Garde) und „Nasch Sowremennik“ (Unser Zeitgenosse) oder eine so himmelschreiende Veröffentlichung wie „Die Russophobie“ keine Beurteilung? Warum wick die Partei einer öffentlichen Beurteilung jenes Plenums des Schriftstellerverbands der RSFSR aus, das das Andenken an Nikolaus II. ehrte? Lenin hatte keine Angst, sich mit aller Bestimmtheit zu einer Frage wie dem Antisemitismus zu äußern. Erinnern wir uns an seine Ansprache „Über die Pogromhetze gegen die Juden“.

Vorläufig herrscht aber überall Schweigen, obwohl dieses Problem in unser Haus direkt einbricht. Wie übrigens noch viele andere Probleme. Wir verbergen uns vor ihnen, fürchten sie, glauben, daß wir sie mit Abwarten und Hinhalten überlisten könnten.

Ich bin aber überzeugt, daß wir diese Möglichkeit nicht haben.

Jede nationalistische Ausschreitung gegenüber einem Russen, Litauer, Armenier, Aserbaidshaner, Juden, Tataren oder Esten, die heute geschieht, führt morgen unausweichlich zum Antikommunismus.

Es gibt nur eine Alternative dazu: Wenn wir die Leninschen Methoden behaupten und das Leben erfolgreich verändern, werden wir nicht mehr Antworten bei einem Examen hören müssen, ähnlich der, die ich am Anfang meiner Ansprache erwähnte.

Oder aber...

In Berlin sah ich vor zwei Wochen eine Bekanntmachung: Ein Betrieb stellte Ingenieure und Techniker ein, allerdings bat man SED-Mitglieder, von der Stellensuche abzusehen. Machen wir uns nichts vor: Wir stehen vor einer genau solchen, wenn nicht noch schlimmeren Alternative.

„Wir sind nicht die einzigen...“

Was der Sonderparteitag der Kommunisten beschloß

Das erste, was ich sah, als ich an das Fenster des Hotels, wo ich in Sofia abgestiegen war, trat, waren die Worte „Vorwärts zum Kommunismus“, angebracht in merklich verblichenen Buchstaben am Rand des Ziegeldachs des siebenstöckigen Hauses gegenüber. Eine halbe Stunde später, als ich mich dem Sitz der Nationalversammlung näherte, hörte ich Sprechchöre „Fort mit der BKP! Wir wollen keinen Sozialismus!“ Junge Leute, die eine Menschenkette bildeten, umgaben das Gebäude, wobei sie immer wieder die gleichen Sprechchöre ertönen ließen. Vom Parlament trennten sie nur leichte Metallhindernisse, verbunden von einem roten Absperrungsseil, wie man es eher an einer Theatergarderobe antrifft. „Wissen Sie, die Abgeordneten hören sie jetzt“, sagte mein Begleiter Dr. Alexander Talakow. Die Nationalversammlung tagte. Auf dem Platz waren innerhalb der Absperrungen hin und wieder Milizionäre zu sehen. Neben ihnen, auf der Straße, stand eine recht große Gruppe unbewaffneter Soldaten.

Die verblichene Losung und die, wie mir schien, etwas exaltierten Sprechchöre stellen die äußeren Koordinaten des so breiten Spektrums des politischen und gesellschaftlichen Lebens des heutigen Bulgariens dar, das sich wie eine stark zusammengepreßte Feder aufrichtet.

... Ich schreibe diesen Bericht und spüre, daß ich mit den Ereignissen absolut nicht mitkomme. Urteilen Sie selbst. Gerade erst lernte ich den Chefredakteur der hier so beliebten Wochenschrift „Pogled“ kennen, da wurde auf einem Sonderkongreß der Journalisten ein anderer gewählt. Morgens schlägt man die Zeitung auf und erfährt, daß es im Land keine Regierung mehr gibt – sie hat ihren Rücktritt erklärt. Und ein, zwei Tage später hat das Land schon einen neuen Ministerpräsidenten. Der sehr kritisch eingestellte Chefredakteur der Zeitung „Narodna Kultura“, der, wie er sagte, selbst erstaunt war, als er zum Vorsitzenden des Journalistenverbandes gekürt wurde, wird wenige Tage später auf dem BKP-Parteitag zum Chefredakteur der zentralen Parteizeitung „Rabotnitschesko Delo“ gewählt. Unterdessen ist er ein namhafter Vertreter der Alternativen Sozialistischen Vereinigung, einer Fraktion innerhalb der BKP... Nein, den Ereignissen im heutigen Bulgarien nachzujagen zu wollen, ist ein aussichtsloses Unterfangen. Man muß sich auf das Wichtigste konzentrieren.

Ende Januar, Anfang Februar stand zweifellos der 14. Sonderparteitag der BKP im Mittelpunkt des allgemeinen Interesses. Er fand an einem Wendepunkt in der Geschichte des Landes statt, weniger als drei Monate, nachdem der 35 Jahre wäh-

renden Herrschaft von Todor Shiwkow ein Ende bereitet wurde.

„In den letzten 58 Stunden habe ich nur drei Stunden geschlafen, entschuldigen Sie bitte“, sagte, auf einer Tischkante im Pressezentrum sitzend, Andrej Lukanow, der auf gut drei Dutzend Fragen von Journalisten bereits nach der mehrstündigen Pressekonferenz antwortete. Frisch rasiert, Englisch und Russisch frei sprechend, war er direkt nach dem Abschluß des Parteitages zusammen mit dem neuen ersten Mann der BKP, dem Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Parteirates Alexander Lilow hierher gekommen. Trotzdem wagte ich es, ihm eine Frage zu stellen:

„Gab es für Sie bei dem Parteitag irgendwelche Überraschungen?“

„Die Schärfe der Diskussion und des Verhaltens der Minderheit, die, wenn man über den Parteitag oberflächlich urteilt, auf ihm eine herausragende, ich würde nicht sagen sehr positive, doch herausragende, Rolle spielte – eben das war in gewissem Sinne eine Überraschung“, antwortete Andrej Lukanow. „Die tatsächliche Stärke dieser Minderheit (und es ist eine konservative Minderheit) war eher bescheiden. Das zeigten die Abstimmungen zu allen Hauptpunkten, zu den Prozedurfragen und die Wahlen.“

„Also überstieg ihre Aktivität auf dem Parteitag ihre tatsächliche Macht?“

„Ja, um einiges.“

...Im Bericht, den Petr Mladenow auf dem 14. Sonderparteitag hielt, fand sich viel, was diverse Anhänger traditioneller Ansichten wohl schockieren mußte. Hier traf man sowohl den früher verfolgten Begriff einer „Gesellschaft der Bürger“ als auch den Gedanken, daß „wir Kommunisten nicht die einzigen Träger des Fortschritts und des Neuen in der Gesellschaft sind. Das gibt uns Anlaß, uns den reichen Erfahrungen und den theoretischen Erkenntnissen der sozialdemokratischen Denker und Politiker zuzuwenden, die den Marxismus unter den Bedingungen der hochproduktiven und demokratischen Gesellschaft des 20. Jahrhunderts weiterentwickelten.“ Mut war nötig, um an einem Eckstein des Parteilebens zu rütteln, um das Prinzip des demokratischen Zentralismus „als ein Prinzip, das modernen demokratischen Zielen, der Vorstellung des Vol-



Die Leidenschaften kochen...

kes von der Partei nicht entspricht“ durch das Prinzip der „demokratischen Einheit“ zu ersetzen. Es gründet sich auf einen Pluralismus der Meinungen und der ideologischen Strömungen, es enthält die Idee der Eigenverantwortlichkeit und der Selbstverwaltung der Kommunisten und der Grundorganisationen der Partei, der Priorität horizontaler Verbindungen zwischen den Mitgliedern der Partei und ihren Organisationen.

Auch von einer Demokratisierung des Parteilebens durch eine Dezentralisierung, von einer Konzentration der Arbeit in den Grundorganisationen war die Rede. Ich meine, den Orthodoxen ging auch folgende Passage gegen den Strich: „Die Partei kann die Geschicke des Staates, der Gesellschaft und ihrer Mitglieder nicht auf der Grundlage der Entscheidungen von Plenen, Versammlungen und Parteitage bestimmen... Zum Hauptprinzip und Stil unserer Arbeit müssen Dialog und Diskussion, die Erreichung von Einvernehmen werden.“ In dem Bericht wurde auch auf die Notwendigkeit der Einführung eines pluralistischen, real funktionierenden Mehrparteiensystems verwiesen, das die Vielzahl der gesellschaftlichen, Gruppen-, Berufs- und anderen Interessen widerzuspiegeln hat, wobei die „Existenz einer Opposition natürlich und notwendig“ ist, unter anderem, um die Partei als politische Organisation zu bewahren. Das Dokument, das den Parteitage delegierten vorgelegt wurde, umriß klar die Bestrebungen der sich erneuernden BKP. In ihm wurde betont: Die BKP ist für eine Regierung des nationalen Einvernehmens, für eine sozial orientierte Marktwirtschaft, für sozialen Schutz, für die Rechtsordnung und für Freiheit, für Fortschritt im geistigen Bereich, für Frieden ohne Nuklearwaffen und Kriege, für den Eintritt Bulgariens ins europäische Haus, für ein demokratisches, sozialistisches Bulgarien.

Natürlich unterstützten sehr viele Delegierte in der Diskussion die überzeugend begründeten Orientierungspunkte für den Kurs der Partei – obwohl manche eine neue Runde der Hexenjagd einläuten wollten. Es gab auch Leute – und hier erinnert man sich an unsere Parteitage der letzten Jahre –, die es nur drängte, sich auszusprechen, die eigenen Probleme auszubreiten, ohne zu verallgemeinern, ohne sich auf den im Bericht des ZK vorgegebenen Stand zu erheben. Soll man also nicht über die Wirtschaft sprechen, die das Leben eines jeden bestimmt? Das ist, wie ich meine, aktuell auch für viele Redner auf unseren Parteitage. Ich bin der Meinung, man muß über die Wirtschaft sprechen. Doch sollte man sich z. B. über den Mangel an Mechanisierungsmitteln für die Landwirtschaft oder über die Probleme des Blockes eines Atomkraftwerkes aussprechen? Diese wichtigen Dinge sollten wohl doch auf anderen Ebenen erörtert werden.

Oder folgende Frage. Ein Delegierter, ein Redner – wen vertritt er? Die Parteimitglieder, die ihn gewählt haben? Wo



A. Lilow und A. Lukanow bei einer Begegnung mit Journalisten gleich nach Abschluß des Parteitages

verläuft die Trennlinie zwischen der Verantwortung vor ihnen, ihren Forderungen, den Aufträgen, örtliche „Rechte“ zu verteidigen, und der Verantwortung vor dem eigenen Gewissen? Wenn man nur über allgemeine Dinge spricht, kann man den Zorn derjenigen, die einen gewählt haben, auf sich ziehen und zudem das Etikett eines Demagogen verpaßt bekommen. Über die Lage in der eigenen Gemeinde sprechen? Doch viel deckt sich mit dem, was auch für andere Gemeinden, Städte, Dörfer typisch ist. Wo ist ein Ausweg? Offenbar besteht er darin, sich von Augenblickserwägungen freizumachen und sich auf den Stand grundsätzlicher Überlegungen zu erheben. Wiederholt erhielten auf dem Parteitag die Redner Beifall, die ihre Rede gründlich durchdacht, sorgfältig formuliert hatten und anschaulich sprachen, ohne sich an ihr Manuskript zu klammern. Doch ich meine, das Wichtigste ist die Frage der politischen Kultur, ein Vertrauensvorschuß, der die Handlungen und Gedanken des Delegierten nicht lähmt.

... Anfangs hieß es, der Parteitag werde zwei Tage dauern. Dann wurde im Pressezentrum bekannt, daß die Mitarbeiter der technischen Dienste Verpflegungsbons für drei Tage erhalten hatten. Vorschläge wurden laut, den Parteitag so lange auszudehnen, wie das für alle Wortmeldungen erforderlich wäre – und davon lagen einige Hundert vor. Den Schlußstrich zog Petr Mladenow, der vorschlug, bis spät in die Nacht zu arbeiten und die Rededauer zu kürzen, doch alles in drei Tagen durchzuziehen.

Dieser Vorschlag wurde akzeptiert. Doch die am Ende des dritten Tages eröffnete Sitzung, von der Journalisten und Gäste ausgeschlossen waren, dauerte die ganze Nacht und die erste Hälfte des nächsten Tages. Die Listen der Kandidaten zum Obersten Parteirat, der an die Stelle des früheren ZK tritt, wurden abgestimmt. Jetzt hat dieser Rat 153 Mitglieder. Ein 17köpfiges Präsidium des Obersten Parteirates unter Alexander Lilow wurde gebildet. Lilow hat zwei Stellvertreter: Alexander Stresow und Georgi Pirinski. Dem Präsidium gehören Dobri Dshurow, Andrej Lukanow, Petr Mladenow, Petr Emil Mitew und andere an. Übrigens gab eine Umfrage vom Januar zur Popularität der Politiker D. Dshurow und P. Mladenow den ersten und den zweiten, A. Lukanow und A. Lilow den vierten und den fünften Platz.

Der Sonderparteitag lieferte, wie A. Lilow vor Journalisten betonte, eine recht kompetente und konkrete Analyse der Lage im Lande unter den Bedingungen der ersten politischen, ökonomischen und moralischen Krise, eine konkrete Analyse der Situation in der Partei selbst. In dem Manifest, mit dem sich die BKP an alle Kommunisten und alle Bürger des Landes wandte, wurde erklärt, daß die BKP jetzt einen neuen Parteityp darstellt – den Typ einer Partei des demokratischen Sozialismus, die sich von ihrer Geschichte, von ihrem Erbe nicht lossagt. Das vom Parteitag verabschiedete neue Statut gibt reale Möglichkeiten, die BKP in eine Partei zu verwandeln, die ihre Entscheidungen in breiter, offener und freier Diskussion fassen wird, in eine Partei, die unterschiedliche ideologische Strömungen, auch Vereinigungen, zuläßt. Heute muß unsere Partei, fuhr Alexander Lilow fort, als regierende Partei überaus komplizierte Probleme im Lande selbst, in der bulgarischen Gesellschaft lösen. Also muß sie sich ändern, und wir haben die Frage wie folgt gestellt: Die Partei kann nur, wenn sie sich reformiert, mit Erfolg rechnen. Und unter diesem Aspekt, betonte Alexander Lilow, täusche er sich nicht, wenn er den Parteitag als Parteitag der Erneuerung der BKP charakterisieren werde.

Gleich nach Abschluß des Parteitages wurde auf einer Sitzung der Nationalversammlung der neue Vorsitzende des Ministerrats gewählt: A. Lukanow. Wie der neue Premier erklärte, betrachtet er die Lösung der sozialen und ökonomischen Probleme, die Erarbeitung eines Antikrisenprogramms und den Schutz der Werktätigen vor den unausweichlichen Folgen der Verwirklichung dieses Programms als die Hauptaufgabe der Regierung.

Wladimir Shitomirski

NZ-Sonderkorrespondent
SOFIA-MOSKAU

Fotos: Borislav Wassiljew und des Autors

Links – wie geht es weiter?

Die PVAP hat ihre Geschichte vollendet. Was erwartet die polnische Linke?

Der Abtritt der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei von der historischen Bühne ist ein logisches Fazit ihrer langen, schwierigen und sehr lehrreichen Entwicklung.

Polen hat ebenfalls seine Dosis des Stalinismus erhalten, wenn auch keine so bittere wie wir. Es gab auch ein polnisches Tauwetter, als Echo unseres 20. Parteitags. Genauso wie eine polnische Stagnation: Nach der Euphorie von Anfang der 70er Jahre, als Gomulka's Nachfolger Edward Gierek sich an das Volk mit der lakonischen Frage „Helft ihr?“ wandte und das Volk antwortete (selbstverständlich „wie ein Mann“): Wir helfen! Aber die schwungvollen Pläne und Initiativen wie auch die Belebung auf dem Markt erwiesen sich schon in der zweiten Hälfte der 70er Jahre als eine Seifenblase. Die platzte im heißen Sommer 1980. Seitdem galoppiert Polens Geschichte. Man versuchte, diesen Lauf durch verschiedene Hürden abzubremesen. Es sei ehrlich gesagt, daß auch die UdSSR das Ihre dazu beitrug. Mit der Verhängung des Ausnahmezustands in der denkwürdigen Nacht zum 13. Dezember 1981 wurde die Bremse scharf angezogen.

Jene Aktion wird unterschiedlich bewertet. Selbst viele namhafte Vertreter der einstigen Opposition geben heute, schon als aktive Politiker, zu, sie sei ein „notwendiges Übel“ gewesen. Wie dem auch sei, das Ergebnis waren der Vertrauensschwund gegenüber der PVAP, die gesellschaftliche Apathie und die westliche Orientierung der Polen. Vor allem aber wohl das stürmische Wachstum der objektiven Signifikanz einer gesellschaftlichen Bewegung, die alternativ zur PVAP war: der Solidarnosc.

Viele PVAP-Mitglieder meinten, vielleicht hätte die Geschichte einen anderen Lauf genommen, wenn die Partei gleich

nach der Aufhebung des Ausnahmezustands 1983 radikale demokratische Umgestaltungen vorgenommen, wenn der „Runde Tisch“ damals stattgefunden hätte usw. Die Politik kennt jedoch kein Irrealis, es gibt nur das, was es gibt. Das Finale begann im Sommer 1989: Die PVAP verlor die Parlamentswahlen eindeutig an die Solidarnosc. Ende Januar machte der 11. und, wie wir jetzt wissen, letzte Parteitag einen Schlußstrich unter die 41jährige Monopolstellung der PVAP im Staat.

Die traurigen Erfahrungen dieser Partei bestätigen erneut (das ist eine der wichtigsten Lehren aus der Entwicklung im Lande), daß das Monopol auf die Macht zugleich das Monopol auf Verantwortung bedeutet. Das Land und sein Volk haben Schweres durchgemacht. Die meisten Polen schreiben die Schuld dafür, und sei es nicht immer ganz gerecht, der Partei zu. Wenn die Wahlen noch vor der Einstellung der PVAP-Tätigkeit stattgefunden hätten, so hätten, wie eine in der Zeitung „Rzecz pospolita“ veröffentlichte soziologische Umfrage bezeugt, nur 2,2 Prozent der Wähler für die Kommunisten gestimmt.

Heute fragen sich viele Polen, ob ihre Republik überhaupt eine linksorientierte Partei brauche. Die populäre Warschauer Abendzeitung „Express Wieczorny“ führte sogar eine diesbezügliche Umfrage unter bekannten Politikern und Wissenschaftlern des Landes durch. Lech Walesa brachte die Meinung vieler zum Ausdruck, als er erklärte: „... Es bedarf eines politischen Gleichgewichts. Das aber bedeutet die Erhaltung aller politischen Strömungen: der Rechten, des Zentrums und der Linken.“ Die angesehene Wochenschrift „Polityka“ fordert ebenfalls auf, „die Lücke in der Linken zu füllen“. In dieser Wochenschrift stellte der Publizist Jacek Poprzeczko fest, das heutige Polen habe überhaupt keine Linke als beachtenswerte organisierte politische Kraft.

Gegenwärtig ist eine solche politische Kraft in Entstehung begriffen, im Grunde sogar schon entstanden, wenn auch noch nicht so einheitlich und fest, wie viele Menschen vor einigen Wochen hofften.

Der Gründungskongreß, der gleichzeitig mit dem letzten PVAP-Parteitag stattfand, nahm eine programmatische Deklaration über die Gründung einer sozialdemokratischen Partei an. Ihr



Name ist Sozialdemokratie der Republik Polen (SdRP). Unmittelbar danach traten ihr über 1000 Kongreßdelegierte bei, die für die Deklaration gestimmt hatten.

Eine Sensation für die Delegierten war folgender Entschluß des PVAP-Vorsitzenden Mieczyslaw Rakowski: „Meine Generation ist noch sehr aktiv. Ich glaube aber, daß das Steuer der neuen Partei an eine neue junge Generation abgetreten werden muß.“ Kein Zweifel, das war ein schwieriger, mutiger Entschluß, vielleicht die Sternstunde dieses Menschen, der mehr als 40 Jahre lang der Partei diente. Jetzt ist er wieder Journalist. Der Saal applaudierte ihm lange im Stehen. Der Vorsitzende des Hauptrats der Partei ist der junge Politiker Aleksander Kwasniewski, der in Polen als Chefredakteur der studentischen Wochenschrift „I T. D.“ und dann der Zeitung „Sztandar młodych“ gut bekannt ist. Eine Zeitlang leitete er das Komitee für Angelegenheiten von Jugend und Sport. Zum Generalsekretär wurde Leszek Miller gewählt, ein 43jähriger Parteifunktionär, der im ZK der PVAP den Weg vom Abteilungsleiter bis zum Sekretär und Mitglied des Politbüros zurückgelegt hatte.

In der programmatischen Deklaration der neuen Partei heißt es ausdrücklich, der wichtigste Wert sei Polen selbst, vor allem ihm müsse die Partei, gestützt auf Vertrauen und Hilfe der Bürger, dienen. Das einzige Kriterium der Macht sei der Volkswille, der anhand demokratischer und gleicher Wahlen bei proportioneller Vertretung aller Schichten der Gesellschaft in den gewählten Organen ermittelt werde. Garantie des Wohlergehens des Landes sind für die SdRP der Fortschritt, die Weltoffenheit und die Teilnahme an allen Errungenschaften der Menschheit. Die Partei wünsche, heißt es in der Deklaration, daß Polen die Heimat freier, gleichberechtigter, solidarischer Bürger, ein Staat der sozialen Gerechtigkeit sei.

Ferner verkündet die Deklaration die Notwendigkeit, die Interessen des polni-



Dies ist der erste Bericht von Prof. Dr. phil. habil. **Rudolf BORECKI** in seiner Eigenschaft als ständiger NZ-Korrespondent in Warschau



L. Miller und A. Kwasniewski im Sitzungssaal

Foto: „Trybuna kongresowa“ (Polen)

schen Staates und seines Rechts auf die Existenz in den heutigen sicheren Grenzen zu schützen. Die neue Partei setzt sich für die Solidarität und Freundschaft gleichberechtigter Völker ein und unterstützt die Idee eines gesamteuropäischen Hauses. Aber das Wichtigste sei die Entwicklung günstiger, gutnachbarlicher Beziehungen zu Polens Bündnispartnern.

Sehr ähnliche Ziele setzt sich auch eine andere linke Organisation, die Sozialdemokratische Union der Republik Polen (SdURP). An der Spitze der Initiativgruppe, die die Bildung der Union beschloß, steht der Vizemarschall des Sejm Tadeusz Fiszbach, der 1975 – 1981 erster Sekretär der Wojewodschaftsorganisation der PVAP in Gdansk war und zu den Initiatoren der Vereinbarung mit der Solidarnosc vom August 1980 gehörte. Ihm schlossen sich einige Delegierte des letzten PVAP-Parteitag an, weil sie meinten, die Sozialdemokratie der Republik Polen sei nur eine „aufgefrischte PVAP“, das Volk werde ihr nicht folgen. Wie die Gruppe in ihrer „Deklaration der Ziele“ erklärte, werde die Partei Vertreter verschiedener Bevölkerungsgruppen aufnehmen, auch solche, die keiner der politischen Parteien angehörten.

Nach dem Kongreß besuchte die Führung der SdRP Präsident Jaruzelski. Er wünschte der neuen Partei Erfolg. Der Präsident empfing auch T. Fiszbach und brachte seine Sicherheit zum Ausdruck, die Union werde mit den anderen linken Gruppen zum Wohl des polnischen Volkes und Staates zusammenarbeiten. Als Auftakt zu einem solchen konstruktiven Zusammenwirken bewertete er das Bestehen eines gemeinsamen Parlamentarischen Klubs der demokratischen Linken, dem sowohl Vertreter der SdRP und der SdURP als auch parteilose

teileose Sejm-Abgeordnete angehören.

Die Bereitschaft der Linken zur Zusammenarbeit erweckt Hoffnungen. Dennoch werden Befürchtungen laut, daß diese zentrifugale Tendenz in der „Linken“ weitergehen könnte. Wie zu hören ist, beabsichtigt der Krakauer Professor Hieronim Kubiak, der 1981 – 1986 Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der PVAP war, den Krakauer Klub der linken Intelligenz „Kuznica“ zu einer weiteren Partei auszubauen. Unter den Mitgliedern der ehemaligen PVAP gibt es ferner eine starke Strömung, die sich auf den Schutz der Interessen der werktätigen Massen und auf die Schaffung einer „Arbeitspartei“ orientiert. Als reale Basis dafür könnte die Gesamtpolnische Verständigung der Gewerkschaften unter Alfred Miodowicz dienen. Es gab auch Stimmen, die der SdRP die Existenzberechtigung absprachen. So sonderbar es auch ist, gesellte sich ihnen auf einer Pressekonferenz in Gdansk auch Lech Walesa bei, obwohl er sich früher für politisches Gleichgewicht und Pluralismus ausgesprochen hatte. In diesem Zusammenhang verwies A. Kwasniewski in einem offenen Brief an Walesa, ein Pluralismus, der nur Auserwählten und Empfohlenen die Tätigkeit erlaube, mute merkwürdig an.

Kurz gesagt, nach der Einstellung der PVAP-Tätigkeit ist das Bild an der linken Flanke der politischen Kräfte Polens recht kompliziert, und es wäre verfrüht, jetzt die Entwicklung vorauszusagen.

Fest steht, daß die sozialdemokratische Tendenz gesiegt hat. Nicht von ungefähr heißt es in der programmatischen Deklaration der SdRP direkt, sie lege besonderen Wert auf ein Bündnis mit der Sozialistischen Internationale.

Warschau

Die diplomatische Praxis der sozialistischen Länder wird immer mehr von den Ideen des neuen Denkens erfüllt. Doch damit sie sich endgültig durchsetzen können, brauchen sie eine theoretische Gegenüberstellung zu alten Postulaten. Unterdessen wurden in den sozialistischen Ländern bereits zwei Generationen im Geist der marxistisch-leninistischen Theorie der internationalen Beziehungen erzogen, einer Theorie, die nicht von Marx und nicht von Lenin, sondern weitgehend von Stalin entwickelt wurde.

Da Stalins theoretische Fehler nie sorgfältig studiert und entsprechend kritisiert wurden, meinen die Vertreter der alten Schule, gerade sie besäßen immer noch das Monopol auf die Wahrheit. Angesichts des mutigen Bruchs mit den alten Denkschablonen und konfrontiert mit Michail Gorbatschows diplomatischen Initiativen, prüfen die meisten von ihnen an den gewohnten Klischees die neuen Ideen und entdecken eine Diskrepanz mit der „klassischen Theorie“. Deshalb verlangt das neue Denken eine tiefeschürfende Kritik an den Stalinschen Ideen zur Theorie der internationalen Beziehungen.

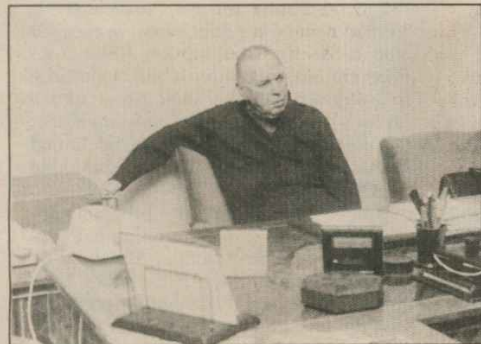
Alles begann mit Stalins bekanntem Artikel von 1927 über die internationale Bedeutung der Großen Oktoberrevolution. Der Autor behauptete, die Oktoberrevolution bedeute eine grundlegende Wende in der Menschheitsgeschichte, sei der Wendepunkt von der alten, kapitalistischen hin zur neuen, sozialistischen Welt. Diese These wurde zur theoretischen Grundvoraussetzung, um die Welt auf ideologischer Grundlage in zwei antagonistische Lager zu teilen – ein kapitalistisches und ein sozialistisches, wobei sich jedes angeblich nach eigenen Gesetzen entwickelt, nach eigenen Gesetzen handelt. In Stalins Theorie wurden die Realitäten des internationalen Staatensystems sowie ihr Einfluß auf die Politik der Staaten und auf die politische und militärische Entwicklung in der Welt ignoriert.

Bis zur Revolution von 1917 in Rußland war der Kapitalismus ein umfassendes System in der Welt. Seine Gesetze schufen die Grundlage der internationalen Beziehungen, ausgehend von der unterschiedlichen geographischen Größe, dem wirtschaftlichen Entwicklungsstand und von der Stärke der Streitkräfte der Völker und Nationen. Eine natürliche Folge waren eine Politik der Stärke (Abkommen über politisches Gleichgewicht, das Streben nach Hegemonie und nach Einflußsphären) sowie die Anwendung solcher Methoden wie Herrschaft, Unterordnung der schwachen Nationen unter die starken, die Ausbeutung der armen und unterentwickelten Länder durch die reichen und hochentwickelten Staaten. Die Entstehung des ersten sozialistischen Staates, der Sowjetunion, führte zu einem Durchbruch des kapitalistischen Weltsystems, das im weiteren durch die Revolutionen in europäischen Ländern, in China, auf Kuba und anderswo erschüttert

Globalismus und Klassenkampf

Einige Bemerkungen zur Stalinschen Theorie der internationalen Beziehungen

Silviu Brucan



Silviu Brucan, Professor, Politologe und Diplomat, ist nicht nur in Rumänien bekannt – vor allem als jemand, der sich schon vor vielen Jahren öffentlich gegen das Ceausescu-Regime gewandt hat. Trotz der raffinierten Verfolgung setzte er den kompromißlosen Kampf für die Freiheit seiner Heimat, für die Menschenwürde fort.

Diesen Beitrag schrieb Silviu Brucan auf Bitte der Redaktion.

wurde. Doch die Struktur des Systems der zwischenstaatlichen Beziehungen, das auf den Staaten und Nationen basiert, ist im Grunde unverändert geblieben. Entsprechend bleiben auch die Grundlagen des Verhaltens der Staaten und Nationen unverändert.

Die UdSSR macht voll Gebrauch von ihrer Stellung als Großmacht, indem sie eine wichtige Rolle bei der Lösung internationaler Fragen auf allen Kontinenten spielt. China handelt ebenso als Großmacht, obwohl seine Rolle und sein Einfluß auf die internationalen Beziehungen durch das mangelnde wirtschaftliche und militärische Potential beschränkt sind. Eine Reihe weniger entwickelter sozialistischer Staaten hat sich der Gruppe der 77 Entwicklungsländer angeschlossen, die für eine neue Weltwirtschaftsordnung kämpfen. Jugoslawien wurde zu einem der Initiatoren der Bewegung der Nichtpaktgebundenen.

Lenin warnte, nur im Ergebnis der Revolution zumindest in einigen fortgeschrittenen Ländern werde der Sozialismus entscheidenden Einfluß auf die Weltpolitik insgesamt nehmen können. Doch die wichtigsten kapitalistischen Länder des Westens widerstanden dem revolutionären Aufschwung nach dem ersten und dem zweiten Weltkrieg und bewahren weiter ihre Positionen. Deshalb werden die Formulierung der Außenpolitik und das außenpolitische Handeln eines sozialistischen Staates nicht nur von dessen innerem System bestimmt, sondern auch von der internationalen Umgebung mit deren konkurrierender Dynamik und mit deren Methoden der Stärke. Die verbale Schönfärberei, unter den sozialistischen Ländern bestünden „Beziehungen neuen Typs“, die stark an die früheren heuchlerischen Phrasen von der „sozialistischen Gleichheit“ erinnern, ist zu verwerfen.

Das zweite Postulat der Stalinschen

Theorie lautet, daß es in Wirklichkeit zwei Weltmärkte gibt: einen kapitalistischen und einen sozialistischen. Diese These erwies sich ebenfalls als falsch. Davon zeugt insbesondere der Einfluß der Schwankungen des Ölpreises am Weltmarkt auf die sowjetische Wirtschaft und auf die Handelsbilanz. Was Länder wie Polen, Rumänien, Ungarn und Jugoslawien angeht, so mußten sie zu Sparmaßnahmen greifen, um die hohen Zinsen der westlichen Banken bezahlen zu können.

Kurz gesagt, die Weltwirtschaft ist ein hierarchisches System, in dem der westliche Kapitalismus nach wie vor führende Positionen einnimmt und die Spielregeln auf dem Weltmarkt diktiert. Krisen und nachlassende Nachfrage, die die kapitalistische Wirtschaft von Zeit zu Zeit heimsuchen, berühren auch die Wirtschaft der sozialistischen Länder.

Kern von Stalins theoretischer Konzeption ist das Postulat, daß der Klassenkampf entscheidende Triebkraft nicht nur in der Gesellschaft, sondern auch in der internationalen Politik ist. Von daher stammt das Bild einer in zwei Klassen geteilten Welt, einer Welt, die aus zwei einander feindlich gegenüberstehenden Lagern, dem Kapitalismus und dem Sozialismus, besteht. Es gibt Theoretiker, die sich immer noch an diese vereinfachte Vorstellung von der Weltpolitik klammern. Unterdessen lassen sich unzählige Ereignisse nicht in dieses Prokrustesbett zwängen. Erinnern wir uns nur an das Bündnis zwischen den USA, Großbritannien und der UdSSR im Kampf gegen Hitlerdeutschland während des zweiten Weltkrieges. Heutzutage war es viel leichter, amerikanisch-sowjetische und amerikanisch-chinesische Gipfeltreffen zu organisieren als einen sowjetisch-chinesischen Gipfel. Die Triebkräfte der zwischenstaatlichen Beziehungen unterscheiden sich von den Triebkräften der Klassenbeziehung.

gen. Der Grund dafür ist klar: In der Gesellschaft ist der Klassenkampf der entscheidende politische Faktor, doch nicht im internationalen Leben.

Und schließlich wollen wir uns den Begriff des „Globalismus“ näher ansehen. Als Marx das „Kapital“ schrieb, war das gesellschaftliche System national orientiert. Gerade in diesem Kontext untersuchte er den Widerspruch in der Produktionsweise, die Beziehungen zwischen Basis und Überbau, den Klassenkampf, durch den sich das Proletariat zur führenden Klasse der Nation erheben und dann selbst Ausdruck der Nation sein muß. Obwohl Marx die allmähliche Internationalisierung der Produktivkräfte und der menschlichen Tätigkeit vorhersah, widerspiegelt doch alles, was er schrieb, die Realitäten einer bestimmten historischen Phase, in der die europäischen Staaten und Nationen in sich geschlossene Gesellschaftssysteme waren, deren Triebkräfte weitgehend und vor allem innerer Art waren. Die Außenbeziehungen bestimmten die gesellschaftlichen Beziehungen höchstens sekundär.

Heute haben wir es mit einem seinen Dimensionen nach globalen System zu tun, in dem die Informationen umfassend und operativ, die Kommunikationen universell und die modernen Waffen sowohl ihrer Reichweite als auch ihrer Vernichtungskraft nach global sind. Die wissenschaftlich-technische Revolution hat die gesamte internationale Gemeinschaft und die Beziehungen zwischen den inneren und den äußeren Faktoren der Politik verändert. Und Michail Gorbatschows Verdienst ist es, daß er verkündete: Die heutige Welt ist trotz all ihrer tiefgreifenden Widersprüche und der grundlegenden Unterschiede zwischen den Ländern, die sie bilden, interdependent, eine Einheit. Das bestätigen die Internationalisierung der Weltwirtschaftsbeziehungen, der umfassende Charakter der wissenschaftlich-technischen Revolution, die Auszehrung der Naturressourcen der Erde, die weltweite Gefährdung der Umwelt und die himmelschreienden sozialen Probleme der Entwicklungsländer – vor allem aber die Bedrohung für das Überleben der Menschheit durch die Atomwaffen.

Dieser theoretische Schluß eröffnet neue Aussichten. Man kann nicht sagen, daß der Staat, die Nation nicht mehr der Hauptfaktor im internationalen Leben wäre oder daß die Gegensätze zwischen den beiden Gesellschaftssystemen, zwischen Kapitalismus und Sozialismus, keine Rolle mehr in der internationalen Politik spielen würden. Diese Faktoren bestehen natürlich weiter und beeinflussen die internationalen Beziehungen. Doch ihre Triebkräfte werden jetzt immer mehr globaler Natur.

BUKAREST

Ein neuer Mandela

Rassenkrieg: Atempause oder Waffenstillstand?

RSA-Präsident Frederik de Klerk gab die Aufhebung des Verbots für die Tätigkeit „subversiver“ Organisationen, darunter des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), bekannt, sowie die Entscheidung der Regierung, ANC-Führer Nelson Mandela in nächster Zeit aus der Haft zu entlassen.

Er wurde 1962 verhaftet. Der RSA-Sicherheitsdienst verhaftete ihn und andere Führer der militärischen Untergrundorganisation des ANC. Am 12. Juni 1964 wurden Nelson Mandela und sieben seiner Kampfgefährten zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Damals war Nelson Mandela entschieden für gewaltsame Methoden des Kampfes gegen die Apartheid. Heute haben sich seine Ansichten offenbar grundlegend geändert. In einer Erklärung gegenüber dem ehemaligen RSA-Präsidenten Pieter Botha am Vorabend der zwischen ihnen im vergangenen Jahr geführten Gespräche bestand der ANC-Vorsitzende darauf, daß alle Probleme am Verhandlungstisch zu lösen seien, wobei eine „effektive politische Konfliktlösung“ gefunden werden müsse. Mandela, der alle Handlungen verurteilt, die zum „Tod von Menschen, zur Vernichtung von Eigentum führen können“, trat als Verfechter der „Schaffung eines Südafrika der gemeinsamen Werte“ auf. Vielleicht haben ihn die langen Jahre im Kerker gebrochen? Doch weder seine Kampfgefährten noch die Weltöffentlichkeit hatten jemals Anlaß, an seinem persönlichen Mut zu zweifeln. Und sein Meinungsumschwung bestätigt das ein weiteres Mal.

Mandelas gemäßigte Haltung, seine realistische Einschätzung der begründeten Sorgen der weißen Minderheit und die Aufrufe zur afrikanischen Einheit (er erklärte wiederholt im Gefängnis, daß „auch Tambo und Buthelezi* meine Brüder sind“) zeugen davon, daß der ANC-Führer einen konstruktiven Beitrag zur friedlichen Lösung des südafrikanischen Problems leisten kann.

Als Nelson Mandela 1952 dem RSA-Premierminister den Plan für eine friedliche Lösung im Lande vorschlug, wies Daniel Fran-

cois Malan hochmütig die Idee eines Treffens mit dem Schwarzen zurück. Fünf Jahre später hielt es bereits ein anderer Chef der RSA-Administration, Strydom, nicht für erforderlich, den Afrikanern zu antworten. Als Reaktion auf die „Freiheits-Charta“ erklärte das weiße Südafrika dem ANC den Krieg.

Pretoria schien die Oberhand gegenüber dem ANC und dessen militärischer Organisation „Umkhonto we sizwe“ gewonnen zu haben, als es das illegale Hauptquartier zerstört sowie Nelson Mandela und sieben seiner Kampfgefährten in den Kerker geworfen hatte. Doch die RSA-Regierung wurde im Grunde zu einem Gefangenen ihres eigenen Gefangenen.

Mehr als ein Vierteljahrhundert, gekennzeichnet vom endlosen Kampf der Patrioten, von der fast vollständigen Isolierung der RSA und von den Veränderungen im psychologischen Klima innerhalb der weißen Volksgruppe in Südafrika, waren erforderlich, bis die Haltung der Regierung des Landes gegenüber dem ANC beweglicher wurde.

Am 5. Juli v. J. hatte der damalige RSA-Präsident Pieter Botha ein sensationelles, 45 Minuten dauerndes privates Gespräch mit Nelson Mandela. Doch das „Große Krokodil“ (wie Botha im Land genannt wurde) war immer noch in alten Dogmen befangen. So konnte der tote Punkt nicht überwunden werden. Frederik de Klerk, Vertreter einer neuen Generation der herrschenden Elite der RSA, verstand als erster Führer des Landes, daß die Republik Südafrika vor einer Krise steht, daß, wenn man nur auf dem eigenen Standpunkt beharrt, das nichts bringen wird. „Die letzten 10 Jahre waren ein lebenswichtiger Zeitab-

schnitt, in dem sich viele bewußt wurden, daß die Apartheid nicht Erfolg haben kann“, erklärte Frederik de Klerk. Er ließ es nicht bei Worten bewenden. Am 15. Oktober 1989 wurden sieben Kampfgefährten Mandelas aus der Haft entlassen. Am 12. Dezember fand eine Begegnung zwischen dem ANC-Führer und dem RSA-Präsidenten statt, um die Aussichten für Verhandlungen zur Suche nach Wegen für eine friedliche Regelung des Rassenkonflikts im Land zu erörtern. Die beiden einflußreichsten Politiker Südafrikas hatten faktisch Verhandlungen aufgenommen. Die Begegnung von Nelson Mandela und Frederik de Klerk bedeutete im Grunde die Legalisierung des ANC.

Und jetzt wurde in einer programmatischen Rede des Präsidenten auf einer Parlamentsitzung in Kapstadt der ANC auch de jure anerkannt. Diese Anerkennung kann zum Ausgangspunkt für den lang erwarteten Abschied von der Apartheid werden.

Die Entscheidung der RSA-Regierung wurde von der Völkergemeinschaft zustimmend aufgenommen. Sambias Präsident Kenneth Kaunda gratulierte seinem südafrikanischen Kollegen zu der „gut begonnenen Arbeit“.

Die Freilassung Nelson Mandelas wird bedeuten, daß am politischen Horizont Südafrikas eine einflußreiche Figur der nationalen Versöhnung auftaucht, die die Schwarzen und die Weißen einander näher bringen kann. „Mandela ist ein Mann des Konsenses“, versicherte Fatima Meer, Soziologieprofessorin aus Durban. Doch wie Friedensnobelpreisträger Erzbischof Desmond Tutu erklärte, wird Mandela mit vielen Problemen konfrontiert werden. „Er wird sicher einem fast unerträglichen Druck von allen Seiten ausgesetzt sein“, sagte Tutu weiter. Und tatsächlich wird Mandela im komplizierten Konglomerat des ANC lavieren müssen, in dem verschiedene Strömungen vertreten sind – von gemäßigten Nationalisten bis hin zu Ultralinken, von Anhängern einer Politik der Stärke bis hin zu Verfechtern von Kompromissen.

Vor eine nicht weniger komplizierte Aufgabe ist auch Frederik de Klerk gestellt. Mandelas Freilassung löst, gelinde gesagt, unterschiedliche Reaktionen in Südafrika aus. Der Führer der Konservativen Partei der RSA A. Treurnicht erklärt, de Klerks Partei „vergißt, daß der ANC eine Bande von Terroristen ist, die tagtäglich Morde und die Vernichtung von Südafrikanern planen“.

Klar ist das eine: Nur Flexibilität und Bereitschaft zu vernünftigen Kompromissen auf beiden Seiten kann zu einem Sieg des gesunden Menschenverstandes gegenüber veralteten Dogmen und Denkschablonen führen.



Ein Platz in Den Haag wurde nach Nelson Mandela, dem Kämpfer gegen die Apartheid, benannt

Foto: TASS

*Oliver Tambo und Gatsha Buthelezi sind Führer verschiedener Gruppierungen der Schwarzen in Südafrika (Anm. d. Red.).

J. Borowoi

Roh plus zwei Kims

Unerwarteter Schachzug in der südkoreanischen Politik: Zusammenschluß dreier Parteien

In Südkorea vollziehen sich stürmische politische Ereignisse, die an eine Sensation grenzen: Auf Initiative des Präsidenten des Landes Roh Tae Woo schließt sich die von ihm geleitete regierende Demokratische Gerechtigkeitspartei (DJP) mit zwei Oppositionsparteien zusammen – mit der Demokratischen Partei für die Wiedervereinigung Koreas (RDP) und der Neuen Demokratischen Republikanischen Partei (NDRP).

Der nach Söul einberufene RDP-Sonderparteitag wurde zum letzten Parteitag in der Geschichte dieser zweitgrößten Oppositionspartei. Die Delegierten verabschiedeten nach nur einer halben Stunde eine Resolution, die Parteiführer Kim Young Sam volle Handlungsfreiheit bei der Auflösung der Partei gibt. Dann, nach dem 40minütigen DJP-Sonderparteitag, wurde die Selbstauflösung der Regierungspartei bekanntgegeben. Der gleiche Beschluß wurde auf dem von Kim Jong Pil einberufenen Parteitag der NDRP, der drittgrößten Oppositionspartei, gefaßt. Die Auflösung dieser Parteien ist erforderlich für deren anschließenden Zusammenschluß zur Liberal-Demokratischen Partei (LDP).

Die neue Partei wird über eine Zweidrittelmehrheit in der Nationalversammlung verfügen, was die regierende DJP bei den Parlamentswahlen im Frühjahr 1988 allein nicht zu erreichen vermochte. Bislang wurde infolge der scharfen Differenzen zwischen den Vertretern der verschiedenen politischen Kräfte im Parlament die Verabschiedung wichtiger Gesetzesvorlagen wiederholt blockiert.

Die Metamorphose der Oppositionsparteien in die regierende Partei stieß auf scharfe Kritik seitens des dritten Kim, von Kim Dae Jung, dem Vorsitzenden der Partei für Frieden und Demokratie (PDP). Der Oppositionsführer Nr.1 qualifizierte die Handlungen von Roh und der beiden Kims als „politischen Umsturz zur Machterhaltung“.

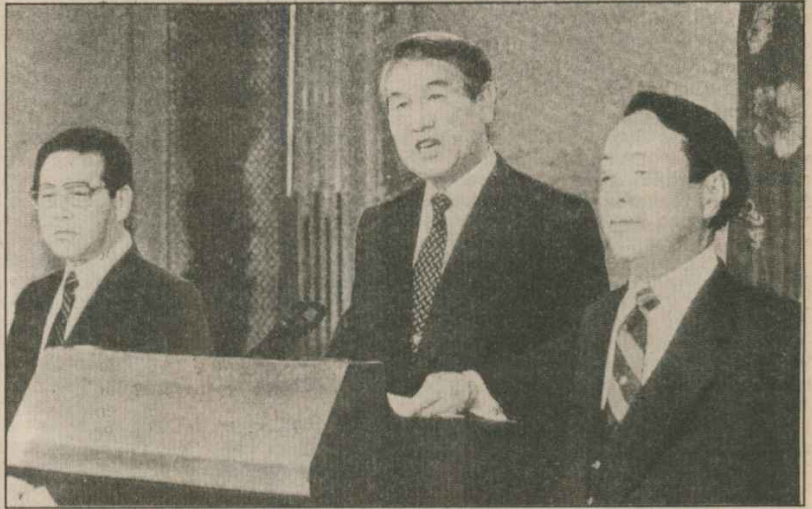
Kim Young Sam und Kim Jong Pil erklärten, sie hätten das Bündnis mit Tae Woo geschlossen, um das politische Leben im Lande zu stabilisieren und eine positive Antwort auf die Veränderungen in den innerkoreanischen Beziehungen und in der Welt insgesamt zu finden. Wie Roh sagte, sind alle drei der Meinung, daß die Politik Südkoreas verändert werden müsse: Es sei erforderlich, sich aktiv auf die nationale Vereinigung und auf die Errichtung einer neuen politischen Ordnung in den 90er Jahren vorzubereiten, wobei ein Dialog und Kompromisse besonders zu betonen seien.

Die Vereinigung der regierenden Partei und zweier „gemäßigter“ Oppositionsparteien hat die südkoreanische Opposition gespalten und geschwächt. Die Chancen der radikalsten Partei, der von Kim Dae

Jung, als Sieger aus dem politischen Kampf hervorzugehen, stehen jetzt schlechter.

Was Rohs Pläne angeht, so führen die Veränderungen in Söul offenbar zur Schaffung eines politischen Systems nach japanischem Muster. Den herrschenden Kreisen Südkoreas lassen die Erfolge der Liberal-Demokratischen Partei Japans offenbar keine Ruhe. Über drei Jahrzehnte ist sie an der Macht und hatte bis vor kurzem keine ernst zu nehmenden Konkurrenten. Der Kampf um die führende Rolle im Land

abläuft. Die Regierungspartei hat keinen Nachfolger für Roh und was den Kampf um dieses Amt mit Kim Jong Pil angeht, so besitzt Kim Young Sam einen sehr wichtigen Vorzug: Er stammt aus der gleichen Provinz wie Roh. Das aber ist sehr wichtig in Südkorea, wo die Zugehörigkeit zu Clans, Landsmannschaften und Familien von enormer Bedeutung ist. Roh wird es natürlich vorziehen, die Macht an jemanden zu übergeben, der seiner Meinung nach die Interessen der Kräfte, die er selbst ver-



Kim Young Sam, Roh Tae Woo und Kim Jong Pil

Foto aus: „Choson Ilbo“ (Republik Korea)

wurde vor allem innerhalb der Partei selbst, zwischen ihren Fraktionen, um die Nominierung des Kandidaten für das Amt des Premierministers geführt. Und so orientiert sich auch in Südkorea die neue politische Allianz auf die Schaffung eines starken Blocks, der viele Jahre regieren könnte.

Kim Young Sam erklärte unlängst in einer Rede, er, Roh und Kim Jong Pil wollten für gewisse Zeit gemeinsam die Führung der neuen Partei übernehmen. Nach ihrer offiziellen Registrierung soll die LDP von einem Rat geleitet werden, in dem Roh als Ehrenvorsitzender den Zereimonienmeister abgeben wird. Kim Young Sam wird man, wie erwartet wird, zum Vorsitzenden der neuen Partei wählen, d. h. eben er wird ihre Tätigkeit leiten.

Einerseits hat die neue Allianz Kim Young Sams Chancen größer werden lassen, Roh im Präsidentenamt abzulösen, wenn 1993 dessen fünfjährige Amtszeit abläuft. Die Regierungspartei hat keinen

Einerseits hat die neue Allianz Kim Young Sams Chancen größer werden lassen, Roh im Präsidentenamt abzulösen, wenn 1993 dessen fünfjährige Amtszeit

tritt, zum Ausdruck bringen kann.

Andererseits könnte es Kim Young Sam nicht gelingen, Präsident des Landes zu werden. Roh hat vor, die Verfassung des Landes zu ändern, um den Übergang von der präsidentialen zur parlamentarischen Regierungsform zu ermöglichen. Dann würde die Regierung von einem Premierminister, gewählt von der parlamentarischen Mehrheit, gebildet werden. Bislang hat Südkoreas Präsident das Recht, den Premierminister und die Kabinettsmitglieder zu ernennen, was ihn der Kritik und Beschuldigungen politischer Gegner aussetzt, er demonstrierte einen diktatorischen Führungsstil.

Auf jeden Fall haben sich infolge der präzedenzlosen Entwicklung Kim Young Sams Chancen, an die Macht zu gelangen, spürbar verbessert. Was dabei die größere Rolle spielte – Roh Tae Wools Streben, die Positionen der Kräfte, die ihn unterstützen, zu bewahren, oder Kim Young Sams Wunsch, die ihm gebotene politische Chance zu nutzen – ist schwer zu sagen. Doch sein Aufstieg vollzog sich so schnell, daß der Eindruck entsteht, Kim habe Roh „verschluckt“.

Juri Starostenko

Über die Intifada zum Dialog

Ungeachtet der harten Linie der israelischen Führung findet auf inoffizieller Ebene ein Annäherungsprozeß zwischen Palästinensern und Israelis statt

Ist es noch weit bis zum Frieden?

Die Meinung eines palästinensischen Publizisten

Der Aufstand der Palästinenser auf den von Israel besetzten Territorien, die Intifada, geht in ihr drittes Jahr.

Was konnte das palästinensische Volk in diesem Zeitraum durchsetzen? Durch die Intifada hat die Weltöffentlichkeit sich stärker mit dem Nahost-Konflikt auseinandergesetzt. Er wurde zu einer der wichtigsten Fragen der internationalen Politik, ohne deren Lösung die ganze Region ein Spannungsherd bleibt, der sich nachteilig auf den weltweiten Fortschritt zu mehr Stabilität und Entspannung auswirkt.

1989 war ein Jahr der angestrengten Suche nach einer Lösung dieses Konflikts, und jede Seite hat ihre Pläne vorgelegt. Die PLO ist mit einer wichtigen Initiative hervorgetreten, der das Prinzip „zwei Staaten für zwei Völker“ zugrunde liegt, wobei das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung unter Führung der PLO, die als einzige und legitime Vertreterin der palästinensischen Araber volle Anerkennung gefunden hat, garantiert sein muß. Die PLO ist zu einer weiten Erörterung des Problems, unter anderem auch im Dialog mit Israel, bereit, während eine internationale Konferenz vorbereitet wird. Die jetzige israelische Koalitionsregierung war nicht in der Lage, die Intifada mit militärischen Mitteln zu ersticken, und hat ihren eigenen „Friedensplan“ vorgelegt, der die Veränderungen auf den besetzten Territorien, in der Führung der PLO und in der Welt unberücksichtigt läßt. Der Shamir-Plan mußte in die Sackgasse führen, weil er das Wichtigste, die Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes, ignoriert und die Rolle seiner anerkannten führenden Kraft, der PLO, leugnet.

Die USA wiederum haben ihren strategischen Verbündeten unterstützt, als Außenminister Baker einen Plan vorlegte, der im wesentlichen auf Shamirs Plan beruht. Hier lief der übliche politische Automatismus ab. Im ersten Stadium wurde eine dreiseitige Begegnung zwischen den USA, Israel und Ägypten geplant. Ihr Ziel sollte darin bestehen, eine dreiseitige Abmachung über die Zusammensetzung der palästinensischen Delegation zu treffen, die den Dialog mit Israel aufnehmen soll. Die palästinensische Befreiungsorganisation hat sich mit diesen Plänen nicht einverstanden erklärt und verweist auf ihr

absolutes Recht, ihre Repräsentanten selbst zu bestimmen. Die amerikanische Regierung mußte einsehen, daß aus dieser Begegnung nichts werden konnte.

Wie der letzte Skandal in der israelischen Regierung, wonach der Minister für Wissenschaft und Technik Ezer Weizman wegen seiner Zusammenkünfte mit PLO-Vertretern aus dem „Kernkabinett“ entfernt wurde, gezeigt hat, liegt die Initiative noch bei Shamir. Dennoch fordern immer mehr Stimmen, selbst aus der Likud-Partei, den direkten Dialog mit der PLO. Vor kurzem sagte der Bürgermeister von Tel Aviv, Shlomo Lahet, er sei sicher, daß Shamir den Dialog mit der PLO führen werde, weil es dazu keine Alternative gäbe.

Weizmans Moskauvisite im Januar und seine Gespräche haben bestätigt, daß Israels Realpolitiker die Situation, in der sie sich befinden, richtig einschätzen und daß die Sowjetunion bei der Lösung des Nahostkonflikts ein wichtiger Faktor ist. Es wird nicht möglich sein, sie für längere Zeit aus diesem Prozeß auszuschließen. Während des Besuchs des israelischen Ministers in der UdSSR betonten beide Seiten, wie wichtig es sei, die Schranken der Konfrontation und des Mißtrauens in dieser Region zu überwinden.

Von großer politischer Bedeutung war die Erklärung des Außenministers der UdSSR, des Genossen Schewardnadse, daß die Sowjetunion beschlossen habe, der Vertretung der PLO in der UdSSR den Status einer Botschaft des Staates Palästina einzuräumen.

Diesen Schritt hat unser Volk als gerechte Anerkennung gewertet, wie sie sich aus der UNO-Resolution von 1947 über die Teilung des historischen Territoriums von Palästina in zwei Staaten, einen arabischen und einen jüdischen Staat, ergibt. Gegenwärtig haben über 100 Staaten den Staat Palästina anerkannt.

Die Welt verändert sich und wir mit ihr. Es findet ein Umdenkungsprozeß statt. Wer hätte denken können, daß die PLO sich auf einen Dialog mit Israel einlassen würde? Wer hätte glauben wollen, daß General Ezer Weizman, ein ehemaliger „Falke“, sich für Gespräche mit der PLO einsetzen würde? Wir freuen uns, feststellen zu können, daß in Israel die Bewegung für die Anerkennung unserer Organisation von Tag zu Tag stärker wird. Die Bewegung „Frieden heute“ hat inzwischen Hunderttausende von Sympathisanten.

Mounther Manna
(PLO)

Dieses Gesetz werde ich immer wieder brechen!

Eine Reportage über die Fährnisse des israelischen Bürgers, Menschenrechtlers, Philanthropen und „unverbesserlichen Dissidenten“ Abie Nathan

Ins Gefängnis wurde Abie Nathan, wie es so schön heißt, von der ganzen Gemeinde begleitet. Vom Wohnhaus des prominenten israelischen Menschenrechtsfreunds und Direktors der Rundfunkstation „Stimme des Friedens“ in Tel Aviv rollte eine aus Hunderten von Autos bestehende Lawine als eine Art von Protestmarsch auf Rädern vor die Haftanstalt in der Kleinstadt Ehial. Am Himmel schwebten riesige Luftballons, auf denen stand: „Dialog ist besser als Blutvergießen!“. „Abie, du bist nicht

allein!“, „Wir setzen die Abschaffung dieses ungerechten Gesetzes durch!“ Diese und andere Parolen riefen die Demonstranten oder trugen sie auf Transparenten. Vor dem Gefängnistor wandte Nathan sich an die Menschen, die ihn vor die Haftanstalt begleitet hatten: „Ich bin glücklich, daß so viele von euch an meinen Kampf glauben, und unglücklich darüber, daß die anderen dem Frieden keine Chance geben wollen.“ Sprach's und schloß die Gefängnistore hinter sich.

„Heute haben wir das Gewissen Israels

eingesperrt“, bemerkte bei dieser Gelegenheit der ehemalige Generalsekretär der Arbeiterpartei Israels Uzi Baram.

Bekanntlich gibt es in Israel ein Gesetz, das den Bürgern dieses Landes verbietet, mit Vertretern der Palästinensischen Befreiungsorganisation in Kontakt zu treten oder Gespräche zu führen. Die Mißachtung dieses Gesetzes zieht eine Gefängnisstrafe bis zu drei Jahren nach sich.

„Ich halte das für ein menschenfeindliches und sinnloses Gesetz, mit dem ich auf jeden Fall weiter in Konflikt geraten werde“, sagte Abie Nathan mir nach Abschluß der Gerichtsverhandlung, bei der man ihm Begegnungen mit dem Vorsitzenden des PLO-Exekutivkomitees Yasser Arafat zur Last gelegt hatte.

„Man wollte mir die Gefängnisstrafe ersparen und durch gesellschaftlich nützliche Arbeit, unter anderem für die Verwirklichung von Sozialprogrammen, die Hilfe für Arme und Bedürftige einschließen, ersetzen. Das mache ich aber doch schon mein ganzes

Leben lang und sehe darin ein ehrenvolles Vorrecht. Als Strafmaßnahme halte ich das für unmoralisch. Da sitze ich schon lieber meine sechs Monate ab."

Hierzu ist zu sagen, daß Abie Nathans philanthropische Tätigkeit in vielen Ländern der Welt, die von Unwetter- und anderen Katastrophen heimgesucht wurden, gut bekannt ist. Er hat übrigens auch nach dem Erdbeben in Armenien eine Spendensammlung in Israel durchgeführt und ein Schiff mit Lebensmitteln an die Notleidenden geschickt. Sein Prinzip lautet: keinerlei Bargeld oder Überweisungen. „Geld versickert wie Wasser im Sand“, sagte Nathan mir, „und später weißt du nicht mehr, wo es abgeblieben ist. Eine echte Hilfe ist damit nicht möglich. Man muß an den Ort der Katastrophe fahren, und wenn das nicht möglich ist, muß man aus verlässlicher Quelle genau in Erfahrung bringen, was die Leidtragenden brauchen. Das muß man dann besorgen und in die Katastrophenregion schicken.“

Nach dem israelisch-ägyptischen Krieg 1973 adoptierte Abie Nathan zwei verwaiste ägyptische Mädchen, deren Väter in diesem Krieg gefallen waren. Die Mädchen leben in ihrem Heimatdorf unweit von Kairo. Nathan kommt voll für ihren Unterhalt auf und besucht sie, wenn er in Ägypten ist. Insgesamt hat Nathan auf diese Weise in verschiedenen Ländern 16 Kinder adoptiert.

Der Kriegsgegner ist allerdings noch länger aktiv als der Philanthrop Nathan. 1967 flog er in einem Sportflugzeug nach Ägypten, landete in Port Said und übergab den Ägyptern einen eigenen Plan für eine Beilegung der Nahost-Krise. Nach seiner Rückkehr machte man ihm in Israel den Prozeß, weil er gegen ein Gesetz verstoßen hatte, das Israelis den Besuch von arabischen Ländern verbietet. Er setzte seine Tätigkeit jedoch fort, und ein Jahr später verurteilte man ihn zu einer Geldstrafe beziehungsweise 40 Tagen Gefängnishaft. Das Geld in Höhe der Strafe überwies Nathan an ein Krankenhaus und verbrachte die nächsten 40 Tage im Gefängnis.

Danach erfüllte sich sein alter Traum von einem unabhängigen schwimmenden Rundfunksender. Das Geld dafür sammelte er in Holland. Das Schiff heißt „Friedensschiff“ und der Sender „Stimme des Friedens“.

Das „Friedensschiff“ pflegte dicht vor den Küsten der Nahostregion zu kreuzen. Man kennt es auch in libanesischen Häfen gut, die es in den angespanntesten Tagen der Krise anlief. Im Oktober 1975, zwei Jahre nach dem israelisch-ägyptischen Krieg, kreuzte das Schiff mit einer ungewöhnlichen symbolischen Ladung von 100 000 Teerosen in ägyptischen Gewässern auf.

Das finanzielle Fahrwasser des „Friedensschiffes“ war jedoch noch nie mit Rosen gestreut. Es gab Jahre, da mußte der Sender wegen Geldmangels seine Tätigkeit für längere Zeit einstellen.

„Die Zeit mit dem wenigsten Geld“, erzählte Abie Nathan mir, „haben wir 1973 erlebt. Damals hatten wir überhaupt kein Geld. Wir hielten in Marseille fest. Wir versuchten verzweifelt, Friedensorganisationen

und private Spender für unsere Arbeit zu interessieren, aber wir hatten überhaupt kein Glück. Eines Abends saß ich in denkbar düsterer Stimmung in einer Hafenkneipe und überlegte mir zum hundertsten Mal, wo ich das Geld hernehmen soll, um den Sender wieder auf die Beine zu bringen. Ein Mädchen setzte sich zu mir an den Tisch, sie hatte mich wahrscheinlich von einem Foto in den französischen Zeitungen erkannt. Wir kamen ins Gespräch, und ich erzählte ihr die Situation, in der sich mein Schiff befand. „Verdammt!“ sagte sie mir nach meiner Beichte, „du hast da eine gescheite Sache angefangen. Heute arbeite ich nur für deinen Sender.“

Ich hatte dieses Gespräch schon verges-

telbar mit dem Kommentator ins Gespräch zu kommen. Wenn zum Beispiel jemand in seinem Wagen unterwegs ist und die Stimme des Friedens hört, kann er, wenn er mit dem Kommentator nicht einverstanden ist, jederzeit anhalten, eine Münze in einen Fernsprechautomaten werfen, eine der vielen Nummern des Senders wählen und direkt während der Übertragung mit Nathan sprechen.

Abie Nathans Credo besteht gerade in der Idee des Dialogs. Die Verwirklichung dieses Prinzips, besonders die Begegnung zwischen Abie Nathan und Yasser Arafat, gab der israelischen Justiz auch die Möglichkeit, den prominenten Publizisten wieder einmal aus dem politischen Verkehr zu ziehen.

„Kaum jemand in Israel hat erwartet, daß Arafat sich zu einem solchen Schritt bereit erklärt. (Hier ist die Bereitschaft Arafats gemeint, Verhandlungen mit Israel aufzunehmen und die UNO-Resolution über Israel und Palästina von seiten der PLO anzuerkennen.) (Die Red.) Was er heute erklärt, war im September 1988 noch ganz unmöglich, als ich mit ihm zusammentraf und Maßnahmen für eine Beilegung des Nahost-Problems mit ihm erörterte. Ehrlich gesagt habe ich damals selbst nicht gedacht, daß er

sich darauf einläßt. Im Außenministerium der USA sagte man mir, daß man ebenfalls nicht daran glaube, daß Arafat und die PLO ihre Positionen verändern könnten. Nun ist das aber geschehen. Man muß langsam einsehen, daß die ganze Politik der Okkupation zum Bankrott verurteilt ist. In unserer Zeit muß man andere Lösungen finden.“

„Sehen Sie optimistisch in die Zukunft?“

„Bei der gegenwärtigen Regierung sind lei der nur noch mehr Probleme, wenn nicht gar Katastrophen, möglich. In Israel gibt es keine hervorstechende politische Leitfigur. Der Kampf der Palästinenser geht so lange weiter, bis eine politische Lösung des Problems gefunden ist. Die Führungen der meisten israelischen Parteien haben sich selbst zu einer perspektivlosen Politik verurteilt. Wir sind praktisch alle Zeugen einer riesengroßen Tragödie und unternehmen nichts, um sie zu beenden.“

„Gerade erst wurde gemeldet, daß die israelischen Behörden bereit seien, Nathan vorzeitig freizulassen. Und wissen Sie, wie er reagiert?“

„Ich werde auch in Zukunft gegen dieses Gesetz verstoßen! Werde mich mit Palästinensern treffen.“

D. Weliki

„Iswestija“-Korrespondent exklusiv für die NZ
TEL AVIV, KAIRO



Ramallah. Alltag einer besetzten Stadt...

Foto aus: „Palestine“ (PLO)

sen, als sie am anderen Morgen am Schiff stand. „Hier hast du 35 Dollar“, sagte sie. „Viel Erfolg.“ Dann war sie verschwunden. „Und wie sieht es jetzt mit dem Geld aus?“ fragte ich.

„Inzwischen bringt die Werbung einiges rein. Man kann nicht nur von Spenden leben.“

Größere Einkünfte wirft unser Sender allerdings nicht ab. Eine Ausnahme war das letzte Jahr, als der staatliche Rundfunk gestreikt hatte. Wir haben in einem einzigen Monat eine halbe Million Dollar verdient. Das reichte für ein ganzes Jahr. Daß wir so gut wie keine Werbung bekommen, ist politisch oder religiös bedingt. Wir haben auch keine Lizenz. Unseren Sender registrieren die israelischen Behörden nicht. Dafür haben die Rechtsextremen schon mehrfach gedroht, das Friedensschiff auf Grund zu setzen.“

Normalerweise liegt es wenige Kilometer vor der Küste von Tel Aviv vor Anker. Bei klarer Sicht konnte ich morgens seine Umrisse erkennen und, wenn ich auf die hier allen bekannte Wellenlänge ging, seine Sendungen empfangen.

Die „Stimme des Friedens“ bringt häufig Musik von russischen und sowjetischen Komponisten und viele sowjetische Lieder. Als Abie Nathan einmal in Moskau war, hat er in mehreren Musikläden fast das ganze Schallplattenrepertoire aufgekauft. Diese in Israel übrigens recht populären Aufzeichnungen hört man immer wieder auf den Wellen der Friedensstimme.

Der Sender bietet die Möglichkeit, unmit-

Beethoven aus der Rüstungsproduktion

Nikita Sholkwer, NZ-Korrespondent

Die „Panzer-
schmiede“
der BRD ändert
ihr Profil

In der weltweiten Hierarchie der Rüstungsproduzenten belegt der militärisch-industrielle Komplex der Bundesrepublik Deutschland hinter der UdSSR, den USA, China, Frankreich und Großbritannien einen soliden sechsten Platz. Wie auch in den anderen Ländern wurde der bundesdeutsche militärisch-industrielle Komplex im Lauf der Zeit zu einer starken Kraft, die imstande ist, die Entwicklung des wirtschaftspolitischen Kurses in Bonn entscheidend zu beeinflussen. Heute aber produzieren viele Rüstungsbetriebe immer mehr Waren für den Mann von der Straße.

Interessenverflechtung

Es ist für niemanden ein Geheimnis, daß die Bundesregierung viele Entscheidungen, die Militärprogramme betreffen, unter dem gemeinsamen Druck seitens militärischer Kreise und der Industriellen, die beide an Rüstungsaufträgen interessiert sind, fällen muß.

Die Zusammenfassung militärischer, wirtschaftlicher und politischer Interessen zu einer gemeinsamen Leitlinie ist für den militärisch-industriellen Komplex insgesamt kennzeichnend, gerade dadurch unterscheidet er sich von der reinen Rüstungsindustrie. Der bundesdeutsche militärisch-industrielle Komplex weist jedoch Besonderheiten auf, die erlauben, einige Probleme der Konversion mit weniger Ver lusten zu lösen.

Erstens gibt es in der Bundesrepublik heutzutage keine reinen Rüstungsbetriebe mehr. Der Rüstungsanteil am allgemeinen Produktionsvolumen und der Anteil der Rüstungsaufträge am Umsatz übersteigt bei Firmen, die traditionell zu dieser Rubrik gezählt werden, nur in seltenen Fällen 50 Prozent. Für die meisten dieser Konzerne ist Rüstungstechnik eine zwar außerordentlich profitable, aber dennoch zweit-rangige Angelegenheit. Der größte Teil der bundesdeutschen Rüstungsindustrie ist in großen Aktiengesellschaften wie Daimler-Benz, Siemens, Thyssen, Krupp oder Krauß-Maffei integriert.

Zweitens ist die Zahl der unmittelbar in der Rüstungsproduktion Beschäftigten verhältnismäßig gering. Obwohl keine genaue Statistik darüber geführt wird, schätzen Fachleute sie auf unter 200 000 Personen. Das ist nicht mehr als ein Prozent aller lohnabhängigen Beschäftigten. Allerdings sind 200 000 auch kein Pappenstiel. Sollten sie plötzlich ohne Arbeit dastehen, würde die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik auf 10 Prozent schnellen, und das birgt die Gefahr größerer sozialer Erschütterungen in sich. Gleichzeitig muß man berücksichtigen, daß die in der Rüstungsproduktion Beschäftigten ungleichmäßig über Branchen und Regionen der Bundesrepublik verteilt sind. Die Hälfte ist beispielsweise in der Luft- und Raumfahrtindustrie, ein Viertel ist im Schiffbau beschäftigt. In München und Umgebung produzieren 6 Prozent aller in weiterverarbeitenden Branchen

Militärtechnik, in Bremen sind es 7,5 Prozent und in Kiel praktisch jeder fünfte.

Drittens hebt sich im Gegensatz zur UdSSR, den USA oder Großbritannien die Rüstungstechnologie in der Bundesrepublik vor dem Hintergrund der allgemeinen Zivilproduktion nicht so besonders stark ab. Was die UdSSR angeht, kann ich nichts sagen, in den beiden anderen hier genannten Ländern übersteigt der Rüstungsanteil bei den Ausgaben für Forschung, experimentelle und technische Entwicklungen 50 Prozent. Deshalb findet in der Bundesrepublik auch in weitaus geringerem Ausmaß als in den USA oder Großbritannien der sogenannte Spin-off-Effekt statt, also die Verwendung von rüstungstechnologischen Entwicklungen und Erfindungen in zivilen Bereichen. Darüber hinaus hat man in der Bundesrepublik eher den entgegengesetzten Effekt, das Spin-in also, bei dem die Rüstungsindustrie Technologie aus dem Zivilbereich übernimmt.

Viertens hat die Bundeswehr im Gegensatz zur U.S. Army beim Rüstungskauf immerhin noch die Alternative USA oder einen anderen NATO-Partner.

Fünftens und letztens ist das politökonomische System in der Bundesrepublik so geartet, daß es einem bundesdeutschen Politiker größere Möglichkeiten bei der wirtschaftlichen Leitung einräumt als beispielsweise seinem amerikanischen Kollegen. Er ist weniger stark abhängig von staatlichen Verteidigungsausgaben als die Kongreßabgeordneten in Washington, von denen einige nur eine einzige Möglichkeit, nämlich Rüstungsaufträge, haben, um ihren Wahlkreis materiell zu fördern.

Die Tatsache, daß der bundesdeutsche militärisch-industrielle Komplex diese fünf Besonderheiten aufweist, erleichtert in gewisser Hinsicht den Übergang von der Rüstungsproduktion zur Zivilproduktion. Nicht nur rein theoretisch, sondern auch in der Praxis. Gleichzeitig gibt es einen Aspekt, der die Konversion nachhaltig beeinträchtigen könnte, nämlich die verstärkte Konzentration von Rüstungsbetrieben in den letzten Jahren. In den wichtigsten Sektoren der Rüstungsindustrie der BRD sind nur noch ein, höchstens zwei Hersteller übriggeblieben: Krauß-Maffei und Mark bauen Panzer, Thyssen baut Schützenpanzerwagen, Rheinmetall schwere Artillerie, Howaldtswerke-Deutsche Werft und die Thyssen-Werft bauen U-Boote. Die logische Krönung dieses Prozesses wäre eine weitere Fusion dieser Konzerne und die Bildung neuer Riesen wie Daimler-Benz mit der Messerschmitt-Bölkow-Blohm.

Auf dem Binnenmarkt sind die Rüstungsbetriebe praktisch zu Monopolisten geworden. Mit ihrem soliden Gewicht können sie die Politik in Bonn stärker als früher beeinflussen, indem sie etwa neue Militärprogramme anregen. Wenn man die Situation jedoch unvoreingenommen wertet, sieht man, daß eine andere Tendenz überwiegt, nämlich zur Reduzierung des Anteils der Rüstungsaufträge und Rüstungsproduktion in der Tätigkeit der größten bundesdeutschen Konzerne. Das sind die unabwendlichen Erfordernisse des Inlands- und Auslandsmark-



tes, die Aussicht auf ein wirtschaftlich geeintes Europa nach 1992 und nicht zuletzt entspricht diese Tendenz der Logik der internationalen Entwicklung, dem Abbau der Konfrontation zwischen Ost und West und den erfolgreichen Verhandlungen über einen Abbau der Rüstungen und Streitkräfte.

Alle bundesdeutschen Rüstungsproduzenten stehen jetzt vor der Frage, was sie machen sollen, wenn tatsächlich der Frieden ausbricht. Ich habe mir einmal angesehen, wie Konversionsprobleme in der bundesdeutschen Panzerschmiede Krauss-Maffei gelöst werden.

Aus der Betriebsgeschichte

Krauß-Maffei ist ein Betrieb mit weit zurückreichenden Traditionen. Im letzten Jahr beging die Firma im Münchner Vorort Allach ihr 150jähriges Jubiläum. Hier wurden überwiegend Lokomotiven gebaut. Die erste stand 1841 auf der Schiene. Bis 1928 hatte die Firma keinerlei Beziehungen zur Rüstungsproduktion. Damals erhielt die Firma ihren ersten Rüstungsauftrag: Sie mußte einen Panzerwagen mit halbem Raupenantrieb bauen. Die deutsche Wehrmacht sollte die Firma jedoch erst richtig entdecken. Die Aufträge häuften sich: Lastwagen mit Raupenantrieb, Artilleriezugmittel, Panzerwagen und schließlich Panzer. Bis 1945 wurden davon mehr als 6000 gebaut. Die Entwicklung von Lokomotiven lief parallel weiter.

Sofort nach Kriegsende erlebte Krauß-Maffei seine erste Konversion. Die Idee dazu hatte der amerikanische Major McIntyre. Nachdem er sich den Betrieb angesehen hatte, kam er auf den Gedanken, daß man hier anstelle von Panzern genauso gut auch Autobusse herstellen konnte, und gab den Befehl, keine Zeit zu verlieren. Schon am 10. Januar 1946 war ein Test-Bus fertig, und bald darauf rollten Busse mit dem Münchner Firmenzeichen über zerbombte deutsche Stra-

ßen. 20 Jahre hindurch war der Bau von Autobussen einer der wichtigsten Bereiche in der Tätigkeit des Konzerns, und talentierte Ingenieure schufen eine für ihre Zeit hervorragende Technik.

Seit Ende der 50er Jahre änderte sich die Situation jedoch. Der damalige bundesdeutsche Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß verwandelte die Region München zielstrebig in ein Zentrum der Rüstungsindustrie, die damals profitabel und aussichtsreich schien. Die größten Rüstungsaufträge gingen überwiegend hierhin. Nicht ohne Zutun hochrangiger Schutzpatrone gelang es den führenden Unternehmern von Krauß-Maffei Anfang der 60er Jahre, einen Auftrag für den Leopard I an Land zu ziehen. Die Produktion von Autobussen wurde eingestellt. Panzer brachten mehr Profit. Gleich nach dem ersten kam der zweite Auftrag: für den Leopard II, der bis auf den heutigen Tag hier montiert wird.

Ihren Höhepunkt erreichte die Rüstungsproduktion bei Krauß-Maffei 1983. Unter den Rüstungsproduzenten der Bundesrepublik belegte die Firma hinter MBB und AEG Platz 3. Rüstungsaufträge machten 84 Prozent des gesamten Umsatzes aus. Die staatlichen Aufträge hatten jedoch noch eine Kehrseite. Weil Krauß-Maffei sich überwiegend auf sie orientierte, geriet die Firma in starke Abhängigkeit von immer wieder neuen Aufträgen des Bundesverteidigungsministeriums. Unter diesen Treibhausbedingungen büßte die Firma ihre alte Fähigkeit ein, erfolgreich auf dem freien Markt zu konkurrieren. Man mußte sich weniger um eine Senkung der Selbstkosten, die Entwicklung neuer Technologien, die Erweiterung des Kundenstands, des Verteilungsnetzes und andere Dinge kümmern, die sich für reine oder überwiegend zivile Firmen von selbst verstehen.

In der Mitte der 80er Jahre machte sich das verhängnisvoll bemerkbar, als die Flut der Rüstungsaufträge zu versiegen begann. Die

Firmenleitung begriff, daß sie angesichts der internationalen Entspannung nur schwerlich mit einem neuen staatlichen Auftrag wie dem für den Leopard II rechnen durfte. Seine Produktion läuft im Frühjahr aus. Nach 1983 sank der Rüstungsanteil am Gesamtumsatz von Krauß-Maffei rapide, etwa um 10 Prozent jährlich. Versuche des Managements, die neuen Probleme für den Konzern dadurch zu lösen, daß man sich mehr auf die Zivilproduktion verlegte, waren nicht von Erfolg gekrönt. Die Konkurrenz auf dem zivilen Markt war weitaus härter, und die Firma hatte keine Erfahrungen, wie sie sich unter diesen Bedingungen verhalten sollte. Sie geriet in die roten Zahlen, das heißt, sie mußte äußerst schwere Verluste im zivilen Sektor der Unternehmenstätigkeit hinnehmen. Schwer zu sagen, womit das geendet hätte, wenn nicht ein neuer Mann wie Burkhard Wollschläger die Firmenleitung übernommen hätte.

Der menschliche Faktor

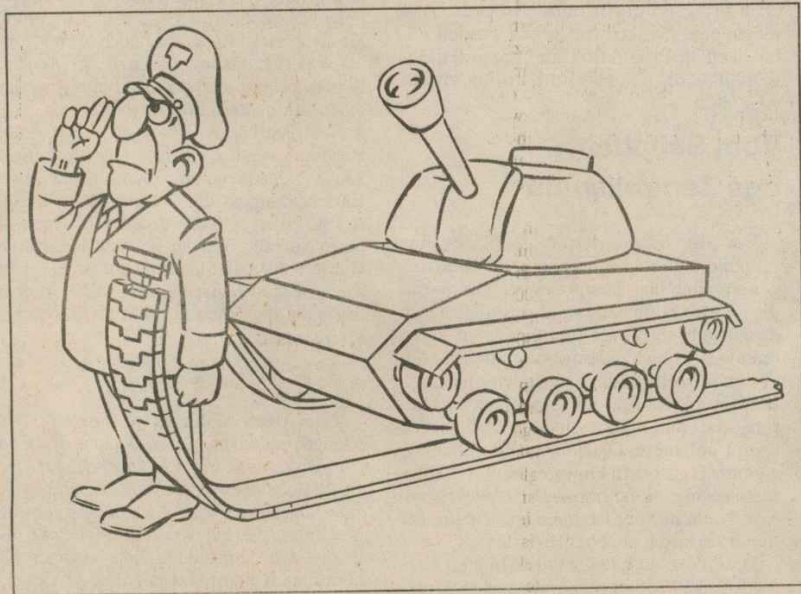
Es war erstaunlich leicht, einen Besuch bei Krauß-Maffei und ein Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden zu vereinbaren. Man überschüttete mich als sowjetischen Journalisten nicht nur mit allen möglichen technischen und technologischen Informationen, die unter anderem auch wenig verständliche Besonderheiten bei der Fertigung von Panzerchassis und Benzintanks einschlossen, sondern führte mich auch in der ganzen Fertigungsabteilung herum, auch dort, wo der Leopard montiert wird.

Burkhard Wollschläger, ein energischer Manager mit Röntgenblick, empfing den Korrespondenten der „Neuen Zeit“ mit sichtlichem Vergnügen.

„Ich habe den Vorstandsvorsitz vor drei Jahren übernommen, und zwar in der festen Absicht, in erster Linie den zivilen Sektor zu entwickeln. Vor noch nicht allzu langer Zeit kamen bei Krauß-Maffei von zwei Milliarden Mark Gesamtumsatz 1,7 bis 1,8 Milliarden auf Rüstungsaufträge. Inzwischen sind das nur noch 400 bis 500 Millionen. Die Entwicklung verläuft heute vorrangig in der Produktion von polymeren Werkzeugmaschinen, Trennungstechnologie, Gußzeugnissen, in der Automatisierung, in der Oberflächenbearbeitung und in dem für uns traditionellen Bereich des Lokomotivenbaus. Das sind Bereiche mit Zukunft.“

„Spricht aus Ihnen nun der Kriegsgegner oder der Realist, der weiß, daß die Rüstungsnachfrage sinkt?“

„Ich meine wirklich, daß die Welt mit Waffen übersättigt ist. Selbst wenn wir sofort die Hälfte davon verschrotten, bleibt immer noch mehr als genug übrig, um die Menschheit damit zu vernichten. Wenn ich eine andere innere Überzeugung hätte, würde ich wahrscheinlich auch anders handeln. Das erforderliche Rüstungsminimum für unsere Bundeswehr muß auch in Zukunft produziert werden, man sollte es aber auf keinen Fall erhöhen. Ich sehe Perspektiven im zivilen Bereich. Außerdem bin ich sicher, daß eine Firma, die sich vorwiegend auf die Produktion von Rüstungstechnik orientiert, nicht wirklich konkurrenzfähig sein kann.“



Zeichnung: Alexander Buschkin

„Man nimmt aber gewohnheitsmäßig an, daß die Rüstungsproduktion erst den richtigen Profit bringt.“

„Das ist wirklich so, obwohl die staatlichen Auftraggeber inzwischen geiziger geworden sind. Gerade deshalb aber, weil die Preise für Rüstung zu gut waren, waren die Manager von Rüstungsbetrieben nicht daran interessiert, optimale Lösungen zu suchen oder die Selbstkosten zu senken. Sie hatten es einfach nicht nötig, zu tun, was für ein erfolgreiches Konkurrieren auf dem zivilen Markt unentbehrlich ist. Die Situation erinnert in gewisser Hinsicht an das, was Sie in der Sowjetunion haben: Unternehmen, die keine Konkurrenz kennengelernt haben, erhalten beim Übergang zu Marktbeziehungen einen Schock. Das Rüstungsgeschäft macht die Unternehmer faul und unflexibel.“

Wollschlägers Strategie

Die von Wollschläger entwickelte Strategie eines forcierten Vorstoßes in den Zivilbereich sieht zwei Tendenzen vor: die Umorientierung der eigenen Kapazitäten auf die Produktion von zivilen Waren und die Fusion mit anderen Firmen, deren Warenindex dem bei Krauß-Maffei existierenden entspricht oder ihn ergänzt.

„Ich halte die Entwicklung einer eigenen Produktion für vorrangig“, erklärt Wollschläger. „Wir müssen unsere eigenen Möglichkeiten und Ressourcen voll nutzen. Für einige Erzeugnisse und Märkte braucht man jedoch, um konkurrenzfähig zu sein, eine bestimmte kritische Masse. Nehmen Sie zum Beispiel polymere Maschinen. Zwei Drittel der in der Bundesrepublik produzierten Maschinen gehen in den Export, das heißt auf den Weltmarkt. Um der dortigen Konkurrenz standzuhalten, könnten unsere eigenen Kapazitäten nicht ausreichen. Damit entsteht die Frage nach den Partnern. Die eine Firma kann man ganz, die andere teilweise kaufen. Ein anderes Problem ist die Zeit. Wenn man beabsichtigt, eine neue Technologie für sich zu erschließen, ist es nicht immer sinnvoll, bei Null anzufangen und den ganzen Weg von Anfang an zu gehen. Im Bereich der Trennungstechnik haben wir zum Beispiel zwei Firmen erworben, die schon über entsprechende Projekte verfügten. Hätten wir das nicht gemacht, hätten wir dafür fünf Jahre gebraucht. In dieser Zeit kann einem der Markt weglaufen.“

„Womit werden sich die Konstrukteure und Ingenieure des Rüstungsbetriebes Krauß-Maffei jetzt beschäftigen? Man sollte doch annehmen, daß Ihre Firma im Bereich Rüstungsprojektion und -entwicklung solide Kapazitäten hat.“

„Das stimmt. Aber es kann nie zu viele geeignete Ingenieure und Planer geben. Auf jeden Fall sind sie nicht arbeitslos geworden und werden das auch nicht. Dafür nur ein Beispiel: Mit Hilfe unserer Rüstungsspezialisten hat Krauß-Maffei einen prinzipiell neuen Sattelschlepper für

Flughäfen entwickelt und in die Produktion überführt, der erlaubt, den Leerlauf der Flugzeuge vor dem Start erheblich zu verkürzen. Gute Ingenieure können also nicht nur Panzer erfinden. Die andere Richtung besteht darin, Fachleute aus rüstungstechnischen Abteilungen in zivile Konstruktionsbüros zu verlagern. Dabei wird das Niveau der Arbeit keineswegs eingeschränkt. Es wäre nicht gerade wirtschaftlich, einen hochqualifizierten Fachmann aus dem Rüstungsbereich zu zwingen, irgendwelchen Kleinkram zu machen, also einen Mann, der die Elektronik für Panzer entworfen hat, von nun an Badewannen oder Kinderwagen konstruieren zu lassen.“

„Man kann militärische und zivile Projekte doch bei weitem nicht immer voneinander abgrenzen. Ich kann mir denken, daß im Bereich der Automatisierung Geräte hergestellt werden, die in dem einen wie in dem anderen Bereich angewendet werden können, die sogenannte Produktion mit doppelter Bestimmung. Irritiert Sie das nicht, einen Betrieb, der auf den Export orientiert ist?“

„Damit sprechen Sie einen wunden Punkt an. Schließlich kennen Sie die Probleme, die mit Cocom in Zusammenhang stehen. Wenn es diese Listen nicht gäbe, könnten wir unsere Lieferungen in die Sowjetunion und andere sozialistische Länder erheblich ausdehnen. Für die Herstellung von Halbleitern ist zum Beispiel unsere Technik für Oberflächenbearbeitung erforderlich. Wir haben sie. Wir können sie Ihnen aber nicht verkaufen, weil Cocom uns daran hindert.“

„Was soll nun mit den Leuten geschehen, die zwei Jahrzehnte lang Panzer montiert haben?“

„Hier gibt es überhaupt kein Problem. Es wird keine Entlassungen geben. Im Gegenteil, wir erweitern die Produktion und brauchen dringend qualifizierte Arbeiter. Alle diejenigen, die jetzt freigesetzt werden sollen, weil die Produktion der Leoparden eingestellt wird, gehen sofort in den zivilen Bereich.“

Vom Schaden des Zentralismus

Vor zwei Jahren hat Wollschläger eine radikale Reorganisation seiner Firma vorgenommen. Das Hauptziel bestand darin, die Produktionsleitung bestmöglich zu dezentralisieren. Er teilte den riesigen unbeweglichen Mechanismus in sieben vollkommen selbständige Wirtschaftseinheiten, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, auf, und zwar nach den Arbeitsbereichen polymere Technik, Trennungssysteme, Transport, Gußproduktion, Automatisierung, Rüstung und Dienstleistungen. Nicht nur der Leitungsapparat konnte damit drastisch abgebaut werden.

Das Wort hat wieder Wollschläger:

„Bei der früheren zentralisierten Struktur konnte ich bei bestimmten Fehlschlägen

nie den entsprechenden Verantwortlichen finden. Jeder gab dem anderen die Schuld. Bei der neuen Struktur weiß ich genau, an wen ich mich zu halten habe. Die Selbständigkeit jeder GmbH erhöht nicht nur spürbar die Verantwortung ihres Managements für das Endergebnis, sondern motiviert auch die Mitarbeiter. Ganz oben, das heißt beim zentralen Apparat, sind nur noch das finanzielle Clearing, die Werbung, die Öffentlichkeitsarbeit, Feuerwehr, Werkschutz und Stromversorgung verblieben. Alles übrige, die ganzen Produktions- und Marktangelegenheiten, fallen in den Verantwortungsbereich jeder einzelnen GmbH.“

„Führt das denn nicht dazu, daß verschiedene Leute sich mit denselben Dingen beschäftigen und damit Mehrkosten entstehen?“

„Im Gegenteil, das hilft sparen.“

„Wie denn? Jetzt muß doch jede einzelne GmbH ihre eigene Marktforschungsabteilung haben, wo es früher eine einzige zentrale Abteilung dafür gegeben hat.“

„Na und? Glauben Sie denn, daß früher eine einzige riesige Marktforschungsabteilung irgendeinen Sinn gehabt hat? Da irren Sie sich aber. Sie haben in dieser Hinsicht doch reichhaltige Erfahrungen: Der Zentralismus bringt nichts Ordentliches zustande. Er verringert die Verantwortung für das, womit man beauftragt worden ist.“

„Nach welchen Kriterien bewerten Sie denn die Arbeit eines GmbH-Leiters?“

„Nach Marktpositionen und Profit.“

„Bald dürfte es aber schwierig werden, im Rüstungsbereich mit größeren Gewinnen zu rechnen.“

„Dann sollen die eben nachdenken und flexibel sein. Möglichkeiten gibt es genug. Man kann sich zum Beispiel mit der Reparatur von Rüstungstechnik beschäftigen.“

„Können Sie sich denn Krauß-Maffei ganz ohne Rüstungsproduktion vorstellen?“

„Natürlich kann ich das.“

„Meine letzte Frage. Wenn die ganze Verantwortung auf die einzelnen Produktionsabteilungen verlagert wird, was bleibt dann für Sie als Vorstandspräsident noch übrig?“

„Was ich dann mache?“ Wollschläger lächelt. „Dann gebe ich zum Beispiel sowjetischen Journalisten Interviews.“

Natürlich hat Wollschläger Arbeit genug. Rechnungslegung, Pläne, Besprechungen, Entwurf der Generallinie und schließlich die Entscheidung darüber, wohin investiert und welche Firma gekauft werden soll. Seine wichtigste Aufgabe sieht der Vorstandsvorsitzende von Krauß-Maffei jedoch nicht einmal darin, sondern er will gute Personalpolitik machen, das heißt, die richtigen Leute auf die richtigen Plätze setzen.

* * *

Zum Abschied überreicht Burkhard Wollschläger mir ein kleines Andenken: drei Compact-Disketten mit Aufzeichnungen von Bach, Beethoven, Liszt, Schubert und großen Jazz-Musikern. Gepreßt werden sie von einer Maschine, die bei Krauß-Maffei entworfen wurde. Die Herstellung einer einzigen Diskette dauert neun Sekunden. Die Zeit drängt.

MÜNCHEN-BONN

Vorlage für die Konservativen

Lange Jahre haben amerikanische Politiker und Sowjetologen Moskau immer vorgeworfen, hier würde man die Rolle der öffentlichen Meinung und des Kongresses ignorieren und somit durch unbedachte außenpolitische Aktionen die amerikanischen Rechten begünstigen. Heute kann man zu Recht fragen, wie durchdacht denn die Intervention in Panama gewesen sei.

Diese militärische Aktion ist weder vom moralischen noch vom international-rechtlichen Standpunkt zulässig.

Genauso wie während der vorangegangenen Intervention in Grenada berauschte man sich im und um das Weiße Haus an der eigenen Kraft. Wenn jene Aggression noch mit der „konservativen Welle“ in den USA, der totalen Zuspitzung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen in den 80er Jahren irgendwie erklärt werden konnte, so entzieht sich die heutige völlig dem Verständnis.

Dem Abenteuer in Panama war das Gipfeltreffen vor Malta vorausgegangen. Diese Begegnung wurde bei uns von vielen als Beginn einer neuen Etappe in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen, als Etappe der „Unterstützung für Gorbatschow“ bei der Verwirklichung seiner Reformen bewertet. Und dann plötzlich ein derartiger Rückfall in die Methoden der Vergangenheit. Mit anderen Worten, die Intervention lief dem heutigen Niveau der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen und der gesamten internationalen Lage zuwider.

Jetzt, zu Zeiten von Demokratie und Glasnost in der UdSSR, gibt es in der amerikanischen Außenpolitik einen völlig neuen Faktor – den Einfluß auf den Kampf der politischen Kräfte innerhalb der UdSSR. Und diesen Faktor hat das Weiße Haus einfach übersehen. Man muß kein Prophet sein, um zu verstehen: Der Rückfall ins „Faustrecht“ nützt vor allem unseren Konservativen und den prostaunistischen Kräften.

Die Demokratisierungsprozesse haben unter anderem auch diesen Kräften die Möglichkeit gegeben, gegen die Regierung zu polemisieren und politischen Druck auszuüben, insbesondere über unser Parlament und den Kongreß der Volksdeputierten. Da möchte man die Träger von imperialen Ambitionen in den USA fragen, welche Gegenargumente unsere Regierung in der Polemik mit den Konservativen anbringen soll, wenn diese ihr als Beweis für die „Aggressivität des amerikanischen Imperialismus“ das Argument mit der Intervention in Panama vorhalten?

Man kann sich unschwer auch folgende Entgegnung der Konservativen vorstellen: Wenn sich Washington noch vor dem Abschluß der Vereinbarungen über die Reduzierung der strategischen und konventionellen Waffen so in der internationalen Arena aufführt, was soll dann erst nach Unterzeichnung und Beginn ihrer Realisierung werden? Wird sich diese „Aggressivität“ dann nicht potenzieren? Und wenn das so ist, sollte man sich da nicht lieber

Zeit lassen und abwarten mit der Reduzierung der Rüstungen? Ich bin der Meinung, es lohnt, sich zu beeilen. Nach der Intervention in Panama ist es allerdings schwer, Argumente zu finden.

Haben die konservativen Kräfte bei uns eine reale Basis in den Massen? Zweifellos. Und das werden wohl vor allem viele Wähler in den Regionen und Gebieten des Landes sein, wo viele rein militärische Werke und Maschinenbaubetriebe konzentriert sind, die teilweise für militärische Zwecke produzieren. Die Reduzierung und die Stilllegung der Rüstungsproduktion im Zuge der Konversion und gemäß der entsprechenden Abrüstungsvereinbarungen werden zwangsläufig dazu führen, daß ganze Belegschaften die vom Staat garantierten Militäraufträge verlieren und viele erstklassige Ingenieure und Arbeiter ihre hochbezahlte Arbeit. Man hat jedoch keine Erfahrungen bei der schnellen Umorientierung der Produktion auf den Markt und der Herstellung von Erzeugnissen für friedliche Zwecke. Außerdem gibt es den Markt an sich noch nicht. Deshalb wächst die Unzufriedenheit und die Entrüstung. Es gibt ernste Befürchtungen, daß derartige Stimmungen in den Massen leicht für den Widerstand gegen die Außenpolitik der Regierung im Geiste des neuen politischen Denkens mobilisiert werden können. Leider gibt es dafür schon die ersten Anzeichen.

Die Vereinbarung über die 50prozentige Reduzierung der strategischen Angriffswaffen und die Vereinbarungen über eine erhebliche Reduzierung der konventionellen Rüstungen in Europa werden immer realer. Es wird wahrscheinlich nicht mehr lange dauern, daß wenigstens das erstgenannte Dokument in unserem Parlament ratifiziert wird. Von den Dimensionen der zu kürzenden Rüstungen und der daraus folgenden Stilllegung der Rüstungsproduktion her sind diese Vereinbarungen nicht mit dem INF-Vertrag zu vergleichen. Es ist unschwer zu erkennen, daß die konservativen Kräfte in und außerhalb des Parlaments nicht die ihnen durch die Ratifikation und die Verstärkung der sozialen Spannungen in den Industrieregionen gegebenen Möglichkeiten versäumen werden, einen politischen Feldzug gegen die Außenpolitik der Regierung und in erster Linie gegen den Prozeß der Rüstungsreduzierung zu beginnen.

Wenn man noch hinzunimmt, daß die vernünftigen Kompromisse bei den Verhandlungen mit den Amerikanern, die bedeutenden Ungleichheiten bei den zu reduzierenden Rüstungen zu Gunsten der USA von vielen, wenn nicht gar den meisten einfachen Menschen, als Zugeständnisse oder sogar nationale Erniedrigung aufgefaßt werden, so nimmt eine mögliche Gegenoffensive der Konservativen beeindruckende Dimensionen an.

Somit ist der Preis, den die Amerikaner für diese Intervention zu zahlen haben, vom Standpunkt der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen viel höher, als man sich das gegenwärtig in Washington vorstellt.

Wem nützt das amerikanische Abenteuer in Panama?



Sergej Samuilow,
Dr. phil.
Historiker

Moral und sowjetische Außenpolitik in der dritten Welt

Einige Lehren aus früheren Fehlern

Wladimir Nossenko

Wenn ein Staat in seiner Außenpolitik gegen moralische Prinzipien verstößt, hat das für ihn früher oder später ernste Folgen. Die Sowjetunion konnte das auch nicht vermeiden.

Die Außenpolitik steht heute vor der Aufgabe zu allgemeinem menschlichen Werten und folglich zur Priorität moralischer Normen zurückzukehren. Wenn tatsächlich eine „organische Verbindung einer Politik zum Schutz der Interessen des Landes mit der Moral“ erreicht werden soll, wie es in einem Beschluß des 1. Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR hieß, dann muß man eingestehen, daß jetzt nur die ersten Schritte in dieser Richtung getan werden. Enorme Anstrengungen werden erforderlich sein, um die dogmatischen Vorstellungen von der uns umgebenden Welt zu überwinden. Jahrzehntlang war ja unserer Gesellschaft eingeredet worden, alle außenpolitischen Aktionen des Sowjetstaates seien über jede Kritik erhaben, und öffentliche Erörterungen dieses Themas wurden nur im Rahmen der Losung „Wir unterstützen und billigen die friedliebende sowjetische Außenpolitik“ zugelassen.

Revolution als Ziel

Ideologische Postulate, von denen sich viele seit der Revolutionszeit gehalten hatten, besaßen für unsere Politik stets Priorität. Das fast zählebigste von ihnen sollte die Idee der revolutionären Gewalt sein, deren Wurzeln zurück zu den Zeiten der Französischen Revolution führen, als die Jakobinerdiktatur um des „höchsten Wohls des Volkes“ willen zu massenhaftem „revolutionärem Terror“ überging. Anfangs verkörperte sich diese Idee im Ziel der Weltrevolution. Als aber die Notwendigkeit der Koexistenz mit der Umwelt den Übergang zu zivilisierten Verhaltensnormen verlangte, wurde sie durch das wesensnahe Postulat vom Kampf der beiden Welt-systeme als dem bestimmenden Zug der gegenwärtigen Epoche ersetzt.

Die Konfrontation mit dem Imperialismus wurde zur Dominante der sowjetischen Politik. Natürlich war die Feindseligkeit gegenseitig, und eine solche Haltung hatte ihren historischen Hintergrund: die Intervention, die diplomatische Blockade sowie eine ganze Reihe anderer Aktionen, die mit dem Völkerrecht nicht zu vereinen waren. Der Antisowjetismus, welche Argumente zu seiner Rechtfertigung auch angeführt wurden, zeugte trotzdem keineswegs davon, daß sich die Politik des Westens an moralischen Normen und Werten orientiert hätte. In der

UdSSR, wo man den Westen empört verurteilte, zog man trotzdem nicht die sich in diesem Zusammenhang aufdrängenden Schlüsse – so, daß amoralisches Verhalten des Gegners keine Rechtfertigung gibt, in der eigenen Politik auf Moral zu verzichten, um so mehr, wenn die Interessen eines Dritten, der seine Neutralität bewahren will, berührt werden.

Seit den 50er Jahren, als die jungen Nationalstaaten nach der Erlangung der Unabhängigkeit zum Objekt der verstärkten Beeinflussung durch die beiden Welt-systeme, die sie in ihr Lager hinüberzuziehen suchten, wurden, sollten die Entwicklungsländer in einer solchen Situation sein. Da es die Sowjetunion nicht vermochte, diese Länder mit wirtschaftlichen Argumenten von den Vorzügen des Sozialismus zu überzeugen, setzte man auf politische und ideologische Methoden. In der Praxis bedeutete dies eine forcierte Herbeiführung revolutionärer Situationen, begleitet von der feierlichen Versicherung, wir seien gegen einen Export der Revolution. Die sowjetische Führung, die sich über die Vergangenheit, über den Preis, den das eigene Land für die Revolution zu zahlen hatte, keine weiteren Gedanken machte, kümmerte es auch nicht, was andere Länder der Weg revolutionärer Umgestaltungen, für die meist die Voraussetzungen noch nicht gegeben waren, kosten würde.

Die Behauptung wäre falsch, diese Politik der UdSSR gegenüber der dritten Welt ebenso wie die Politik des Westens wolle nur primitiv den eigenen Willen diktieren. Von beiden Seiten wurde und wird auch heute nicht geringe wirtschaftliche Hilfe geleistet. Und doch kann man die Haltung einer Großmacht gegenüber einem Entwicklungsland wie übrigens auch gegenüber jedem anderen Land nur dann als human und moralisch bezeichnen, wenn sie politischen Druck vollständig ausschließt, von welcher großzügiger Hilfe er auch begleitet sein mag...

Sage mir, wer dein Freund ist

Die Konfrontation mit dem Imperialismus in der dritten Welt verlangte eine besondere Auswahl der Verbündeten. Unsere Journalisten zitierten nur zu gern die Worte von US-Präsident Franklin Roosevelt über den nikaraguanischen Diktator Somoza sen.: „Ich weiß, daß er ein Hundesohn ist. Doch er ist unser Hundesohn.“ Ja, unter den amerika-



Der ugandische Diktator und Menschenfresser Idi Amin: Es reichte, über den US-Imperialismus zu schimpfen, um als progressiv zu gelten



Afghanistan: Unter den Fittichen des Großen Bruders. Täglich wurden neue Waffen geliefert

nischen Marionetten gab es mehr als genug derartiger Exemplare aus der „Tierwelt“. Doch es kam vor, daß auch die Sowjetunion durch ihre, vor allem militärische, Hilfe, Regimes stärkte, deren Unterstützung niemandem zur Ehre gereicht hätte.

Zweifelloos wäre es nicht richtig, nach Führern wie dem Diktator Idi Amin über die Beziehungen der UdSSR zur dritten Welt zu urteilen. Beispiele aufrichtiger Freundschaft bleiben unsere Beziehungen zu den herausragenden Persönlichkeiten der nationalen Befreiungsbewegung Jawaharlal Nehru und Gamal Abdel Nasser. Allgemein bekannt ist auch unsere wirksame Hilfe für eine Reihe junger Nationalstaaten bei der Festigung ihrer politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit, was in der dritten Welt eine hohe Einschätzung erfuhr.

Die Hilfe für die dritte Welt wurde mit der Zeit für die UdSSR zum Gegenstand des besonderen Stolzes. Es zeichnete sich sogar die Tendenz ab, sich selbst die entscheidende Rolle am Zusammenbruch des Kolonialsystems zuzuschreiben. Man braucht sich nur an die seinerzeit populäre Losung „Die Oktoberrevolution schreitet über den Erdball“ zu erinnern. Kein Wunder, daß sich bei einer solchen Sicht der eigenen Politik verzerrte Vorstellungen von den Regimes herausbildeten, zu denen freundschaftliche Beziehungen hergestellt wurden.

Als aussichtsreich galten jene Leader, die den Imperialismus brandmarkten, ihn aller Probleme und Leiden der dritten Welt bezichtigten. Deshalb wurden Militärputsche in Moskau nicht selten als antiimperialistische Revolutionen gesehen.

Die Frage, ob neben antiimperialistischer Rhetorik überhaupt ein Programm existierte, galt als unangebracht.

Die UdSSR, die ihre Freunde als Kämpfer gegen den Imperialismus hinstellte, weitete auf sie automatisch die „Unfehlbarkeitsvermutung“ aus und wollte schon absolut nicht mehr eingestehen, daß jemand von ihnen in seiner Politik zu schwerwiegenden Abweichungen von den allgemein anerkannten Normen fähig wäre. Selbst wenn die Kommunisten in einem Land Repressalien ausgesetzt wurden, zog es Moskau meist vor, das weitgehend zu ignorieren. So sehr man auch versuchte, eine solche Haltung durch Hinweise auf Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes zu rechtfertigen – als moralisch kann sie trotz allem nicht gelten.

In der Breshnew-Zeit gedieh die Praxis der Verzerrung offensichtlicher Tatsachen, wenn sich negative Seiten im Verhalten unserer Freunde in der dritten Welt offenbarten. In der Propaganda für den Hausgebrauch wurde diese Praxis ad absurdum geführt, da man sich hier nicht auf die Diplomatie beschränkte und zudem unsere Öffentlichkeit keine alternativen Informationsquellen hatte, um sich eine eigene Meinung bilden zu können.

Die zwiespältige Haltung gegenüber dem internationalen Terrorismus kompromittierte die sowjetische Politik schwer. Was die verbale Verurteilung anging, so konnte es die Sowjetunion wohl durchaus mit dem Westen aufnehmen. In Wirklichkeit aber machte man nur einen Unterschied zwischen dem

Staatsterrorismus, d. h. aggressiven Handlungen des Westens gegen Länder der dritten Welt, und den kriminellen Provokationen kleiner extremistischer Gruppen. Und obwohl meist Bürger westlicher Länder den Extremisten zum Opfer fallen sollten, suchte man selbst in diesen Fällen besagtem Imperialismus die Schuld aufzuladen. Wenn die Komplizenschaft von irgendwelchen Freunden in der dritten Welt an Terrorakten enthüllt wurde, weigerte man sich, wie glaubwürdig die entsprechenden Tatsachen auch gewesen sein mögen, demonstrativ, diese zur Kenntnis zu nehmen. Wenn die übliche Version von den Umtrieben der Agenten des Imperialismus nicht weiterhalf, wurden wenig überzeugende allgemeine Auslassungen über die zunehmende Aggressivität des Imperialismus und seiner Helfershelfer in Umlauf gebracht, was die antiimperialistischen Kräfte zwingt, zu extremen Formen des Kampfes, d. h. eben zu revolutionärer Gewalt, zu greifen. Eine solche Haltung der Sowjetunion ließ den Westen immer mehr glauben machen, der Terrorismus in der dritten Welt sei kommunistisch gefärbt und hinter den Terroristen stehe die „Sowjetunion als Beschützer“.

Darf ein Friedensstifter parteiisch sein?

Die meisten westlichen Sowjetologen erkennen an, daß die Sowjetunion an regionalen Konflikten nicht interessiert ist, da sie die Politik des Landes in der dritten Welt erschweren. Seit den 60er Jahren wurde die Regelung von Konflik-

ten von uns zu einer Haupttrichtung der Außenpolitik erklärt. Doch die konkreten Handlungen liefen nicht selten diesem Ziel zuwider.

Mit keinerlei ideologischen Überlegungen läßt sich ein Kurs rechtfertigen, der die Handlungen einer Seite eines regionalen Konflikts für hundertprozentig aggressiv erklärt. Eine solche Unterstützung kann nur Kompromißlosigkeit fördern. In den letzten 20 Jahren entwickelten sich die meisten Konfliktsituationen in der dritten Welt nach weitgehend ähnlichen Szenarios, da jeder Beteiligte einen „Sponsor“ – wenn nicht die USA, dann die UdSSR – zu finden bemüht war. So wurden die Auseinandersetzungen brutaler und die anfänglichen Widersprüche fast unlösbar.

Die vereinfachte Einteilung in Aggressor und Opfer rührte von der unserer Ideologie eigenen Schwarzweißsicht der uns umgebenden Welt. Die sowjetische Haltung zu den Konflikten basierte immer auf dem gleichen Schema, dem zufolge die von der Sowjetunion unterstützte Seite natürlich zum Lager der „Völker, die gegen den Imperialismus kämpfen“ gehörte, und unabhängig von ihrer Rolle bei der Entstehung des Konflikts für uns ein Aggressionsopfer war. Ein Land, dem die Rolle des Aggressors zugewiesen wurde, rechnete man unbedingt dem „pro-imperialistischen Lager“ zu. Bei einem solchen Schema wurden alle regionalen Zusammenstöße unter dem Aspekt der Konfrontation der beiden Weltsysteme gesehen. Deshalb war die UdSSR bemüht, ihre Partner auf Festigkeit im Kampf gegen den Imperialismus und seine Agenten zu orientieren.

UdSSR-Außenminister Eduard Schevardnadse konstatierte bei seinem Nahost-Besuch im Februar 1989, daß auf diese Region 61% der Waffenexporte entfallen. Dabei muß man eingestehen, daß die Sowjetunion einen bedeutenden Beitrag zum hier entfesselten Wettrennen geleistet hat. Das ging bis zur unmittelbaren Teilnahme an Kampfhandlungen.

Erst heute beginnen wir schüchtern von der Teilnahme sowjetischer Militärangehöriger an Ägyptens Krieg gegen Israel am Suezkanal Ende der 60er Jahre zu sprechen. Ägyptens Verluste nahmen in jener Zeit stark zu, und offenbar war Hilfe erforderlich. Doch nicht weniger wertvoll für Kairo war wohl die aktive Unterstützung der Sowjetunion bei der Suche nach einem politischen Ausweg aus dem Konflikt. Jeder amerikanische Vorschlag aber wurde damals als weiteres imperialistisches Manöver abgetan, um die Araber zur Kapitulation zu zwingen. In diesem Zusammenhang erklärten amerikanische Diplomaten, daß während die Sowjets den Arabern Waffen geben, die USA ihnen Frieden geben können. Leider waren diese Erklärungen nicht ganz unrichtig. In jener Zeit zeichnete sich die sowjetische Haltung nicht durch Flexibilität und Ausgewogenheit aus.

Die Teilnahme am Krieg am Suezkanal war nicht die einzige Generalprobe vor Afghanistan. Nach den Ereignissen in der Tschechoslowakei 1968 begann man im Westen von der „Breshnew-Doktrin“ als einer Doktrin der „begrenzten Souveränität“ zu sprechen. Anfangs meinte man, sie sei nur für die sozialistischen Länder bestimmt, doch im Zusammenhang mit Afghanistan bildete sich die Meinung heraus, die Führung unter Breshnew habe auch einige Entwicklungsländer in diese Doktrin miteinbezogen. Die Sowjetunion wurde durch Waffenlieferungen und durch die Entsendung von Militärberatern in regionale Konflikte verstrickt. Für Washington war das natürlich von Vorteil. Bei unserer sich verschlechternden Volkswirtschaftslage wurden die Ausgaben für eine derartige Konfrontation mit den USA zu einer spürbaren Last des sowjetischen Haushalts. Zudem begann ein solcher „antiimperialistischer Kampf“ genau das Gegenteil zu bewirken – die sowjetischen Absichten wurden nun unter dem gleichen Aspekt gesehen wie die amerikanischen, und in der dritten Welt wurde davon gesprochen, die Sowjetunion wolle über verschiedene Regionen herrschen. Doch daß die sowjetisch-amerikanische Konfrontation in der dritten Welt ein nukleares Inferno wahrscheinlicher werden ließ, liegt auf der Hand.

In den letzten ein bis zwei Jahren zeichnete sich eine Tendenz zur Lösung der regionalen Konflikte ab. Doch es wäre nicht richtig, das nur durch unser neues politisches Denken erklären zu wollen. Auch andere Faktoren wirken sich positiv aus. Ohne die eingeleitete Umorientierung der sowjetischen Außenpolitik jedoch wäre die Weltlage heute ganz anders, würde eine solche Tendenz keineswegs begünstigen.

Der schwere Weg zum Ideal

Immer häufiger hört man, die Menschen seien der ständigen Enthüllungen früherer Fehler überdrüssig und man müsse statt nutzloser historischer Exkurse endlich mit der „Arbeit“ beginnen. Dabei wolle man die Perestroika nicht stören. Doch nur, wenn man sich selbst bewußt geworden ist, von welchen Denkschablonen wir uns trennen, mit welchen Konzeptionen wir brechen, was wir nicht nur als fehlerhaft, sondern als verhängnisvoll für die Interessen unseres Landes ansehen wollen, kann man fest auf der Plattform des neuen politischen Denkens stehen. Das gilt voll und ganz auch für die Außenpolitik.

Bei aller Bedeutung einer kritischen Sicht der Vergangenheit reicht allein das aber nicht aus, um die Politik mit der Moral zu vereinen – eine, ohne Übertreibung, historische Aufgabe. Man sollte sich Gedanken darüber machen, welchen Ein-

fluß auf die Gesamtsituation in der Welt der Übergang einer Großmacht zu einer moralischen Politik haben wird. Deshalb sind hier neue und kühne Positionen erforderlich, und diese Aufgabe wird man nicht nur auf staatlicher Ebene, sondern vor allem auch auf der Ebene der Öffentlichkeit angehen müssen.

Die Kontrolle der Gesellschaft über die Außenpolitik, verwirklicht über die Legislative, kann zum entscheidenden Hebel werden, der ihre Umorientierung auf moralische Prinzipien gewährleistet. Doch dafür muß man die Gesellschaft in ihrer Haltung zur Außenpolitik befreien, muß sie davon abbringen, diese Politik als Ansammlung heiliger und den einfachen Sterblichen unzugänglicher Geheimnisse aufzunehmen. Die Gesellschaft muß begreifen, daß es zu ihren unabdingbaren Rechten gehört, diese Politik zu bewerten und von denjenigen, die sie in die Praxis umsetzen, nicht nur Rechenschaftslegung zu verlangen, sondern auch einen Verzicht auf Entscheidungen, die für unmoralisch befunden werden und folglich den wahren langfristigen Interessen des Landes nicht entsprechen.

Natürlich unter dem Vorbehalt, daß die Gesellschaft nur dann wirklich verantwortliche Einschätzungen vornehmen kann, wenn die Priorität der Moral in ihr wiederhergestellt wird, und bei größtmöglicher Information über außenpolitische Fragen (außer Geheimnissen, die die Sicherheit des Landes berühren). Was die erste Bedingung angeht, so ist es bis zu ihrer Verwirklichung, ehrlich gesagt, noch ein weiter Weg, doch das ist Thema für ein besonderes und sehr ernsthaftes Gespräch. Die zweite Bedingung ist einfacher zu erfüllen – ihre Verwirklichung ist durch Gesetze, z. B. das Pressegesetz, erreichbar.

Man muß sich endlich von der archaischen Praxis trennen, da außenpolitische Ereignisse streng nach der offiziellen Haltung zu kommentieren sind. Alles andere als einleuchtend sind heute Hinweise auf eine negative Reaktion des Auslands. Fast überall ist die Presse unabhängig in ihren Ansichten zum internationalen Geschehen – und doch geht das Leben auf Erden weiter.

Und schließlich sollten wir, wenn wir für die Entideologisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen eintreten, auch auf ideologische Scheuklappen bei der Interpretation der internationalen Ereignisse verzichten. Klar ist das eine – der Weg zur Verwirklichung dieser Forderungen wird schwer sein und ohne eine Vertiefung der demokratischen Umgestaltungen im eigenen Land werden diese Bedingungen nur fromme Wünsche, ein Ideal bleiben, doch nicht Wirklichkeit werden.

*Foto aus: „Jeune Afrique“ (Tunis)
und von L. Mironow*

Was wir gewinnen, was wir verlieren

Sie haben sich also für einen Peugeot 605 entschieden? Wunderbar! Ein Auto, wie es sein muß. Elegante Linienführung, ein bequemer, schneller und wirtschaftlicher Wagen. Nehmen Sie ihn mit, Sie werden es nicht bereuen. Bezahlen können Sie mit Ihren Bankschecks."

Eine Fata Morgana? Eine Fieberphantasie? Schwarzer Humor? Sollten wir ein solches Angebot wirklich noch erleben? Kaum zu glauben. Trotzdem sollte man die Hoffnung nicht aufgeben.

Anlaß zu verhaltenem Optimismus bietet das unlängst in Paris unterzeichnete sowjetisch-französische Abkommen über wirtschaftliche, industrielle, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit. Wenn es stimmt, was Lew Woronin, der 1. Stellvertreter unseres Premiers, sagt, ist die Frage, ob man der sowjetischen Perestroika helfen soll oder nicht, für unsere Geschäftspartner am Ufer der Seine praktisch entschieden. Natürlich will man helfen. Auf gleichberechtigter und für beide Seiten vorteilhafter Grundlage. Der bodenlose, unerschöpfliche und unersättliche sowjetische Markt soll gestützt werden, solange es noch nicht zu spät ist. Man arbeitet schließlich mit Perspektive.

In den vergangenen zwei Jahren konnten die beinahe stagnierenden sowjetisch-französischen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen spürbar belebt werden. Was das Volumen seiner Investitionen in die sowjetische Wirtschaft angeht, liegt Frankreich inzwischen gleich hinter der Bundesrepublik auf dem zweiten Platz, und es ist nicht auszuschließen, daß es in den nächsten Monaten in Führung geht. Französische Industriegiganten wie Thomson, Pechiney und Peugeot sind willens, ihr Kapital in Gemeinschaftsprojekte zu investieren. Im Firmensitz von Peugeot wird zur Zeit unser Vorschlag geprüft, in der UdSSR die gemeinsame Produktion von jährlich 160 000 der neuesten Kleinwagen der Marke Peugeot 605 anzukurbeln.

Um falschen Erwartungen vorzubeugen: Was hier vom Fließband rollen soll, wird, wie auch die Realisierung ähnlicher sowjetisch-italienischer Projekte, unser Land kaum in die Liga der führenden Autonationen katapultieren. Auch die Modelle selbst könnten bei all ihrer derzeitigen Attraktivität zum Zeitpunkt ihrer Produktion in sowjetischen Werken ein wenig veraltet sein. Dennoch kann damit unser Warenhunger etwas gestillt werden. Entscheidend ist doch wohl, daß unsere westlichen Partner bereit sind, ihr Kapital und ihre neueste Technologie bei uns zu investieren und uns darüber hinaus auf den Geschmack an zivilisierten Ware-Geld-Beziehungen kommen zu lassen und uns den Übergang von einem lendenlahmen administrativen Kommandosystem in das Reich der modernen Wirtschaftsreize zu erleichtern.

Ich denke, daß eben diese Idee auch bei einer anderen französischen Initiative Pate stand, die sowohl bei den Europäern als auch den Industrienationen der übrigen Welt ungewöhnlich schnell Anklang fand. Gemeint ist der Vorschlag des französischen Präsidenten Francois Mitterrand, eine Europäische Bank für die Rekonstruktion und Entwicklung Osteuropas (BERD) zu gründen.

Diese Idee entstand Ende Oktober vergangenen Jahres, und bereits Mitte Januar fand in Paris die Gründungskonferenz unter Teilnahme aller interessierten Seiten statt. „Wenn wir uns nicht beeilen“, sagte Mitterrand bei seiner Eröffnungsansprache, „können wir die Entwicklung der Ereignisse verpassen.“

Die neue Bank ist eine multinationale Einrichtung, der 34 Staaten als Gründungsmitglieder angehören. Die 12 Länder der EG. Die 6 EFTA-Länder. Die 7 RGW-Mitglieder UdSSR, Bulgarien, Ungarn, DDR, Polen, Rumänien und Tschechoslowakei. Darüber hinaus sind Jugoslawien, die USA, Kanada, Japan, Australien, Neuseeland, die Türkei, Zypern und Malta der Bank beigetreten. Die EG-

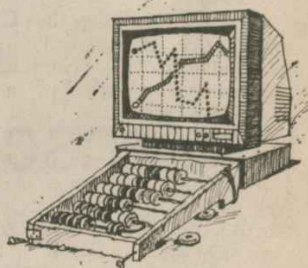
Kommission und die Europäische Investitionsbank zählen ebenfalls zu den Gründungsmitgliedern.

Man geht davon aus, daß das Grundkapital der Bank 10 bis 11 Milliarden Dollar beträgt, von denen etwas mehr als 50 Prozent von der EG kontrolliert werden. Die übrigen Einlagen werden unter die größten Länder der Welt verteilt, inklusive die UdSSR, sowie die Staaten Osteuropas.

Der scharfsinnige „Le Monde“ bezeichnete die BERD als erste Institution des Europäischen Hauses, und nach Auffassung der „Liberation“ kann die neue Bank das Rückgrat der Ost-West-Zusammenarbeit werden. Ihr erklärtes Ziel besteht darin, Investitionen in Länder Mittel- und Osteuropas zu fördern, das Risiko bei Kapitalanlagen zu senken, den Übergang zur Marktwirtschaft zu erleichtern und Strukturveränderungen in diesem Raum zu beschleunigen.

Die praktische Umsetzung dieser Ziele rief unter den Gründungsmitgliedern eine lebhaft Diskussion hervor. Wenn die BERD sich ein Beispiel an der Internationalen Bank für Rekonstruktion und Entwicklung sowie dem Internationalen Währungsfonds nimmt, wird sie zweifellos auf ihr Recht pochen, über die Verwendung ihrer Mittel zu wachen, und den Kreditnehmern gewisse Verpflichtungen abverlangen. Gleichzeitig geht die Mehrheit der Gründungsländer davon aus, daß jedes Mitglied souverän über seine Wirtschaftsentwicklung und soziale Ordnung entscheiden soll.

Es besteht kein Zweifel daran, daß der notwendige Konsens schließlich doch noch gefunden wird. Anlaß zur Sorge bietet eher die Fähigkeit mancher Kapitäne des administrativen Kommandosystems, die neuen Möglichkeiten, sich an zivilisierte weltwirtschaftliche Strukturen heranzuhängen, voll zu nutzen. Wenn man einigen unserer Volksdeputierten zuhört, fallen einem die Ohren ab. Sie leben immer noch in der hundert Jahre alten Vorstellung von Kapital und Kapitalisten, in denen sie raubgierige Ungeheuer sehen,



die gnadenlos über unglückliche und entrechtete Arbeiter herfallen. Unsere hauseigenen Dogmatiker lassen sich auch durch Wahrheiten wie diese nicht beirren, daß nämlich unser Staat einen zwei- bis zweieinhalbmal größeren Teil des Mehrprodukts von seinen Arbeitern aneignet als die Kapitalisten jenseits der Grenzen.

Militantes Analphabetentum, primitive Urteilsfindung und der Unwille, „Prinzipien“ aufzugeben, rächen sich immer wieder mit neuen Verlusten und Fehlschlägen. Was soll man zum Beispiel von dem Beschluß der Stadtverwaltung von Nowgorod halten, der unter dem Druck einer Gruppe von Pseudopatrioten zustande gekommen ist, auf die Gründung einer der ersten Freihandelszonen in unserem Land auf Nowgoroder Territorium zu verzichten? Die Heranziehung von ausländischem Kapital in diese ärmliche Region hätte den Einwohnern wesentliche Vorteile gebracht. Dagegen gewannen primitiver Dünkel und Angst vor den „Warägern“, die, wie in einem Flugblatt behauptet wurde, „Stadt und Umgebung mit Huren und Spekulanten überschwemmen und die Betriebe am Ort zwingen, sich dem „Diktat multinationaler Konzerne zu beugen“, die Oberhand. Ein fürchterlicher Unsinn.

Natürlich müssen wir in jedem Einzelfall prüfen, was wir gewinnen und was wir verlieren. Dabei ist es aber doch keine Sünde, sich umzusehen und zivilisierte Erfahrungen zu übernehmen. Ohne sie kommen wir nicht auf die Beine.

Sergej Goljakow

Politischer Beobachter
der „Neuen Zeit“

Eine überraschende, beispiellose Krise in der Region Krasnodar im Zusammenhang mit der dringlichen Einberufung von Reservisten

Leidenschaften auf dem Platz

Von unserem Sonderkorrespondenten *Gennadi Arijewitsch*

**Erstaunlich:
Früher wurden
Beschlüsse
gefaßt und sofort
vergessen, heute
werden sie erfüllt,
aber das Resultat
ist das gleiche,
wenn nicht noch
schlechter, weil
die Ausführung
scharfe Konflikte
auslöst. Weil die
Struktur der
Beschlußfassung
unverändert
bleibt?**

Später sollte ein hiesiger Zeitungsmann die Kundgebung auf dem Platz vor dem Regionspartei Komitee, die fast sofort die ganze Region anzog, „das wichtigste Ereignis im Kubangebiet seit 1917“ nennen. Zuerst jedoch schien sich nichts Ungewöhnliches zusammenzubrauen und schon gar nichts auf einen Sturm hinzudeuten.

Drei Frauen, deren Männer bzw. Söhne zur Entsendung in den Transkaukasus, in die Gebiete mit dem Ausnahmezustand, einberufen worden waren, gingen zuerst zum Wehrbereichskommando, wo sie tränenerfüßt um die Aufhebung des Befehls baten. Sie erhielten keine Antwort und begaben sich zum Regionspartei Komitee. Im Nu wuchs die kleine Gruppe auf beinahe 300 Frauen an. Mit der Zahl nahmen auch Zorn und Sicherheit zu. Plakate tauchten auf: „Wir protestieren!“, „Gebt uns unsere Männer zurück!“, „Nein zu einem zweiten Afghanistan!“

Juri Asarow, der für Fragen der Rechtspolitik zuständige Sekretär des Regionspartei Komitees (die anderen Sekretäre, auch der erste, waren auf Dienstreisen), ging zu den Versammelten hinaus. Er versuchte zu erläutern, bat die Anwesenden in einen Saal des nahen Hauses der Politischen Aufklärung (bei den hiesigen Einwohnern das „tote Haus“ genannt, weil das geräumige, pompöse Gebäude fast immer leer steht). Niemand wollte jedoch den Platz verlassen. Ein Dialog kam nicht zustande, Frauen, die einander am Megaphon ablösten, forderten, die Einberufung von Reservisten sofort einzustellen und die schon Mobilisierten wieder nach Hause zu schicken. Unter einem entsprechenden Dokument wurden schon über 1000 Unterschriften gesammelt.

Der Teufelskreis

Die Spannung nahm nach den Gesetzen einer Kettenreaktion zu. Immer neue Menschen, Delegationen von Betrieben und aus Kosakendörfern trafen ein. Immer neue Erzählungen von Augenzeugen davon, wie die eilige Mobilisierung vor sich gegangen war, gießen nur Öl ins Feuer. Man hatte einige nachts aus dem Bett geholt oder nach der Schicht im Betrieb abgepaßt, andere sogar wie Verbrecher mit der Miliz abgeholt. Unberücksichtigt blieben familiäre Umstände, weder eine kranke Frau oder Kleinkinder („Die Sowjetmacht wird schon für sie sorgen“) noch der Umstand, daß es sich z. B. um den einzigen Ernährer handelte. Zudem wurden (der größte Fehler!) hauptsächlich Russen mobilisiert, was hier, in der Ukraine, Befremden und Entrüstung auslöste. Man stelle sich vor, was geschehen wäre, wenn in dieser multinationalen

Region (über 100 Nationen und Völkern: 200 000 Armenier, 120 000 Adygen, viele Aserbaidshaner und Krimtataren usw.) der Sarg auch nur eines russischen Reservisten eingetroffen wäre.

Die Wehrbereichskommandos führten einen Befehl aus, sie hatten ganz wenig Zeit, zudem haben sie sich noch nie viel Mühe gegeben, auf Menschen, ihre Gefühle und ihre Beziehungen Rücksicht zu nehmen. Sie verstehen sich nicht darauf, mit Menschen zu arbeiten, denn für viele Mitarbeiter der Wehrbereichskommandos sind die Menschen einfach statistische Einheiten und nur den einfachsten arithmetischen Operationen untergeordnet, wie sie der Befehl vorschreibt.

Eines der Plakate auf dem Platz forderte den Rücktritt von Verteidigungsminister Jasow. Die Wehrbereichskommandos führten nämlich seinen Befehl aus. Gerechtigkeitshalber sei jedoch gesagt, daß der Minister seinerseits in erster Linie ein Ausführer war. Das Vorgehen der Militärs war auf einen politischen Beschluß und die der Armee gestellten Aufgaben zurückzuführen.

Geht es, einen Befehl nicht auszuführen? Eine blöde Frage. Doch sowohl beim Erteilen als auch beim Ausführen eines Befehls muß man an die Menschen, ihre Interessen, Fähigkeiten und Stimmungen denken, besonders wenn es sich nicht um die reguläre Armee handelt, deren gesamtes Leben durch Befehle reglementiert ist, sondern um Reservisten wie in diesem Fall. Weil da in die Sphäre des Befehls auch ihre Familien, d. h. dreibis fünfmal so viele Menschen, einbezogen werden. Höchste Zeit für unsere Armee, sich mehr dem Menschen zuzuwenden. Das wäre wohl das wichtigste Moment der Perestroika in der Armee.

Man protestierte außerdem dagegen, daß Reservisten ausgerechnet nach Aserbaidshan gehen mußten, um die dortigen Einheiten bis zur Norm der Kriegszeit aufzufüllen. Weil man auf Tempo bedacht war, trommelte man die Reservisten aus den benachbarten Gegenden – dem Gebiet Rostow, der Region Stawropol, aus Kuban-Dörfern – zusammen. Später sollten sie durch reguläre Truppen abgelöst werden. Das wurde den Menschen jedoch vorenthalten, bis zum letzten Augenblick wußten die Reservisten nicht, wohin sie gehen sollten. „Gegen wen führen wir Krieg?“ fragten die Teilnehmer der Kundgebung in Krasnodar. „Ist unser Land denn von einem Gegner überfallen worden? Warum wird die Armee erneut gegen das eigene Volk geschickt? Warum hat man den Konflikt im Transkaukasus bis zu diesem Siedepunkt gebracht, warum ihn nicht auf politischem Weg beigelegt?“

Die Menschen sind heute anders und wollen keine Komparsen mehr sein. Sie wünschen, bewußt an jedem Prozeß teilzunehmen. Sie müs-

sen wenigstens das Gefühl haben, daß sie eine Wahl selbständig treffen. Deshalb ist jeder Beschluß, besonders wenn er soziale oder nationale Spannungen auslösen kann, mit ihnen abzustimmen, man muß hellhörig auf ihre Meinungen reagieren (in Krasnodar wurden die Staats- und Parteiorgane nicht einmal rechtzeitig von der Mobilmachung in Kenntnis gesetzt), eventuelle Folgen müssen wissenschaftlich, unter Heranziehung von Soziologen, Psychologen und anderen Experten durchgerechnet werden. So etwas ist natürlich viel, viel komplizierter. Aber hat jemand behauptet, Demokratie sei sehr einfach?

Der Faktor Zeit fällt natürlich ins Gewicht. Nicht immer kann so gründlich vorgearbeitet werden. Wie man mir erzählte, wies auch in diesem Fall alles darauf hin, daß Extremisten den Flughafen besetzt und die Truppen an der Landung gehindert hätten, wäre die Verstärkung nur wenige Stunden später gekommen. Wie dem auch sei, die Situation muß den Menschen zumindest erläutert werden, sie sind nach Möglichkeit von der Unumgänglichkeit dieser oder jener Maßnahmen zu überzeugen. Freilich erfordert das ein ganz anderes Verhalten gegenüber dem Menschen, ein Verhalten, das wir so beharrlich deklarieren, aber immer noch nicht verwirklichen können.

Einfach ist das gewiß nicht. Aber ist vielleicht die uns so wohlvertraute Kette besser: ein Beschluß, der zwar gut gemeint, aber nicht richtig durchdacht, ohne Rücksicht auf die Situation bzw. voluntaristisch und in aller Eile gefaßt ist, fieberhaftes, gedankenloses Handeln – Explosion, Erdbeben, völliger Kollaps – runde erstaunte Augen und die (meist erfolglose) Suche nach dem Schuldigen? Viel zu teuer (materiell und moralisch) kommen uns solche blitzartigen Aktionen, die sich mit einer fast eisernen Logik als falsch entpuppen.

Auch diesmal wurde der Beschluß als politisch fehlerhaft qualifiziert, weil er, wie es in einer Bestimmung des Büros des Regionalkomitees der KPdSU Krasnodar heißt, „ohne Rücksicht auf die Besonderheit der politisch-moralischen Situation in der Region und der multinationalen Zusammensetzung ihrer Bevölkerung gefaßt wurde“. Der Beschluß wurde aufgehoben, alle mehr als

8000 Reservisten durften nach Hause. Es kam zu keiner Explosion. Man sollte jedoch noch nicht den Schlußpunkt setzen. Die Situation war beinahe kritisch. Die bis zum äußersten emotionsgeladene Atmosphäre konnte erst im letzten Moment bereinigt werden.

Versäumnisse

Fünf Tage und fünf Nächte, vom 18. bis zum 22. Januar, dröhnte der Platz von den Stimmen von Tausenden. Bisweilen, besonders am zweiten und dritten Tag, versammelten sich 30 000 bis 50 000 vor dem Regionsparteikomitee. Ähnliche Meetings fanden in Maikop, Tuapse, Apscheronsk, Sewerskaja und andernorts im Kubangebiet statt. Die erste und gleich so starke Äußerung der gesellschaftlichen Aktivität in der Region scheint nicht nur deren Führung, sondern auch die Teilnehmer der Ereignisse selbst in Staunen zu versetzen. Nadeschda Poluchina, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Unions-Forschungsinstituts „Krasnodar-Neft“ und Aktivistin der Kundgebung, sagte mir: „Zuerst glaubten wir nicht sehr an einen Erfolg, mußten uns jedoch den gerechten Forderungen der Frauen und Mütter anschließen.“ In der Zeitung „Sowjetskaja Kuban“ lesen wir: „Über Nacht wurde das Märchen von der angeblichen politischen Trägheit und Passivität unserer Bevölkerung (zumindest im Vergleich zu anderen Regionen des Landes) zerpfückt.“

Der Anlaß war ernst genug. Doch hatten

es die Mitglieder einer auf der Kundgebung gegründeten Initiativgruppe sehr schwer, diesen Strudel nicht über den Rahmen der gestellten Aufgaben hinausgehen zu lassen. Die inzwischen radiofizierte Kundgebung trat immer wieder über die Ufer, besonders am 19. Januar. Sprechchöre, die die Reden übertönten, Pfeifen, Grölen, Gerüchte, eines immer unsinniger als das andere: „Ein Flugzeug mit unseren Jungens verunglückt!“, „Ein Zug mit Verwundeten aus Kirowabad angekommen!“, „In der Krasnaja-Strasse wird ein Blutbad unter den Armeniern angerichtet!“, „In der Staniza Jelisawetinskaja sind Särge eingetroffen!“

Nadeschda Poluchina setzt bewegt fort: „Es war echt unheimlich, die Drohung schien in der Luft zu liegen, jeden Augenblick konnte etwas Irreparables geschehen. Ich werde nie das Gesicht eines jungen Burschen mit wütenden Augen vergessen, der heulte: ‚Streiken!‘ Ich fragte ihn: ‚Wozu denn? Willst du, daß wir alle ohne Brot dastehen? Geht mit diesen Forderungen auf einen anderen Platz und stört uns hier nicht.‘ Aber er war nicht ansprechbar...“

Ein einstündiger Film des Fernsehens von Krasnodar, eine geraffte Version der 5tündigen live-Sendung vom Platz, versetzt uns behutsam und gedankenvoll in jene Tage mit ihren beispiellosen Ereignissen zurück. Da redet ein junger Mann, der sich endlich bis zum Mikrophon durchgeboxt hat, verworren, mit schwerer Zunge von irgendwelchen Datschen; ein junges sympathisches Mädchen schreit hysterisch ihre endgültige Enttäuschung und ihren Unglauben hinaus und verspricht, schon am nächsten Tag ihr Parteibuch abzuliefern (Ludmilla Kusnezowa hielt ihr Wort. Dazu eine bittere Feststellung von W. Buschujew, Arbeiter im SIP-Werk: „Hier haben wir etwas versäumt“; jemand fordert auf, auf der Stelle eine Kuban-Volksfront zu bilden; ein blutjunger Volksdeputiertenkandidat ruft zu einem Streik auf; ein betrunkenener „Dichter“ ergreift die Gelegenheit und das Mikrophon, um eine gehässige, von nebulösen Anspielungen gespickte „Ballade von einer verfaulten Ordnung, die alles im Schiet schwimmen läßt“, auszuspuken; eine „Lehrerin“ will Verwundete unter ihren Schülern gesehen haben, und ein „Vertreter der Volksfront Turkmeniens“ – wo kommt denn der her? – schlägt vor, „das ganze System zu zerstören“.

Spontan ist spontan, dennoch erhebt sich die Frage: Wer und wozu bemühte sich, die Leidenschaften anzupfeifen, wer über-tönte vernünftige Ansprachen mit Geheul und Pfiffen, wer erfand die Greuelmärchen? Viele gaben bei Gesprächen mit mir, in der örtlichen Presse, im Fernsehen und in Briefen eine eindeutige und auf den ersten Blick erschöpfende Antwort: Rowdys, Extremisten. (Auch Dmitri Jasow gebrauchte dieses letztere Wort in seiner Rundfunkansprache, was die Kuban-„Extremistinnen“, die das Regionspartei-



Schon geht es wieder zurück nach Hause...

komitee vollgeweint hatten, sehr kränkte und mit neuer Bitterkeit und Empörung quittiert wurde.) Demnach gehörten diese Menschen in die Kompetenz der Rechtsschutzorgane? Ist das nicht viel zu einfach? Auf diese Weise könnte unversehens fast die ganze Jugend zu einer „verlorenen Generation“ stilisiert werden. Vielleicht haben wir, gerade wir und niemand anders, uns „die Ansichten des Mädchens entgehen lassen“? Woher sollten auch mir nichts dir nichts Extremisten kommen? Vor lauter Übermut etwa?



„Ich hab dich freigekämpft“

Foto: W. Welengurin

Ich glaube, man muß alle diese Ereignisse als Bestandteil des gesamten Prozesses in unserem Land betrachten. Sieht man von Alkoholmißbrauch und Unkultur einmal ab, waren es seit langem aufgestaute Sorgen und Kränkungen, die aus den Menschen hervorbrachen. Viel richtiger und weitsichtiger wäre es, die Ereignisse eben als ein Aufbrechen vieler Wunden zu betrachten. Offenbar hat die Region, wenn sie in vieler Hinsicht auch besser dasteht als andere, nicht wenig Probleme und Ansprüche. Da wäre die Situation mit dem Kuban-Meer, das Saatflächen überschwemmt. Der sich verschlechternde Zustand der Umwelt. Die mit chemischem Dünger vergiftete Reisernte. Die schlechtere Versorgung mit Lebensmitteln und Industriewaren. Die wachsende Kriminalität. Der Zustand der medizinischen Einrichtungen – und noch vieles andere, wie überall. All das erfordert ruhige, ausgewogene und unbedingt öffentliche Entscheidungen, damit kein Vorwand für Kundgebungen geliefert wird, auf denen es schon schwerfällt, an die Vernunft zu appellieren, weil da Emotionen überwiegen und die Massen von ganz anderen, spontanen Gesetzen regiert werden.

Vier Tage für den Weg vom Contra zum Pro

In Krasnodar gelang es der Initiativgruppe von Frauen, Arbeitern, Partei- und Staatsfunktionären, mit gemeinsamen, sehr großen Bemühungen das Spontane zu überwinden. Gerüchte wurden sofort und maßgeblich widerlegt. Transparenz und Offenheit durch live-Sendungen, stetige Information und die Möglichkeit für alle, die es wollten, im Rundfunk zu sprechen, gewährleistet. Vor den Kundgebungsteilnehmern sprachen immer wieder verantwortliche Funktionäre des Regions- und des Stadtpartei Komitees sowie des Exekutivkomitees

tees des Regionssowjets. Sie unterstützten voll und ganz die Forderung der Frauen nach der Rückführung der Reservisten. Das tat auch der 1. Sekretär des Regionskomitees der KPdSU Iwan Poloskow, der am Abend des ersten Tages aus Armawir zurückkam und sich sofort in die Arbeit einschaltete. Diese Funktionäre informierten – in Anwesenheit und unter Mitwirkung des „Frauenstabs“ – die Kundgebungsteilnehmer über die andauernden Verhandlungen mit führenden Politikern Rußlands Worotnikow und Wlassow, dem Minister Jasow, dem Generalstabschef Moissejew und dem Chef des Nordkaukasischen Militärbezirks Schustko. Nicht alle unter diesen Politikern brachten gleiches Verständnis auf, aber die Beharrlichkeit und Überzeugungskraft der Argumente wirkten. Schon am ersten Tag, dem 18. Januar, wurde die Einberufung suspendiert und am Morgen des 19. Januar der Beschluß gefaßt, die Einwohner der Region nach Hause zu schicken. Am gleichen Abend landeten die ersten Flugzeuge im Kuban-Gebiet.

Übrigens waren viele Rückkehrer mit der Einmischung der Frauen nicht einverstanden. Sie meinten, daß man dem Unglück, das die Republiken Transkaukasiens betroffen hat, nicht teilnahmslos zusehen darf, daß dort ihre Hilfe gebraucht wird. Als ein General, der eine Abteilung der Reservisten vom Kuban zurückschickte, fragte, wer freiwillig bleiben wolle, meldeten sich zwei Drittel der Männer. Ein weiterer Beweis dafür, daß es auch andere Entscheidungen hätte geben können.

Die raschen Ergebnisse wären unmöglich gewesen, wenn das Regionspartei Komitee geschwankt und gezögert, wenn es die kategorischen Forderungen der Menschen nicht unterstützt oder sie Moskau nicht zur Kenntnis gebracht hätte. Aber selbst die Früchte der zwei ersten angespannten Tage beruhigten die brodelnden Leidenschaften nicht: Ihr lügt, wir glauben euch nicht, wir

gehen hier nicht weg, bis alle zurück sind! Eine furchtbare Gewohnheit, mit Leichtigkeit an Schlechtes und nur schwer an Gutes zu glauben. Man muß aber bedenken: Das Volk wurde so lange und so flammend belogen, daß es diese Ungläubigkeit schon im Blut hat. Aber anders als die Gerüchte bestätigten sich die Worte und Versprechen immer, zusehends wandelte sich die Stimmung: Aus Entfremdung und Mißtrauen wurde eine tiefe, aufrichtige Erkenntlichkeit. In ihrem Brief an das örtliche Fernsehen gesteht die Fernsehzuschauerin Tschistjakowa ein: „Früher habe ich die Namen unserer führenden Funktionäre aus den Wahlzetteln gestrichen, jetzt werde ich für sie stimmen.“

Die Kundgebung war eine eindringliche Lehre für alle. Sie zeigte, daß Demokratie nur auf dem Boden der Kultur (an der es uns fehlt), nur auf dem Boden des Respekts vor dem Menschen sprießt. Viele spürten, daß die Kundgebung nahe daran war, das vernünftige Maß zu überschreiten, dann war nichts Gutes zu erwarten, mit Emotionen allein, und seien sie noch so stark, ist nichts auszurichten. Andererseits sahen die Menschen ihre regionale Führung in einer wirklich kritischen Situation handeln, alle haben sich davon überzeugt, welche Kräfte was wollen und was sie wert sind. Die Parteifunktionäre wissen jetzt besser, wie wichtig es ist, mit dem Volk zu sein und es nicht bis zum Äußersten zu treiben, wie wenig sie die Menschen kennen und wie oberflächlich ihre „Massenarbeit“ war, was für ein starkes potentielles Aktiv die Parteiorganisation und die Sowjets der Region haben. Eine extreme Situation bringt oft ganz andere Menschen hervor, die nicht zum „eingepflanzten Aktiv“ gehörten. Um aber solche extremen Situationen nach Möglichkeit ganz zu vermeiden, hat das Regionspartei Komitee eine Gruppe zur Analyse der politischen Lage und der öffentlichen Meinung in der Region gebildet.

Iwan Poloskow schien durchaus aufrichtig, als er mir sagte: „Ich werde immer mehr in dem Gedanken bestärkt, daß die Partei Komitees keine Niederlage erleiden werden und daß es zu keiner merklichen Trennung zwischen ihnen und den Werktätigen kommt, wenn folgende Bedingung erfüllt wird: Der Parteiapparat muß mit den Menschen, an ihrer Seite sein, ihre Stimmungen kennen und akute Fragen lösen helfen, nach Möglichkeit schon im voraus. Wenn wir immer offen und öffentlich handeln, den Kummer unserer Menschen wie unseren eigenen empfinden und ihnen ständig helfen, ihre Sorgen zu überwinden, wird es keine Konfrontation geben. Ich bin sicher, das ist die Hauptstraße der Perestroika in der KPdSU.“

Gut gesagt. Besonders wenn diese Worte nicht durch die außerordentlichen Umstände, sondern durch die Überzeugung diktiert sind.

KRASNODAR – MOSKAU

Ich schäme mich



Tatjana
Iwanowa

Diejenigen, die mit Pogromen drohen, untergraben das Ansehen unseres Staates. Vielleicht ist es endlich so weit, daß wir unsere eigenen Gesetze verwirklichen?

Diese Frau hatte gegen den Faschismus in Spanien gekämpft. Die Welt kennt sie, kennt auch ihren Mann, einen großen Wissenschaftler. Sie besuchen oft die verschiedensten Länder. Schon lange hätten sie irgendwo bleiben können. Doch hier ist ihre Heimat, hier werden sie beide gebraucht. „Komfort, Wohlstand und Geld – all das war uns stets gleichgültig“, sagte sie mir. „Bei uns zu Hause aber haben wir das, was wir sonst nirgends finden. Hier ist es wirklich interessant. Besonders jetzt... Und in keinem anderen Land kann man sich so mit seinen Freunden aussprechen – bis zum Morgengrauen... Und das Gefühl, daß gerade du den Menschen helfen kannst und folglich das Leben einen Sinn hat – das empfinden wir, empfinden wir in Rußland, das läßt sich nicht auf einen anderen Boden verpflanzen...“

Diese Frau trat in einer Tagungspause des berühmten Plenums des RSFSR-Schriftstellerverbandes an die Dichterin Tatjana Gluschkowa, die dort eine Rede gehalten hatte, heran. Mir wurde das so berichtet: „Wissen Sie, eine sehr interessante junge Dame... In voller Besonnenheit, wenn Sie eine Rede halten. Sie haben das natürlich nicht bemerkt, doch in der Erregung klangen Ihre Worte gar nicht gut. Es hörte sich so an, als würden Sie zu Pogromen aufrufen...“ Was antwortete da die intelligente junge Dame der alten Frau? Sie kreischte auf einmal los, setzt meine Gesprächspartnerin ihre Erzählung fort. „Verstehen Sie, wir standen im Foyer, rund um uns herum machten sich die Menschen fein. Ich begann ganz leise mit ihr zu sprechen... Und da kreischt sie auf einmal los, damit es auch alle hören: „Das sind nicht wir, die zu Pogromen aufrufen, das seid ihr! Laßt uns endlich mit euren Gemeinheiten in Ruhe! Weg mit euch nach Israel!““

Mein Gott, sage ich, mein Gott, hat sie das wirklich so zu Ihnen gesagt? Laut, Ihnen direkt ins Gesicht... „Warum hat Ihnen das so die Stimmung verdorben?“, eilt mir meine Gesprächspartnerin zu Hilfe. „Empfinden Sie so mit mir mit? Ich versichere Ihnen, ich war nicht einmal

gekränkt. Ehrenwort. Ich begriff, daß diese arme Frau einfach nicht alle beisammen hat. Sie weiß nicht, was sie sagt. Und leider konnte ich ihr nichts erklären, sie wollte mir nicht zuhören, sie kreischte nur...“

Jetzt wandte meine unermüdete Gesprächspartnerin ihr Interesse eben jener Sitzung der Schriftstellervereinigung „April“ zu, wo „Pamjatj“ wieder einmal die Sau losließ. Wieder mußte sie sich diverses anhören, über sich ergehen lassen.

Ich möchte sie die ganze Zeit um Vergebung bitten. Und das tue ich. Sie läßt nicht zu, daß ich mich in meinem Wortsalat verhaspelt, kommt mir zur Hilfe: „Ja, man braucht mir nicht gut zuzureden. Ich wandle schon länger auf Erden. Natürlich sind das keine Russen... Schwein bleibt eben Schwein, ganz gleich welcher Nationalität. Und vergeude deine großen Worte nicht für mich. Natürlich ist das nicht Rußland... Ich kenne meine Heimat nicht nur besser als diese faschistoiden Schläger, sondern auch – und jetzt seien Sie bitte nicht böse – besser als Sie.“

Ja, dem ist so. Allein schon deshalb, weil sie ihr ganzes Leben eng mit Andrej Sacharow befreundet war. Ich las dieser Tage irgendwo, daß es zwei Rußlands gibt – das von Sacharow, Tichonow, Jemeljanow, Sulakschin, Sobtschak und vieler anderer. Das andere Rußland aber... Ja, das ist das andere Rußland. So war es auch früher. Das Rußland von Puschkin, Tschekow, Tolstoi und Herzen sowie das Rußland von Bulgarin und Purischkewitsch.

Folglich ist auch Pamjatj mit seinen Losungen Rußland, nur ein anderes? Mir gefällt diese Meinung nicht. Viel angenehmer ist es, von einer alten Freundin zu hören, daß „Pamjatj“ mit den Russen, mit Rußland nichts gemein hat...

Doch hier gefällt mir so einiges nicht. Die Freundin will mich wohl trösten. Wie mich polnische Freunde trösteten, damit ich mich wegen Katyn, wegen des blutig niedergeschlagenen polnischen Aufstandes nicht schuldig fühle. Wie mich tschechische Freunde nach dem August 1968 trösteten. Wie mich Ungarn nach 1956 trösteten... „Wir wissen, daß ihr keine Schuld habt... Wir machen einen Unterschied zwischen dem Volk und der Regierung...“

Wie lange wird sich das eine Rußland noch des anderen schämen und

um Vergebung für fremde Sünden bitten – sozusagen urbi et orbi, vor erniedrigten, gedemütigten Mitbürgern? Vor den Georgiern – für den 9. April. Dann vor den Wolgadeutschen – dafür, daß man sie nicht in ihre Heimat zurückläßt. Dann vor den Balten – dafür, daß Russen gegen die gesetzliche Verankerung der baltischen Sprachen als Staatssprachen streiken. Dann vor den Udmurten – dafür, daß man ihre Hauptstadt umbenannt hat...

Dann vor Freunden, Kollegen, Nachbarn, Lehrern, die deinen Sohn unterrichten, vor den Ärzten, die dich behandeln, vor Menschen, mit denen ihr wie eure Vorfahren alles gemein hattet, alles, schon seit Jahrhunderten, gemeinsam durchgemacht habt...

Ja, es gibt ein Rußland, das sich schämt, das von seinem Gewissen geplagt wird. Doch es gibt auch ein Rußland ohne Gewissen.

Mir fällt auf – ich hoffe, daß ich da nicht allein stehe –, daß sich das Rußland ohne Gewissen wieder am Vorabend der Wahlen regt. Es findet im Wahlkampf zueinander, entwickelt Aktivitäten, führt Massenveranstaltungen durch, versucht auf Wahlkreisversammlungen demokratische Kandidaten zu verleumden, um unsere so mühsam entstehende Demokratie anzuprangern, um die Menschen nach Möglichkeit von ihr abzubringen. Unsere Demokratie ist noch sehr jung, schwach, mangelhaft. Und sie tun alles, um möglichst vielen Menschen weiszumachen, ihre Probleme rührten nicht daher, daß die Demokratie so schwach ist, sondern von der Demokratie als solcher. Antisemitismus und Pogromdrohungen sind eine Schande für die Gesellschaft. Die (um es nicht noch deutlicher zu sagen) Nachsicht der Behörden, von Miliz und Justiz schadet dem Ansehen unseres Staates, dem Ruf der Regierung. Ist denn nicht eben dies beabsichtigt – so Gorbatschow und die Perestroika zu kompromittieren? Als ob er an allem schuld sei: Er hat ja die Demokratisierung eingeleitet und folglich habe er den moralischen Niedergang zu verantworten...

Sie brauchen ein Imperium! Damit dort niemand aufmucken kann. Damit souveräne Staaten, die diesem Reich angehören, nach wie vor als nationale Peripherie abqualifiziert werden können. Damit sich jeder Dreck gegenüber jedem „Fremden“ als der große Bruder aufspielen kann.

Wird diese Schande für Rußland irgendwann ein Ende nehmen?!

Warum sich ein ökologisch sauberes Leben für die Schweden lohnt



Vorteile für Musterschüler, Bußgelder für Sitzenbleiber

Der Apparat grunzte zufrieden, als er Bier- und andere Dosen verschlang, dachte ein paar Sekunden nach und spuckte zum Beweis seiner Dankbarkeit einen Bon über mehrere Kronen aus

Dieses für schwedische Lebensmittelgeschäfte typische Bild wiederholt sich jeden Tag mehrere tausend Mal und ruft schon keine besonderen Emotionen mehr hervor. Die Schweden haben sich angewöhnt, ihr Geld zu zählen, und neigen in den letzten Jahren immer weniger dazu, die Natur mit ihren Abfällen zu verunreinigen. Der Umweltschutz hat den Bereich der pathetischen Appelle verlassen und hält seinen Einzug in die auch im übertragenen Sinne reine Ökonomie. Heute muß man für 8 von 10 in Schweden verkaufte Aluminiumdosen Pfand bezahlen, das heißt, man gibt sie ohnehin zurück. Jährlich werden 600 Millionen davon eingeschmolzen, wobei die Bevölkerung in Schweden knapp über 8 Millionen Menschen zählt.

Zuerst werden die leeren Büchsen von solchen Automaten zu handlichen Briquets gepreßt und dann nach Finspang transportiert, wo Magneten aus der Aluminiummasse Blechdosen bundesdeutscher oder finnischer Produktion aussondern. Schließlich landen sie im Schmelzofen, die sie als 4 Tonnen schwere Barren wieder verlassen, die dann an schwedische oder ausländische Kunden verkauft werden. Dieser kann man sich kaum erwehren, denn die Herstellung einer neuen Dose aus Aluminiumschrott kostet

nur 4 Prozent dessen, was dieselbe Dose aus neuem Aluminium kosten würde.

„Ob der Betrieb Profit abwirft?“ Direktor Orjan Cleveson ist über meine Frage baß erstaunt.

„Natürlich tut er das, sonst hätte diese Arbeit wohl kaum einen Sinn.“

Die tatsächlichen Einnahmen sind zwar Firmengeheimnis, müssen aber recht solide sein, denn sie erlauben, den Mitarbeitern hohe Löhne und Vergünstigungen zu zahlen.

Allerdings geht es auch nicht ohne unangenehme Überraschungen ab: Emissionsmessungen haben im letzten Jahr einen unerwartet hohen Anteil an giftigen Chlorverbindungen und Dioxin in der Atmosphäre ergeben. Flink verschaffte man sich Klarheit darüber, daß der Grund dafür in der Lackschicht auf und in Zuckerrückständen in den Dosen zu finden ist. Also mußte man die Abgabe bei einer Temperatur von 850 Grad zusätzlich verbrennen. Die Verschmutzung ging auf ein Zehntel zurück und ist jetzt minimal.

Gefährliches Thermometer

Jedes Jahr ergeben allein die Haushaltsabfälle in Schweden einen 2,5 Millionen Tonnen schweren Berg. Davon lasten 300 Kilogramm auf jedem einzelnen. Die Industrieabfälle sind mit 4,5 Millionen Tonnen noch gewaltiger. Inzwischen sind für alle Haushaltsabfälle und, unabhängig von ihren Verursachern, auch für die gefährlichen Abfallstoffe die Gemeinden verantwortlich. An gefährlichen Industrieabfällen werden 0,5 Millionen Tonnen gesammelt, aber ein Fünftel davon wandert heimlich immer noch auf gewöhnliche Deponien, weil es für Unternehmen und die Bevölkerung immer noch leichter und billiger ist, sich ihrer ohne kommunale Dienstleistungen zu entledigen. Auf jeden Fall wachsen die Abfallberge und bringen bergeweise Probleme mit sich. Der Regierung steht noch bevor, ein Programm für die Befreiung ihres Landes aus der Müllknechtschaft vorzulegen, welches eine Antwort auf die wichtigsten Fragen enthalten müßte: Wie läßt sich eine Wiederverwendung von Rohstoffen fördern? Wie läßt sich die Industrie zu einem Übergang auf Recycling-Technologie bewegen? Wie veranlaßt man den Kunden, Waren zu kaufen, die nur mit geringer Umweltbelastung hergestellt werden?



Noch wachsen die Müllberge. Nach einer Spezialbehandlung werden auf ihnen Städte wachsen

Die Antwort auf die ersten beiden Fragen findet man hier in Steuervorteilen für „Musterschüler“ und Bußgeldern für „Sitzbleiber“. Die dritte Frage ist schon schwieriger zu lösen. In den letzten Jahrzehnten wurde der Bevölkerung eine Wegwerfmentalität anezogen. Jetzt muß man den Leuten schmackhaft machen, daß sie ihren Müll sortieren und zur Sammelstelle bringen. In den Gemeinden funktioniert das ganz unterschiedlich, obwohl mancherorts schon bis zu 20 Prozent der Haushaltsabfälle sortiert und der Wiederverwendung zugeführt werden. Durchschnittlich gibt jede Familie im Jahr fast 90 Kilogramm Altpapier und bis zu 10 Kilogramm Flaschen und Gläser, für die kein Pfand bezahlt wurde, ab. Für die meisten Flaschen wird inzwischen jedoch Pfand bezahlt. Das Umweltbewußtsein ist hier nicht mit besonderen Anstrengungen verbunden. Alle zwei Wochen sammelt ein Lastwagen vor die Tür gestellte Altpapiersäcke ein, und an belebten Straßenkreuzungen leuchten Plastikcontainer für Altglas auf. Obwohl dieser Service von den Kommunalbehörden übernommen wird, bringt er keine Zusatzkosten mit sich, weil fast alles von Privatfirmen erledigt wird, die an der Weiterverarbeitung von Sekundärrohstoffen verdienen und an Staat und Gemeinden Steuern entrichten.

Engagierte Umweltschützer informieren die Bevölkerung gründlich über Vor- und Nachteile bestimmter Waren sowie Verdienste und Umweltsünden gewisser Firmen. Im April letzten Jahres hat jede Familie eine besondere Broschüre und eine Tonbandkassette erhalten, die sie über die Raffinessen des ökologischen Gleichgewichts aufklärt. Das Vorwort hat der König von Schweden unterschrieben. Unter diesem Einfluß kaufen die Verbraucher gerne ungebleichtes Klopapier, das ohne schädliche Chlorverbindungen hergestellt wird. Auch in den Geschäften greift man lieber zu naturverträglichen und mit der Zeit von selbst zerfallenden Verpackungsmaterialien. Entscheidend ist jedoch, daß sich die Mentalität verändert. Dieser passen sich auch die Produzenten an, die dem neuen Geschmack gerecht werden und zugleich



Der Batterie-Kapitalist
Erik Wiggh



Werbung für ihre Erzeugnisse machen wollen.

Diktiergeräte, Kameras und einige Kinderspielsachen brauchen Batterien, von denen die meisten Quecksilber oder Kadmium enthalten. In Radio- und Elektrogeschäften werden gebrauchte Batterien angenommen. Die Kunden werden aufgefordert, sie abzugeben und die normalen Mülldeponien nicht mit Schwermetallen zu vergiften. Bislang gab es jedoch nur wenige, die diese gefährlichen Sekundärrohstoffe lagern und weiterverarbeiten wollten. Man mußte erst „Sakab“ gründen, eine Firma, die sich ausschließlich mit Giftmüll beschäftigt. Die Firma sortiert die Batterien nach Typen und lagert sie in besonderen Fässern für bessere Zeiten. Es sieht so aus, als würden diese besseren Zeiten jetzt anbrechen: Die angesammelten 400 Tonnen fanden in „MRT-System AB“ in Karlskrona einen Abnehmer.

„Es ist angenehm, damit Geld zu verdienen“, gesteht Direktor Hans Kulander. Man kann ihn verstehen, denn nach einem schweren technischen und finanziellen Kampf um die Verwirklichung der von ihm erworbenen Patente für die Gewinnung von Quecksilber aus Batterien und Tageslichtlampen stellt sich jetzt

endlich der erste materielle Gewinn ein. Außerdem ist es eine die Umwelt nicht verschmutzende, sondern säubernde Produktion, die sich hier auszahlt. Die von „MRT“ produzierten Destillatoren werden bereits in die BRD, die Niederlande, nach England, Finnland, die USA, die UdSSR und nach Thailand ausgeführt.

„Gegenwärtig haben wir keine Konkurrenten“, kommentiert Kulander bescheiden den internationalen Erfolg seiner Firma, die mit der Erschließung des schwedischen Marktes angefangen hat.

„MRT“ ist nicht dem schnellen Vorteil nachgejagt, sondern hat die erwirtschafteten Mittel in die Ausweitung ihrer Produktion investiert. Ihr war daran gelegen, ihre wertvolle umweltschützende Arbeitsweise ökonomisch abzusichern und weiter zu erschließen. Heute, da die ersten Ergebnisse vorliegen, beginnt die Ernte, die auf dem Wunsch der Öffentlichkeit beruht, sich unbedingt ihrer Batterienberges zu entledigen, und die bereit ist, dafür zu zahlen. Neue Quellen von Abfällen und Einnahmen werden bereits anvisiert: Von Zahnärzten benutztes Amalgam und gewöhnliche Fieberthermometer, die bisher nicht aufbereitet worden sind und allein im letzten Jahr die schwedischen Mülldeponien um mehr als eine Tonne Quecksilber angereichert haben.

Konkurrenz zur Mafia

Die Gewinnung von verwertbaren Stoffen aus Müllhalden bedeutet, aus Kehrrecht Geld zu machen. In Einzelfällen sind das ansehnliche Summen. Die in Surte ansässige Firma „Emissionsteknik“ baut in Zusammenarbeit mit der

Gemeinde eine Fabrik für Katalysatoren. Ein scheinbar normaler Vorgang, zumal ab 1989 alle Neuwagen in Schweden mit diesem Gerät zur Abgasreinigung ausgestattet sein müssen. Diesem Projekt liegt jedoch die Idee zugrunde, ausgedienten Katalysatoren die in ihnen enthaltenen Edelmetalle der Platingruppe zu entziehen. Das sind insgesamt nur 3 Gramm pro Stück, es ist jedoch geplant, 250 000 pro Jahr zu verwerten. Wenn man berücksichtigt, daß der Börsenpreis für 1 Kilogramm Platin inzwischen um die 18 000 Dollar schwankt, liegt der Weltmarktpreis für das wiedergewonnene Metall bei 13,5 Millionen Dollar. In den USA, wo Katalysatoren inzwischen ebenfalls obligatorisch sind, hat sich schlicht und ergreifend die Mafia dieses Geschäfts angenommen.

Natürlich haben die Schweden sich beeilt, die Angelegenheit in gesetzliche Bahnen zu lenken, um keine amerikanischen Sitten einreißen zu lassen. Man will einen Bruttopreis für Katalysatoren einführen, und die Inzahlungnahme für ausgediente Geräte durch Reparaturwerkstätten läuft an. Das strategisch wichtige Platin findet weite Anwendung in der Elektronik und in der Rüstungsindustrie. 90 Prozent seiner Förderung monopolisiert Südafrika. Den Rest verkaufen die UdSSR und Kanada. Die schwedische Neutralitätspolitik sieht eine maximale Selbstversorgung mit strategischen Waren vor, deshalb beteiligt sich auch die „Staatliche Leitung für Zivilbereitschaft“ an der Finanzierung des Projekts von „Emissionstechnik“.

Da wir schon bei den fahrbaren Untersätzen sind, sollte man auch folgendes sagenhafte, obwohl weitaus bescheidene Beispiel für individuellen Erfindungsgeist nicht unerwähnt lassen. Der Bauer Erik Wiggh, der sein Leben lang auf seiner Scholle geackert hat, ärgerte sich manches Mal über die unverantwortliche Haltung zur Natur bei anderen.

„Wenn man die Straße entlang fährt oder am Waldrand spazieren geht“, grollt er, „findet man überall weggeworfene Traktoren- oder Autobatterien. Dabei enthalten die Blei, das genauso schädlich ist, wie jedes andere Schwermetall. Also habe ich sie gesammelt, ohne mir über ihre weitere Verwendung Gedanken zu machen. Jetzt habe ich 53 Tonnen davon.“

Seine bauerliche Bescheidenheit hinderte den initiativreichen Erik nicht,

auch Nachbarn und Kollegen aus dem Bauernverband für diese Arbeit zu engagieren. Zwar wird der wesentliche Teil aller ausgedienten Batterien unentgeltlich von Tankstellen entgegengenommen, trotzdem gehen jedes Jahr mindestens 400 000 Stück verschütt. Sie waren es, die Bauer Wiggh auf seine Idee brachten. Er verkauft seine alten Batterien an die Recyclingfirma und hat sich für den Erlös bereits einen gebrauchten Trecker und andere landwirtschaftliche Geräte angeschafft. Diese übergab er Neubauern in Estland. Nicht übel, wenn aus giftigen Tonnen derart nützliche Dinge werden.

„Alarm! Zu wenig Müll!“

Firmen für die Verwertung von alten Autos, Kühlschränken, Waschmaschinen oder gußeisernen Wannen schießen wie Pilze aus dem Boden. Alles kann Gewinn abwerfen, weil nämlich die Wiederverwertung nicht nur ungesprengte Erzadern und ungebaute Hochöfen bedeutet, sondern auch Investitionen in die Erhaltung der Natur und ihrer Bodenschätze für kommende Generationen. Außer Metallen gibt es aber noch manches andere auf der Welt. Papier und Glas wurden bereits erwähnt. Wie sieht es mit Plastik aus?

„Die Wiederverwendung von Plastik ist nur noch eine Frage der Zeit“, behauptet Peter Pien, Direktor des Plastikherstellerverbands. „In den USA hat der Boom schon angefangen und dehnt sich jetzt nach Westeuropa aus. In Japan werden mit Plastikabfällen künstliche Korallenriffe für die Fischzucht aufgeschüttet, in Frankreich macht man daraus Stangen für Weinreben und in Österreich Gehäuse für Fernseher. In Schweden haben wir eine absurde Situation: Es gibt zu wenig Plastikmüll. Die Weiterverarbeitung lohnt sich nicht. Unsere Regierung hält nichts von einem Import dieser Abfälle nach Schweden, wie übrigens auch nichts von einem Export. Man meint, daß eine Ausfuhr von Schrott der schwedischen Metallindustrie, die Rohstoffe braucht, schaden würde, und daß eine Einfuhr des uns fehlenden Plastikmülls eine zusätzliche Umweltverschmutzung in Schweden verursachen würde.“

Wenn man so etwas hört, denkt man nur mit Verbitterung daran, daß Schächte und Tagebauanlagen sowjeti-

sche Erde annagen, um unsere Martinsofen zu füttern, während ausgemusterte Schiffe und anderer Schrott aus der UdSSR ins Ausland verkauft werden. In einem norwegischen Fjord liegt ein sowjetischer Zerstörer, der es nicht mehr in seinen spanischen Stahlofen geschafft hat. Vor der dänischen Küste rostet ein sowjetisches Frachtschiff, das auf dem Weg in ein ausländisches Schrottlager abgesunken ist. Jedes Jahr kommt ein Zug aus Finnland, der ausgediente atomare Brennstäbe aus dem AKW „Lovisa“ zur Aufbereitung und Endlagerung in die UdSSR bringt.

In Schweden ist der Gewinn aus der Weiterverarbeitung von Plastik zur Zeit noch nicht hoch, aber der Enthusiasmus der Bevölkerung ist schon nicht mehr zu bremsen. Auf der Insel Gotland, einem schwedischen Ferienparadies, wurde ein profitfreies Recycling von Plastikverpackungen für gekühlte Getränke angekurbelt. Der Jugendverband der Zentrumsparterie sammelt unentgeltlich Haushaltsabfälle aus Plastik. Bei den Müllsammelstellen in den Gemeinden warten besondere Container für Plastikabfälle. Gleichzeitig konkurrieren zukünftige Weiterverarbeiter um die Herstellung einer rentablen Technologie. Zweifellos wird einer von ihnen eine Methode finden, wie man aus Plasteknete macht, die Gemeinde oder den Staat für seine Idee begeistern und von ihnen den finanziellen oder Steuersegen erhalten. Die Preise für Plastik steigen, die Einsätze für das Recycling-Roulett auch.

Die Wirtschaft hat den Kampf um eine saubere Umwelt aufgenommen, nicht aus moralischen, sondern aus ökonomischen Erwägungen. Seit alters sind es wirtschaftliche Interessen, die den Fortschritt auf die Beine bringen. Sicherlich laufen noch viele Konzerne in Schweden Sturm gegen Erfordernisse des Umweltschutzes. Man vergleicht sie inzwischen mit Dinosauriern: Wenn sie denn zum Aussterben verurteilt sind, dann ist einer der Gründe dafür bestimmt in ihrer Abneigung gegen Abfallkosten zu suchen.

Alexander Poljuchow

NZ-Korrespondent
STOCKHOLM

Fotos: „Dagens Nyheter“ (Schweden)

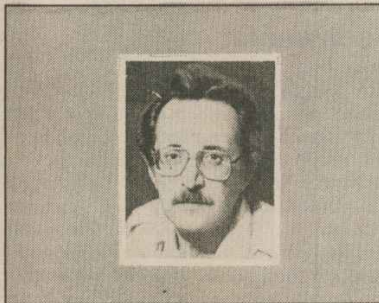
Für den Ruhm der Schriftsteller sorgen die Kritiker. Journalisten besorgen das selbst. Über sie zu schreiben ist nicht üblich, und selbst Bücher, die aus ihren Zeitungsartikeln zusammengestellt sind, werden nur selten bemerkt.

Es gab keine einzige Rezension zu einem Buch, das möglicherweise die bedeutendste publizistische Arbeit des letzten Jahres darstellt. Ich meine das Buch „Kindergeheimnis“ von Ninel Loginowa, das 1989 im Pädagogik-Verlag in Moskau erschienen ist. Die Autorin ist Kommentatorin der „Literaturnaja Gaseta“.

Ist dieses Schweigen ein Zufall? Ist es auf unsere übliche Schlamperei und Mißachtung von Begabungen zurückzuführen, die in der Kindererziehung besonders empörend sind? Oder steckt ein Zeichen der Zeit, der Verlust öffentlichen Interesses an der Schule dahinter? Im vergangenen Jahr konnte man erst zu nehmende Artikel über die Schule in unserer zentralen Presse mit einer Hand aufzählen. In ihnen wurde allenfalls mit dem Rechenstift nachgezählt, wieviel Geld in anderen Ländern und wieviel bei uns für die Schulbildung ausgegeben wird. Gedanken über Schule weisen gewöhnlich nicht über diesen deprimierenden Vergleich hinaus.

„Kindergeheimnis“ handelt nicht von Problemen, nicht vom Geld. Es ist ein Buch zutiefst unwestlichen Zuschnitts. Die zeitgenössische Publizistik im Westen ist bissig, greift nach Möglichkeit neue Fragen auf, ist Recherche, Enthüllung, ist Verurteilung. Das West-Buch argumentiert gewöhnlich im Sinne der Anklage. Ninel Loginowas Buch tut das im Sinne der Verteidigung. Sie verteidigt die Kinder gegen Dummheit, Brutalität und eine Verdrummungspädagogik, die sich den Anschein einer Ausrichtung gibt und in sich Dummheit und Herzlosigkeit vereint. Das Buch der Loginowa spricht brennende Probleme an, enthält hochsensationelle Enthüllungen, unbarmherzige Untersuchungen komplizierter Lebensläufe. Es ist unendlich klug, und dennoch voller Gefühl, genauer gesagt, voll von zwei Gefühlen: Mitleid und Verachtung.

Es ist ein Buch über den Kinderkummer und das Kinderleid in der Familie, im Kinderheim, in der Schule und überall. Die Loginowa schreit nicht und ruft nicht auf. Sie erzählt ihre unendliche Geschichte gleichsam widerwillig. Nachdem sie eine der üblichen Hirnlosigkeiten der Pseudopädagogik dargeboten hat, fragt die Autorin uns: Wie ist das möglich? Wie kann man einen Jungen, der vom Brötchen seines Klassenkameraden abgebissen hat, einen Dieb nennen? Wie kann ein Lehrer in die Arbeit eines unbequemen Schülers Fehler



Die zweite Hälfte des Lebens

hineinschreiben, um sich an ihm zu rächen, um sein Leben kaputtzumachen? „Man versteht das mit dem Kopf, das Herz aber weint“, schreibt Ninel Loginowa. Sie fühlt mit den leidenden Kindern, und für die Erwachsenen, die diese Kindheit mit Füßen treten, empfindet sie an Ekel grenzende Verachtung. Die „Literaturnaja Gaseta“ bringt ihre unbarmherzigen Beiträge dankenswerterweise seit vielen Jahren.

Ich zitiere hier nur eine von vielen in diesem Buch gesammelten Geschichten.

„Verstehen Sie“, sagt Oleg und sieht auf den Boden. „Ich beschreibe Ihnen einen ganz normalen Tag. Ich sitze in meinem Zimmer, mache Schularbeiten und höre, wie sich der Schlüssel im Schloß umdreht. Mein Vater kommt, und sofort zieht sich mir der Magen zusammen. Ich warte ab, was jetzt kommt. Es geht auch gleich los. Er braucht bloß meine Schuhe vor der Tür zu sehen. Seine erste Frage: „Hast du den ganzen Dreck von der Straße mit hochgeschleppt, oder hast du noch was unten gelassen? Komm her, du Idiot, und guck dir mal deine Schuhe an!“ Wenn ich nicht rechtzeitig meinen Recorder ausgeschaltet habe, geht das Gebrüll los: „Mach die Kirmesmusik aus!“ Wenn er nichts zu meckern findet, heißt es: „Zeig mal deine Aufgaben her, du Taugenichts! Bist du der blödeste in deiner Klasse, oder gibst's welche, die noch blöder sind als du?“

Der Fall ist klar. Es ist aber auch interessant, den Vater zu hören. Womit rechtfertigt sich denn Seine Ungnaden?

Der Vater folgt seiner eigenen Logik.

„Sagen Sie selbst“, klagt er, „kann irgend etwas Sie mehr kränken als das eigene Kind? Kann irgend jemand Ihnen einen schmerzhafteren Stich verpassen? Eine Kränkung von Unbeteiligten haben Sie

somit wieder vergessen. Aber die Kinder verletzen uns jeden Tag. Warum werden sie nicht so, wie wir wollen?“

Hier liegt sie, die Wurzel einer der größten Konfrontationen in der Geschichte der Menschheit: Die Kinder kränken ihre Väter allein schon durch ihre Existenz, ihr Sein. Ihr Anderssein. Wenn die Kinder unserem Ideal nicht entsprechen, werden wir Väter nicht nur böse, das könnte man ja noch verstehen, nein, wir fühlen uns persönlich beleidigt. Die ganze Welt gehorcht uns, bloß die Kinder nicht. Diese unsere Machtlosigkeit vor einem schwachen Kind erniedrigt uns bis zur Besinnungslosigkeit. Wir fangen an, unsere eigenen Kinder zu hassen, und ärgern uns nur noch mit ihnen herum.

Man sollte auch darauf hinweisen, daß der Vater in dieser Geschichte Betriebsdirektor ist. „Wissen Sie überhaupt, was das bedeutet, eine Belegschaft von tausend Personen zu führen? Man steht den ganzen Tag über unter Spannung, man glaubt, die Adern zerspringen einem, oder die Augen platzen einem aus den Höhlen. Wenn man nach Hause kommt, will man wenigstens ein positives Feedback haben, aber da sitzt dieser Lümmel rum, dröhnt sich mit Musik voll und macht natürlich keine Hausaufgaben. Manchmal kann ich nächtelang nicht schlafen, grübele, wie ich es anstellen soll, die Fabrik in der Hand zu halten, und da werde ich mit einem einzigen Bürschchen nicht fertig! Manchmal glaub ich, mein ganzes Leben ist für die Katz. Die Fabrik hab ich hochgezogen und den Jungen weggeschubst. Bin nicht mit ihm fertig geworden. Verstehen Sie doch, die Fabrik ist mein halbes Leben. Die zweite Hälfte meines Lebens ist mein Junge.“

Eine Tragödie. Wie viele solcher Tragödien gibt es in der Welt!

Was macht also der unglückliche Vater? Er macht, was viele andere auch tun. Er will den Jungen regieren, wie er seine Fabrik regiert. Regierung und ihre Gesetze funktionieren aber nur da, wo viele Menschen sind. Wo nur einer ist, versagt die Regierung. Dort bedarf es des persönlichen Umgangs, und der hat seine eigenen Gesetze. Die meisten Menschen werden durch ihr Herz darauf gestoßen. Wenn aber das Herz schweigt, wird der Kopf dumm und die Tragödie unvermeidlich. Es heißt, daß Schiffe unbedingt zu steuern sind. Kinder zu steuern ist unmöglich. Mit Kindern kann man nur persönlich umgehen und sie mit dem eigenen Geist zum Besseren bewegen.

Unsere Schule braucht heute intelligente Bücher über Kinder und Lehrer besonders dringend. Die in „Kindergeheimnis“ gesammelten Artikel von Ninel Loginowa haben sie auf den ersten Platz in der sowjetischen Pädagogikliteratur gehoben.

Simon Soloveitschik

Der Weg zum Gotteshaus

Warum er für die Unierten so schwer ist

Am 5. Februar sind 72 Jahre vergangen seit dem Dekret, das die Trennung der Kirche vom Staat verkündete. Einen Tag zuvor hatte im westukrainischen Sambor eine 2000köpfige Menge von Orthodoxen, die nicht mehr auf den Schutz ihrer Interessen durch das Gesetz hofften, den Unierten gewaltsam eine Kirche fortgenommen, die am Vorabend auf Beschluß der örtlichen Behörden an die Katholiken des byzantinischen Ritus übergeben worden war.

Im Konflikt zwischen den Orthodoxen und den Katholiken des byzantinischen Ritus in der Westukraine sind die Emotionen am Siedepunkt. Unzählige Verbalien sind auf beiden Seiten zu vernehmen. Doch das ist noch nicht alles. Die Unierten, die ihrer Kirche einst gehörende Gotteshäuser, die 1946 an die Orthodoxen übergingen, besetzen, wenden nicht selten Gewalt an. Zunächst beschränkten sich die Orthodoxen auf Proteste und Petitionen. Doch diese Zeit ist offenbar vorbei. Und wenn die Tendenz, die durch das Geschehen in Sambor gekennzeichnet ist, eine weitere Entwicklung erfährt, werden die Differenzen zwischen den Kirchen zu einem keineswegs theologischen „Disput“ mit den Fäusten eskalieren. Zumindest im Bistum Ternopol der russisch-orthodoxen Kirche wurde bereits ein Komitee zum Schutz der Orthodoxie, geleitet von Ehrwürden Roman Sliwka, gebildet.

Beim Moskauer Patriarchat meint man, daß die örtlichen Behörden von den gesetz-

lich vorgesehenen Ordnungsmaßnahmen nicht Gebrauch machen, da sie die von den nichtformellen Organisationen angedrohten Streiks und ein Scheitern bei den bevorstehenden Wahlen befürchten. Differenzen bei der Einschätzung der Lage zeichnen sich zwischen Staatsorganen der Union und der Republik ab. Der Rat für Religionsangelegenheiten beim UdSSR-Ministerrat meint, die Besetzungen von Kirchen durch die Unierten seien gesetzwidrig und die Übergabe von Gotteshäusern durch die örtlichen Sowjets und den Rat für Religionsangelegenheiten beim Ministerrat der Ukrainischen SSR erfolge in Verletzung der festgelegten Verfahrensweise. „Die russisch-orthodoxe Kirche“, erklärte der Vorsitzende der Abteilung für kirchliche Außenbeziehungen des Moskauer Patriarchats Erzbischof Kyryll, „verlangt keinerlei Privilegien. Ausgehend von ihren dramatischen historischen Erfahrungen erklärt sie: Alle Privilegien sind nur auf Kosten anderer möglich. Das aber führt letztlich zu Gewalt und Ungerechtigkeit.“

Nach Meinung der Würdenträger des Moskauer Patriarchats sind die interkonfessionellen Probleme in der Westukraine durch Tendenzen nationaler und politischer Art spürbar erschwert. Werden religiöse Aspekte von anderen getrennt, dann werden die orthodoxe und die katholische Kirche selbst ihre Differenzen überwinden können. Übrigens erklärte Michail Gorbatschow bei seiner Begegnung mit Papst Johannes Paul II., die Sowjetregierung werde ein von den Kirchen erzieltes

Abkommen über eine Normalisierung der Beziehungen nicht nur anerkennen, sondern auch bei dessen Verwirklichung helfen.

Bei Verhandlungen Mitte Januar erarbeiteten Vertreter des Vatikan und des Moskauer Patriarchats Empfehlungen, die bereits von Johannes Paul II. und der Höchstpriesterlichen Versammlung der russisch-orthodoxen Kirche gebilligt wurden. Die Seiten erklärten, eine Normalisierung müsse von der Garantie des Rechtes der Katholiken des byzantinischen Ritus auf religiöse Betätigung ausgehen, doch ohne die Rechte und legitimen Interessen der orthodoxen und anderer religiöser Gruppen zu schmälern. „In diesem Zusammenhang“, heißt es in dem Dokument, „ist es überaus wichtig, alle ungesetzlichen Handlungen zu vermeiden, erst recht solche, die von Gewalt begleitet sind. Solche ungesetzlichen Handlungen, die mit dem christlichen Geist unvereinbar sind, müssen verurteilt werden, ja mehr noch, sie sind ein Hindernis für die offizielle Registrierung der Gemeinden der Katholiken des byzantinischen Ritus.“ Zur Lösung der Streitfragen soll ein gemeinsamer Ausschuß aus Vertretern des Heiligen Stuhls, des Moskauer Patriarchats sowie der Orthodoxen und der Katholiken des byzantinischen Ritus aus der Westukraine gebildet werden.

In der Westukraine nimmt allmählich der Einfluß der Ukrainischen apostolischen orthodoxen Kirche zu (s. NZ 48/89). Gegenwärtig hat sie dem Moskauer Patriarchat bereits mehr als 100 Gemeinden „abgehandelt“. Die Höchstpriesterliche Versammlung der russisch-orthodoxen Kirche räumte in einer Reaktion auf die Bestrebungen der ukrainischen und der belorussischen Gläubigen dem ukrainischen und dem belorussischen Exarchat umfassende Selbständigkeit ein. Ihnen wurden die Namen ukrainisch-orthodoxe und belorussisch-orthodoxe Kirche zuerkannt. Sie bilden ihre eigenen Leitungsorgane und ihre eigenen Synoden. So löst die Kirche die „Probleme der Föderalisierung“ schneller als der Staat, von dem sie getrennt ist.

Doch dabei sollte man nicht vergessen, daß der interkonfessionelle Konflikt in vielem durch die geltende Gesetzgebung provoziert ist. Allein der Staat ist Eigentümer der Kirchengebäude und des Kirchenbesitzes. Die Kirchen haben nur ein Nutzungsrecht. Der Staat als Eigentümer kann ihnen jeden Augenblick dieses Recht entziehen. So war es 1946, als die Ukrainische katholische Kirche des byzantinischen Ritus die Leidtragende war. So geschieht es jetzt, da die Orthodoxen nicht nur Gotteshäuser, sondern auch Millionen Rubel, die sie in die Restaurierung steckten, verlieren: Von einer Entschädigung wird weder im einen noch im anderen Fall gesprochen. Offenbar ist die Kirche bei uns auch vom Gesetz getrennt...



Eine Kundgebung der Unierten in Lwow

Foto aus: „France – U.S.S.R Magazine“

Wladimir Rasuwajew

Sonate für ein Solo-Leben

Eben ein solches Leben „vom Nullpunkt“ begann die bekannte sowjetische Violinistin Nina BEILINA Mitte der 70er Jahre in den USA



Ihre musikalische Karriere begann in den 60er Jahren. Der Hauch von Freiheit, den unser Land beim ersten Christuschowschen Tauwetter in sich aufnahm, wirkte sich sogleich auch auf unser plötzlich unerwartet gestiegenes Interesse an der Literatur, der Musik aus. Die Namen der jungen Talente, die wir bei den ersten Tschaikowski-Wettbewerben in solcher Zahl erfuhren, kannten wir wie unsere ersten Kosmonauten fast auswendig: Van Cliburn, John Ogdon, Vladimir Ashkenazy, Natalia Gutman, Nina Beilina...

„Wenn Sterne aufflammten“, sagte uns einst ein bekannter sowjetischer Dichter, „dann heißt dies, daß jemand das braucht.“ Damals, in den 60er Jahren, brauchten wir das tatsächlich. Und der Weg Nina Beilinas in die große Musik bestätigte das. 1961 erhielt sie den ersten Preis beim George-Enesco-Wettbewerb in Bukarest, 1962 wurde sie Preisträgerin des zweiten Tschaikowski-Wettbewerbes in Moskau, 1963 wurde ihr der Grand Prix in Paris beim Marguerite-Long-Jacques-Thibaud-Wettbewerb zuerkannt. Dann folgten unzählige Gastspiele... In Ländern Osteuropas, in der Sowjetunion, in Südamerika. Es hatte den Anschein, das würde immer so sein, und was könnte eine Schülerin von David Oistrach daran hindern?! Ein ganzes Leben lag vor ihr, und ihrer Kreativität schien sich ein nahezu unbegrenztes Betätigungsfeld zu bieten... Ihre Kenntnisse, ihre Fähigkeiten waren beneidenswert: Eine glänzende Ausbildung bei solchen pädagogischen Koryphäen wie Prof. Abraham Yampolsky in Moskau und Prof. Julius Eidlun in Leningrad – und im Ergebnis eine markante, eigenständige Begabung, verstärkt noch durch das männliche Spiel der Debütantin. Ihr persönliches Leben verhielt ebenfalls Glück, ein Glück, das nicht einmal solche „Kleinigkeiten“ wie das Verbot für sie und ihren Mann, den jungen, talentierten Dirigenten Israil Chudnovsky, in Moskau zu arbeiten, sowie andere Unsinnigkeiten, die das Leben eines jeden Künstlers vergiften können, zu trüben vermochten... Sie durften nicht ausreisen – übrigens unterlagen einem solchen inoffiziellen Ausreiseverbot zu jenen Zeiten viel mehr Menschen, als wir annehmen konnten. Das Instrument, um die Widerstandsfähigkeit gefügig zu machen, tat seine Wirkung nicht: Hunderte Musiker verließen unser Land. Wer weiß, ob sie es, wären ihr Mann und ihre Eltern damals noch am Leben gewesen, gewagt hätte, allein mit ihrem kleinen Sohn den Ozean auf der Suche nach einem neuen

Leben zu überqueren?!

Nachdem sie 1976 ausgesteigt war und den Ernst des Lebens erfahren hatte, nachdem sie selbst auf dem Fußboden hatte übernachten müssen, begann sie alles von vorn. Und so erinnert sich daran der Freund ihres verstorbenen Mannes, der Komponist Eduard Lasarew: „Ich mußte mit ansehen, wie viele Musiker unser Land verließen. Ihr Leben dort nahm einen unterschiedlichen Lauf. Doch das, was mit Nina geschah, ist fast einmalig. Sie verzichtete auf eine absolut sichere, nicht schlecht bezahlte Arbeit in einem Orchester, die man ihr angeboten hatte, und verteidigte auch dort, in einem unbekannten Land, ihr Recht, die führende Rolle zu spielen, Solistin zu sein. Und sie behauptete dieses Recht.“ „Ja“, sagt Nina Beilina, „stellen Sie sich vor, wie schwer ich es hatte: Ich mußte mich um den kleinen Emil kümmern, und folglich war ich vor allem Mutter. Alle künstlerischen Pläne mußten dem gegenüber zurücktreten.“ Sie war ihre eigene musikalische Interpretin, ihr eigener Manager – war das nicht zuviel für eine Frau? Nein, das war nicht zuviel, wie das weitere Leben zeigte. Heute kennt man Beilina nicht nur in Amerika. Ihr applaudieren Italiener, Belgier, Brasilianer, Kanadier... Ihr Gastspielrepertoire enthält die Namen vieler Komponisten, doch vor allem Bach. Bachs Musik begleitet ihr ganzes Leben. „In seiner Musik“, erzählt Nina, „sind all meine Träume, meine Erinnerungen aufgehoben, ich spreche mit Bach in seiner Sprache. Für mich ist Bach immer der erste – sowohl in der Musikgeschichte als auch in der Kunst überhaupt.“ Diese Leidenschaft für Bach erlaubte es ihr, einen langjährigen Traum zu verwirklichen – Bach-Festspiele auszurichten. Die Idee war folgende: Bachs Werke so zu Gehör zu bringen, wie sie in seiner Epoche gespielt wurden, auf Musikinstrumenten der Zeit, für die sie einst komponiert wurden – auf dem Clavembalo, der Viola da gamba –, doch auf einer modernen Geige, die für die Akustik heutiger Konzertsäle bestimmt ist.



Gleichgesinnte fanden sich schnell – selbst in einem unbekannten Land. Nina Beilina trat mit ihren Freunden oft an Universitäten auf. Heute sind die Bach-Festspiele ein untrennbarer Bestandteil des geistigen Lebens von New York. Die besten Schüler

vom Mannes College of Music (sie unterrichtet dort die Geige-Klasse) spielen mit Nina Beilina zusammen im Ensemble. „Rußlands Verlust“, so sagte es der führende amerikanische Musikkritiker Harold Schonberg, „ist unser Gewinn.“ Übrigens konnten sich die Besucher ihres ersten Konzerts (das nach langer Unterbrechung in der Heimat im Konzertsaal der Mariä-Verkündigungskirche in Kossino stattfand) selbst davon überzeugen. Darüber hatten wir bereits berichtet – wie auch, daß wir Nina Beilina gebeten hatten, am Festival „Nowoje Wremja“ teilzunehmen. Unsere Bitte wurde erhört. Jetzt fand im Haus der Wissenschaftler in Dubna ihr erstes Konzert im Rahmen unseres Festivals statt. Wir freuen uns sehr über ihren Erfolg, würden es wünschen, daß eine so bedeutende Musikerin ein möglichst großes Publikum hätte. Übrigens stehen wir mit diesem Wunsch nicht allein. Ein Teil der Konzerte, die Nina Beilina in der Sowjetunion gibt, läuft über die Musikalische Gesellschaft der UdSSR. So wird sie am 11. Februar zusammen mit einem anderen Preisträger des Tschaikowski-Wettbewerbs, dem Pianisten Naum Starkman, im Großen Saal des Konservatoriums ein Wohltätigkeitskonzert geben, wo sie neben Werken von Beethoven, Mozart und Frank erstmals „Lacrimosa“ (1989) des Komponisten Lasarew, gewidmet dem Andenken ihres Ehemannes Israil Chudnovsky, darbieten wird. Man schämt sich, eingestehen zu müssen, daß dies ihr Debüt im Konservatorium ist. Früher, vor ihrer Emigration, als berühmte Musikerin, durfte sie nicht in diesem unserem bedeutenden Musentempel auftreten, es sei denn bei einem Wettbewerb... Und doch ändern sich die Zeiten, wenn auch nicht so schnell, wie man das wohl möchte. Das zeigt auch das Gastspiel von Nina Beilina und anderen Vertretern der russischen Kunst aus dem Ausland, das zeigen die beiden Schallplatten, die sie in Moskau und Leningrad machen konnte.

Tatjana Firssowa

Präsentation:

Dr. jur. habil.

Valeri SORJIK

Rosa Luxemburgs wahre Tragödie liegt nicht in den Umständen ihres Todes, sondern wohl darin, daß sie bei all ihrer Bekanntheit unbekannt bleibt. Sie wurde von Feinden ermordet, aber von jenen, die sich ihre Freunde nannten, dem Vergessen preisgegeben. Gerade sie brachten die These von den „Fehlern des Luxemburgianertums“ in Umlauf, die in alle Geschichtsbücher aufgenommen wurde. Äußerlich erwiesen sie ihr jeden Respekt, ehrten ihre Jubiläen, benannten Schiffe und Straßen nach ihr. Aber diese nach Andrej Platonows Art vergegenständlichte Verewigung barg die Gefahr einer Entpersönlichung in sich, die die Individualität völlig auslöschte. Ebenso wie im Kopf des Platonowschen Kopjonkin, für den sie die Dulzinea der Revolution war, verwandelte sich Rosa Luxemburg zu einem Heiligenbild der Bewegung. Einem Heiligenbild, dessen Antlitz unter dem Einfluß von Zeit und Weihrauch nicht wiederzuerkennen ist.

Nur ihr Nimbus als Märtyrerin unterschied sie von den anderen.

Am wichtigsten für uns ist Rosa Luxemburgs publizistisches und ideologisches Erbe. Sie war eine brillante Polemikerin und schonungslose Kritikerin. Vieles in ihrer Hinterlassenschaft ist widersprüchlich, konnte weder von ihren Opponenten noch von ihren Gesinnungsgenossen, darunter von Lenin, der sie tief achtete, akzeptiert werden. Rosa war eine siedende Quelle der Freidenkerei in der kommunistischen Bewegung. Es war ihre tiefste Überzeugung, daß gerade Andersdenken ein Instrument der Wahrheitsfindung sei. Wenn Rosa die Freiheit des Andersdenkens forderte, meinte sie nicht nur Menschen, die innerhalb der kommunistischen Bewegung nicht allem beipflichteten, nicht einmal die aufrichtigen Feinde der Revolution, sondern die in die Millionen gehenden Volksmassen, die in die Revolution einbezogen, aber noch nicht bereit und fähig waren, das sozialistische Programm der Bolschewiki zu akzeptieren. Rosa war überzeugt, daß nur aktive und initiativreiche Volks-

massen eine neue Gesellschaft aufzubauen vermögen.

Jetzt versteht man ohne weiteres, warum ihr Erbe in unserem Land so lange ein „nicht gehobener Schatz“ blieb. Jene, die an der Unterdrückung jedes Gedanken interessiert waren, brauchten diesen Schatz nicht, hielten ihn für gefährlich. Es war einfacher, Rosa zu kanonisieren und ihr Erbe zu vergessen. Genauso wie Lenins Vermächtnis, ihre gesammelten Werke herauszugeben.

Gewisse Dinge muten in Rosas Schriften jetzt naiv an. Indes ließ ihr intellektuelles Temperament nicht zu, daß auch noch die orthodoxesten ihrer Urteile zu einem Dogma erstarrten. Ein Beispiel wäre ihre Auffassung von der nationalen Frage oder von Agrarproblemen. Sehr interessant sind hingegen ihre politischen Anschauungen, ihre Demokratieauffassung. Gerade heute wirken ihre Äußerungen zu diesem Thema höchst aktuell.

Nun bringt uns die Geschichte das Gedankengut der Revolutionärin wieder dar. Heute veröffentlichen wir von Dr. phil. habil. J. Drabkin, Historiker, zum Druck vorbereitete Fragmente aus „Manu-

Politische Gedanken des

20.

Jahrhunderts

skripten über die russische Revolution“, die 1918 in einem Gefängnis entstanden. (Der volle Wortlaut der „Manuskripte“ soll demnächst in der Zeitschrift „Woprossy Istorii“, „Fragen der Geschichte“, erscheinen.) Viele Forscher meinen, Rosa Luxemburg sei ungenügend informiert gewesen, um das Umfeld der Ereignisse in Rußland objektiv zu beurteilen. Aber die politische Intuition zeigte ihr richtig, woher die Gefahr für die Sache der Revolution ausging: Die ganze spätere Entwicklung in der UdSSR bestätigte das ebenfalls. Rosa war und bleibt Anhängerin einer breiten sozialistischen Demokratie bei einer großzügigen und flexiblen Auffassung der Wörter „Sozialismus“ und „Bolschewismus“.

Diktatur und Demokratie

Rosa Luxemburg (1871 – 1919)

Die Befreiung Rußlands war nicht das Werk des Krieges und der militärischen Niederlage des Zarismus, war nicht das Verdienst „deutscher Bajonette in deutschen Fäusten“, wie die „Neue Zeit“ unter der Redaktion Kautskys im Leitartikel versprach, sondern hatte tiefere Wurzeln im eigenen Lande und war innerlich vollkommen reif.

Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß die klugen Köpfe an der Spitze der russischen Revolution, daß Lenin und Trotzki auf ihrem dornenvollen, von Schlingen aller Art umstellten Weg gar manchen entscheidenden Schritt nur unter größten inneren Zweifeln und mit dem heftigsten inneren Widerstreben taten.

Die erste Periode der russischen Revolution, von deren Ausbruch im März bis zum Oktoberumsturz, entspricht in ihrem allgemeinen Verlauf genau dem Entwicklungsschema sowohl der großen englischen wie der Großen Französischen Revolution. Es ist der typische Werdegang jeder ersten großen Generalauseinandersetzung der im Schoße der bürgerlichen Gesellschaft erzeugten revolutionären Kräfte mit den Fesseln der alten Gesellschaft.

Ihre Entfaltung bewegt sich naturgemäß auf aufsteigender Linie:



von gemäßigten Anfängen zu immer größerer Radikalisierung der Ziele und parallel damit von der Koalition der Klassen und Parteien zur Alleinherrschaft der radikalsten Partei.

Eine hervorragende Rolle in der Politik der Bolschewiki spielte die bekannte Auflösung der Konstituierenden Versammlung im Januar 1918. Diese Maßnahme war bestimmend für ihre weitere Position, sie war gewissermaßen der Wendepunkt ihrer Taktik. Es ist eine Tatsache, daß Lenin und Genossen bis zu ihrem Oktobersiege die Einberufung der Konstituierenden Versammlung stürmisch forderten, daß gerade die Verschleppungspolitik der Kerenski-Regierung in dieser Sache einen der Anklagepunkte der Bolschewiki gegen jene Regierung bildete und ihnen zu heftigsten Ausfällen Anlaß gab. Ja, Trotzki sagt in seinem interessanten Schriftchen „Von der Oktober-Revolution bis zum Brester Friedens-Vertrag“, der Oktoberumschwung sei geradezu „eine Rettung für die Konstituante“ gewesen wie für die Revolution überhaupt.

Und nun war nach diesen Ankündigungen der erste Schritt Lenins nach der Oktoberrevolution – die Auseinandertreibung derselben Konstituierenden Versammlung, zu der sie den Eingang bilden sollte.

Nur muß man sich wundern, daß so kluge Leute wie Lenin und Trotzki nicht auf die nächstliegende Schlußfolgerung geraten sind, die sich aus den obigen Tatsachen ergab. Da die Konstituierende Versammlung lange vor dem entscheidenden Wendepunkt, dem Oktoberumschwung, gewählt und in ihrer Zusammensetzung das Bild der überholten Vergangenheit, nicht der neuen Sachlage spiegelte, so ergab sich von selbst der Schluß, daß sie eben die verjäherte, also totgeborene Konstituierende Versammlung kassierten und ungesäumt Nachwahlen zu einer neuen Konstituante ausschrieben! Sie wollten und durften die Geschehnisse der Revolution nicht einer Versammlung anvertrauen, die das gestrige, Kerenski'sche Rußland, die Periode der Schwankungen und der Koalition mit der Bourgeoisie spiegelte. Wohlan, es blieb nur übrig, sofort an ihrer Stelle eine aus dem erneuerten, weitergegangenen Rußland hervorgegangene Versammlung einzuberufen.

Stattdessen schließt Trotzki aus der speziellen Unzulänglichkeit der im Oktober zusammengetretenen Konstituierenden Versammlung auf die Überflüssigkeit jeder Konstituierenden Versammlung, ja, er verallgemeinert sie zu der Untauglichkeit jeder aus den allgemeinen Volkswahlen hervorgegangenen Volksvertretung während der Revolution überhaupt. „Dank dem offenen und unmittelbaren Kampf um die Regierungsgewalt häufen die arbeitenden Massen in kürzester Zeit eine Menge politischer Erfahrung an und steigen in ihrer Entwicklung schnell von einer Stufe auf die andere. Der schwerfällige Mechanismus der demokratischen Institutionen kommt dieser Entwicklung um so weniger nach, je größer das Land und je unvollkommener sein technischer Apparat ist.“

Hier haben wir schon den „Mechanismus der demokratischen Institution überhaupt“. Demgegenüber ist zunächst hervorzuheben, daß in dieser Einschätzung der Vertretungsinstitutionen eine etwas schematische, steife Auffassung zum Ausdruck kommt, der die historische Erfahrung gerade aller revolutionären Epochen nachdrücklich widerspricht.

Gerade die Revolution schafft durch ihre Gluthitze jene dünne, vibrierende, empfängliche politische Luft, in der die Wellen der Volksstimmung, der Pulsschlag des Volkslebens augenblicklich in wunderbarer Weise auf die Vertretungskörperschaften einwirken. Gerade darauf beruhen ja immer die bekannten effektvollen Szenen aus dem Anfangsstadium aller Revolutionen, wo alte reaktionäre oder höchst gemäßigte, unter altem Regime aus beschränktem Wahlrecht gewählte Parlamente plötzlich zu heroischen Wortführern des Umsturzes, zu Stürmern und Drängern werden. Das klassische Beispiel bietet ja das berühmte Lange Parlament in England, das, 1642 gewählt und zusammengetreten, sieben Jahre lang auf dem Posten blieb und in seinem Innern alle Wechselverschiebungen der Volksstimmung, der politischen Reife, der Klassenspaltung, des Fortgangs der Revolution bis zu ihrem Höhepunkt widerspiegelt.

Und hat sich nicht dieselbe wunderbare Wandlung in den Generalstaaten Frankreichs, im Zensusparlament Louis-Philippes, ja in der IV. Russischen Duma wiederholt, die, im Jahre des Heils 1912, unter der starren Herrschaft der Konterrevolution gewählt, im Februar 1917 plötzlich den Johannistrieb des Umsturzes verspürte und zum Ausgangspunkt der Revolution ward?

Das alles zeigt, daß der „schwerfällige Mechanismus der demokratischen Institutionen“ ein kräftiges Korrektiv hat – eben in der lebendigen Bewegung der Masse, in ihrem unausgesetzten Druck. Und je demokratischer die Institution, je lebendiger und kräftiger der Pulsschlag des politischen Lebens der Masse, um so unmittelbarer und genauer die Wirkung – trotz starrer Parteischilder, veralteter Wahllisten etc. Gewiß, jede demokratische Institution hat ihre Schranken und Mängel, was sie wohl mit sämtlichen menschlichen Institutionen teilt. Nur ist das Heilmittel, das Trotzki und Lenin gefunden: die Beseitigung der Demokratie überhaupt, noch schlimmer als das Übel, dem es steuern soll: Es verschüttet nämlich den lebendigen Quell selbst, aus dem heraus alle angeborenen Unzulänglichkeiten der sozialen Institutionen allein korrigiert werden können.

Nehmen wir ein anderes frappantes Beispiel: das von der Sowjetregierung ausgearbeitete Wahlrecht. Es ist nicht ganz klar,

welche praktische Bedeutung diesem Wahlrecht beigemessen ist. Aus der Kritik Trotzki's und Lenins an den demokratischen Institutionen geht hervor, daß sie Volksvertretungen aus allgemeinen Wahlen grundsätzlich ablehnen und sich nur auf die Sowjets stützen wollen. Weshalb dann überhaupt ein allgemeines Wahlrecht ausgearbeitet wurde, ist eigentlich nicht ersichtlich. Es ist uns auch nicht bekannt, daß dieses Wahlrecht irgendwie ins Leben eingeführt worden wäre; von Wahlen zu einer Art Volksvertretung auf seiner Grundlage hat man nichts gehört. Wahrscheinlicher ist die Annahme, daß es nur ein theoretisches Produkt sozusagen vom grünen Tisch aus geblieben ist; aber so, wie es ist, bildet es ein sehr merkwürdiges Produkt der bolschewistischen Diktaturtheorie.

Jedes Wahlrecht wie überhaupt jedes politische Recht ist nicht nach irgendwelchen abstrakten Schemen der „Gerechtigkeit“ und ähnlicher bürgerlich demokratischer Phraseologie zu messen, sondern an den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen, auf die es zugeschnitten ist. Das von der Sowjetregierung ausgearbeitete Wahlrecht ist eben auf die Übergangsperiode von

der bürgerlich-kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaftsform berechnet, auf die Periode der proletarischen Diktatur. Im Sinne der Auslegung, die Lenin-Trotzki von dieser Diktatur vertreten, wird das Wahlrecht nur denjenigen verliehen, die von eigener Arbeit leben, und allen anderen

verweigert.

Nun ist es klar, daß ein solches Wahlrecht nur in einer Gesellschaft Sinn hat, die auch wirtschaftlich in der Lage ist, allen, die arbeiten wollen, ein auskömmliches, kulturwürdiges Leben von eigener Arbeit zu ermöglichen. Trifft das auf das jetzige Rußland zu?

Bei den ungeheueren Schwierigkeiten, mit denen das vom Weltmarkt abgesperrte, von seinen wichtigsten Rohstoffquellen abgeschnürte Sowjetrußland zu ringen hat, bei der allgemeinen furchtbaren Zerrüttung des Wirtschaftslebens, bei dem schroffen Umsturz der Produktionsverhältnisse infolge der Umwälzungen der Eigentumsverhältnisse in der Landwirtschaft wie in der Industrie und im Handel liegt es auf der Hand, daß ungezählte Existenzen ganz plötzlich enturzelt, aus ihrer Bahn herausgeschleudert werden, ohne jede objektive Möglichkeit, in dem wirtschaftlichen Mechanismus irgendeine Anwendung für ihre Arbeitskraft zu finden. Das bezieht sich nicht bloß auf die Kapitalisten- und Grundbesitzerklasse, sondern auch auf die breite Schicht des kleinen Mittelstandes und auf die Arbeiterklasse selbst. Ist es doch Tatsache, daß das Zusammenschrumpfen der Industrie ein massenhaftes Abfluten des städtischen Proletariats aufs platte Land hervorgerufen hat, das in der Landwirtschaft Unterkunft sucht. Unter solchen Umständen ist ein politisches Wahlrecht, das den allgemeinen Arbeitszwang zur wirtschaftlichen Voraussetzung hat, eine ganz unbegreifliche Maßregel. Der Tendenz nach soll es die Ausbeuter allein politisch rechtlos machen.

Und während produktive Arbeitskräfte massenhaft enturzelt werden, sieht sich die Sowjetregierung umgekehrt vielfach gezwungen, die nationale Industrie den früheren kapitalistischen Eigentümern sozusagen in Pacht zu überlassen. Desgleichen sah sich im April 1918 die Sowjetregierung gezwungen, auch mit den bürgerlichen Konsumgenossenschaften einen Kompromiß zu schließen. Ferner hat sich die Benutzung von bürgerlichen Fachleuten als unumgänglich erwiesen. Eine andere Folge derselben Erscheinung ist, daß wachsende Schichten des Proletariats als Rotgardisten etc. vom Staate aus öffentlichen Mitteln erhalten werden. In Wirklichkeit macht es breite und wachsende Schichten des Kleinbürgertums und des Proletariats rechtlos.

Das ist eine Ungereimtheit, die das Wahlrecht als ein utopisches, von der sozialen Wirklichkeit losgelöstes Phantasieprodukt qualifiziert. Und gerade deshalb ist es kein ernsthaftes Werkzeug der proletarischen Diktatur. Es ist ein Anachronismus, eine Vorwegnahme der rechtlichen Lage, die auf einer schon fertigen sozialistischen Wirtschaftsbasis am Platze ist, nicht in der Übergangsperiode der proletarischen Diktatur.

Als der ganze Mittelstand, die bürgerliche und kleinbürgerliche Intelligenz nach der Oktoberrevolution die Sowjetregierung mona-

Jedes dauernde Regiment des Belagerungszustandes führt unweigerlich zur Willkür, und jede Willkür wirkt depravierend auf die Gesellschaft

telang boykottierten, den Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverkehr, den Schulbetrieb, den Verwaltungsapparat lahmlegten und sich auf diese Weise gegen die Arbeiterregierung auflehnten, da waren selbstverständlich alle Maßregeln des Druckes gegen sie: durch Entziehung politischer Rechte, wirtschaftlicher Existenzmittel etc., geboten, um den Widerstand mit eiserner Faust zu brechen. Da kam eben die sozialistische Diktatur zum Ausdruck, die vor keinem Machtaufgebot zurückschrecken darf, um bestimmte Maßnahmen im Interesse des Ganzen zu erzwingen oder zu verhindern. Hingegen ein Wahlrecht, das eine allgemeine Entrechtung ganzer breiter Schichten der Gesellschaft ausspricht, das sie politisch außerhalb des Rahmens der Gesellschaft stellt, während es für sie wirtschaftlich innerhalb ihres Rahmens selbst keinen Platz zu schaffen imstande ist, eine Entrechtung nicht als konkrete Maßnahme zu einem konkreten Zweck, sondern als allgemeine Regel von dauernder Wirkung, das ist nicht eine Notwendigkeit der Diktatur, sondern eine lebensunfähige Improvisation.

Doch mit der Konstituieren der Versammlung und dem Wahlrecht ist die Frage nicht erschöpft, es kommt noch die Abschaffung der wichtigsten demokratischen Garantien eines gesunden öffentlichen Lebens und der politischen Aktivität der arbeitenden Massen in Betracht: der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, die für alle Gegner der Sowjetregierung vogelfrei geworden sind. Für diese Eingriffe reicht die obige Argumentation Trotzki über die Schwerfälligkeit der demokratischen Wahlkörper nicht entfernt aus. Hingegen ist es eine offenkundige, unbestreitbare Tatsache, daß ohne eine freie, ungehemmte Presse, ohne ungehindertes Vereins- und Versammlungsleben gerade die Herrschaft breiter Volksmassen völlig undenkbar ist.

Lenin sagt: Der bürgerliche Staat sei ein Werkzeug zur Unterdrückung der Arbeiterklasse, der sozialistische – zur Unterdrückung der Bourgeoisie. Es sei bloß gewissermaßen der auf den Kopf gestellte kapitalistische Staat. Diese vereinfachte Auffassung sieht von dem Wesentlichsten ab: Die bürgerliche Klassenherrschaft braucht keine politische Schulung und Erziehung der ganzen Volksmasse, wenigstens nicht über gewisse eng gezogene Grenzen hinaus. Für die proletarische Diktatur ist sie das Lebenselement, die Luft, ohne die sie nicht zu existieren vermag.

„Dank dem offenen und unmittelbaren Kampf um die Regierungsgewalt...“ Hier widerlegt Trotzki sich selbst und seine eigenen Parteifreunde aufs treffendste. Eben weil dies zutrifft, haben sie durch Erdrückung des öffentlichen Lebens die Quelle der politischen Erfahrung und das Steigen der Entwicklung verstopft. Oder aber müßte man annehmen, daß Erfahrung und Entwicklung bis zur Machtergreifung der Bolschewiki nötig war, den höchsten Grad erreicht hatte und von nun an überflüssig wurde. (Rede Lenins: Rußland ist überzeugt für den Sozialismus!!!)

In Wirklichkeit umgekehrt! Gerade die riesigen Aufgaben, an die die Bolschewiki mit Mut und Entschlossenheit herantraten, erforderten die intensivste politische Schulung der Massen und Sammlung der Erfahrung.

Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei – mögen sie noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit. Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden. Nicht wegen des Fanatismus der „Gerechtigkeit“, sondern weil all das Belebende, Heilsame und Reinigende der politischen Freiheit an diesem Wesen hängt und seine Wirkung versagt, wenn die „Freiheit“ zum Privilegium wird.

Die stillschweigende Voraussetzung der Diktaturtheorie im Lenin-Trozkischen Sinn ist, daß die sozialistische Umwälzung eine Sache sei, für die ein fertiges Rezept in der Tasche der Revolutionspartei liege, das dann nur mit Energie verwirklicht zu werden brauche. Dem ist leider – oder je nachdem: zum Glück – nicht so. Weit entfernt, eine Summe fertiger Vor-

schriften zu sein, die man nur anzuwenden hätte, ist die praktische Verwirklichung des Sozialismus als eines wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Systems eine Sache, die völlig im Nebel der Zukunft liegt.

Die Bolschewiki werden selbst mit der Hand auf dem Herzen nicht leugnen wollen, daß sie auf Schritt und Tritt tasten, versuchen, experimentieren, hin- und herprobieren mußten und daß ein gut Teil ihrer Maßnahmen keine Perle darstellte.

Was wir in unserem Programm besitzen, sind nur wenige große Wegweiser, die die Richtung anzeigen, in der die Maßnahmen gesucht werden müssen, dazu vorwiegend negativen Charakters. Wir wissen so ungefähr, was wir zu allererst zu beseitigen haben, um der sozialistischen Wirtschaft die Bahn freizumachen, welcher Art hingegen die tausend konkreten, praktischen großen und kleinen Maßnahmen sind, die auf jedem Schritt zu ergreifen sind, um die sozialistischen Grundsätze in die Wirtschaft, in das Recht, in alle gesellschaftlichen Beziehungen einzuführen, darüber gibt kein sozialistisches Parteiprogramm und kein sozialistisches Lehrbuch Aufschluß. Das ist kein Mangel, sondern gerade der Vorzug des wissenschaftlichen Sozialismus vor dem utopischen: Das sozialistische Gesellschaftssystem soll und kann nur ein geschichtliches Produkt sein, geboren aus der eigenen Schule der Erfahrung, in der Stunde

der Erfüllung, aus dem Werden der lebendigen Geschichte, die genau wie die organische Natur, deren Teil sie letzten Endes ist, die schöne Gepflogenheit hat, zusammen mit einem wirklichen gesellschaftlichen Bedürfnis stets auch die Mittel zu seiner Befriedigung, mit der Aufgabe zugleich die Lösung hervorzubringen.

Ist dem aber so, dann ist es klar, daß der Sozialismus sich seiner Natur nach nicht oktroyieren läßt, durch Ukase einführen. Er hat zur Voraussetzung eine Reihe Gewaltmaßnahmen – gegen Eigentum etc. Das Negative, den Abbau, kann man dekretieren, den Aufbau, das Positive, nicht.

Die ganze Volksmasse muß daran teilnehmen. Sonst wird der Sozialismus vom grünen Tisch eines Dutzends Intellektueller dekretiert, oktroyiert. Öffentliche Kontrolle ist unbedingt notwendig. Sonst bleibt der Austausch der Erfahrungen nur in dem geschlossenen Kreise der Beamten der neuen Regierung. Korruption unvermeidlich. Dagegen sind die drakonischen Terrormaßnahmen machtlos. Im Gegenteil, sie korrumpieren noch mehr. Das einzige Gegengift: Idealismus und soziale **Aktivität** der Massen, unbeschränkte **politische Freiheit**.

Ein Problem für sich von hoher Wichtigkeit in jeder Revolution bildet der Kampf mit dem Lumpenproletariat. Und doch ist auch in dieser Beziehung der Terror ein stumpfes, ja zweischneidiges Schwert. Die drakonischste Feldjustiz ist ohnmächtig gegen Ausbrüche des lumpenproletarischen Unwesens. Ja, jedes dauernde Regiment des Belagerungszustandes führt unweigerlich zur Willkür, und jede Willkür wirkt deprimierend auf die Gesellschaft.

Die Praxis des Sozialismus erfordert eine ganze geistige Umwälzung in den durch Jahrhunderte der bürgerlichen Klassenherrschaft degradierten Massen. Soziale Instinkte anstelle egoistischer; Masseninitiative anstelle der Trägheit; Idealismus, der über alle Leiden hinwegbringt usw. usw. Niemand weiß das besser, schildert das eindringlicher, wiederholt das hartnäckiger als Lenin. Nur vergreift er sich völlig im Mittel. Dekret, diktatorische Gewalt der Fabrikaufer, drakonische Strafen, Schreckensherrschaft, das sind alles Palliative. Der einzige Weg zu dieser Wiedergeburt: die Schule des öffentlichen Lebens selbst, uneingeschränkte breiteste Demokratie, öffentliche **Meinung**. Gerade die Schreckensherrschaft demoralisiert.

Fällt das alles hinweg, was bleibt in Wirklichkeit? Lenin und Trotzki haben anstelle der aus allgemeinen Volkswahlen hervorgegangenen Vertretungskörperschaften die Sowjets als

die einzige wahre Vertretung der arbeitenden Massen hingestellt. Aber mit dem Erdrücken des politischen Lebens im ganzen Lande muß auch das Leben in den Sowjets immer mehr erlahmen. Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein, einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragender Köpfe, und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgebeten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Claqueurwirtschaft – eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker, d. h. Diktatur im rein bürgerlichen Sinne, im Sinne der Jakobinerherrschaft (das Verschieben der Sowjetkongresse von drei Monaten auf sechs Monate!). Ja noch weiter: Solche Zustände müssen eine Verwilderung des öffentlichen Lebens zeitigen: Attentate, Geiselerziehungen etc. Das ist ein übermächtiges objektives Gesetz, dem sich keine Partei zu entziehen vermag.

Der Grundfehler der Lenin-Trozkischen Theorie ist eben der, daß sie die Diktatur, genau wie Kautsky, der Demokratie entgegenstellen. „Diktatur oder Demokratie“ heißt die Fragestellung sowohl bei den Bolschewiki wie bei Kautsky. Dieser entscheidet sich natürlich für die Demokratie, und zwar für die **bürgerliche** Demokratie, da er sie eben als die Alternative der sozialistischen Umwälzung hinstellt. Lenin-Trozkis entscheiden sich umgekehrt für die Diktatur im Gegensatz zur Demokratie und damit für die Diktatur einer Handvoll Personen, d. h. für **bürgerliche** Diktatur. Es sind zwei Gegenpole, beide gleich weit entfernt von der wirklichen sozialistischen Politik.

Das Proletariat soll und muß eben sofort sozialistische Maßnahmen in energischster, unnachgiebigster, rücksichtslosester Weise in Angriff nehmen, also Diktatur ausüben, aber Diktatur der **Klasse**, nicht einer Partei oder einer Clique, Diktatur der Klasse, d. h. in breiter Öffentlichkeit, unter tätiger ungehemmter Teilnahme der Volksmassen, in unbeschränkter Demokratie.

„Als Marxisten sind wir nie Götzendiener der formalen Demokratie gewesen“, schreibt Trotzki. Gewiß, wir sind nie Götzendiener der formalen Demokratie gewesen. Wir sind auch nie Götzendiener des Sozialismus oder des Marxismus gewesen. Trotzki und Lenin sind die lebendige Verneinung dieser Frage. Wir sind nie Götzendiener der formalen Demokratie gewesen, das heißt nur: Wir unterscheiden stets den sozialen Kern von der politischen Form der **bürgerlichen** Demokratie, wir enthüllen stets den herben Kern der sozialen Ungleichheit und Unfreiheit unter der süßen Schale der formalen Gleichheit und Freiheit – nicht um diese zu verwerfen, sondern um die Arbeiterklasse dazu anzustacheln, sich nicht mit der Schale zu begnügen, vielmehr die politische Macht zu erobern, um sie mit neuem sozialen Inhalt zu füllen.

Es ist die historische Aufgabe des Proletariats, wenn es zur Macht gelangt, anstelle der bürgerlichen Demokratie sozialistische Demokratie zu schaffen, nicht jegliche Demokratie abzuschaffen. Sozialistische Demokratie beginnt aber nicht erst im gelobten Lande, wenn der Unterbau der sozialistischen Wirtschaft geschaffen ist, als fertiges Weihnachtsgeschenk für das brave Volk, das inzwischen treu die Handvoll sozialistischer Diktatoren unterstützt hat. Sozialistische Demokratie beginnt zugleich mit dem Abbau der Klassenherrschaft und dem Aufbau des Sozialismus. Sie beginnt mit dem Moment der Machteroberung durch die sozialistische Partei. Sie ist nichts anderes als Diktatur des Proletariats.

Jawohl: Diktatur! Aber diese Diktatur besteht in der Art der

Freiheit nur für die Anhänger
der Regierung ist keine Freiheit.
Freiheit ist immer
Freiheit der Andersdenkenden

Verwendung der Demokratie, nicht in ihrer Abschaffung, in energischen, entschlossenen Eingriffen in die wohlverordneten Rechte und wirtschaftlichen Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft, ohne welche sich die sozialistische Umwälzung nicht verwirklichen läßt. Aber diese Diktatur muß das Werk der **Klasse** und nicht einer kleinen, führenden Minderheit im Namen der Klasse sein, d. h., sie muß auf Schritt und Tritt aus der aktiven Teilnahme der Massen hervorgehen, unter ihrer unmittelbaren Beeinflussung stehen, der Kontrolle der gesamten Öffentlichkeit unterstehen, aus der wachsenden politischen Schulung der Volksmassen hervorgehen.

Genauso würden auch sicher die Bolschewiki vorgehen, wenn sie nicht unter dem furchtbaren Zwang des Weltkrieges, der deutschen Okkupation und aller damit verbundenen abnormen Schwierigkeiten litten.

Ein krasses Argument dazu bildet die so reichliche Anwendung des Terrors durch die Räteregierung, und zwar namentlich in der letzten Periode vor dem Zusammenbruch des deutschen Imperialismus, seit dem Attentat auf den

deutschen Gesandten. Die Binsenwahrheit, daß Revolutionen nicht mit Rosenwasser getauft werden, ist an sich ziemlich dürftig.

Alles, was in Rußland vorgeht, ist begreiflich und eine unvermeidliche Kette von Ursachen und Wirkungen, deren Ausgangspunkte und Schlußsteine: das Ver-

sagen des deutschen Proletariats und die Okkupation Rußlands durch den deutschen Imperialismus. Es hieße von Lenin und Genossen Übermenschliches verlangen, wollte man ihnen auch noch zumuten, unter solchen Umständen die schönste Demokratie, die vorbildlichste Diktatur des Proletariats und eine blühende sozialistische Wirtschaft hervorzuzaubern.

Das Gefährliche beginnt dort, wo sie aus der Not die Tugend machen, ihre von diesen fatalen Bedingungen aufgezwungene Taktik nunmehr theoretisch in allen Stücken fixieren und dem internationalen Proletariat als das Muster der sozialistischen Taktik zur Nachahmung empfehlen wollen. Wie sie sich damit selbst völlig unnötig im Lichte stehen und ihr wirkliches, unbestreitbares historisches Verdienst unter den Scheffel notgedrungen Fehltritte stellen, so erweisen sie dem internationalen Sozialismus, dem zuliebe und um dessentwillen sie gestritten und gelitten, einen schlechten Dienst, wenn sie in seine Rüstkammer als neue Erkenntnisse all die von Not und Zwang in Rußland eingegebenen Schiefheiten eintragen wollen, die letzten Endes nur Ausstrahlungen des Bankrotts des internationalen Sozialismus in diesem Weltkriege waren.

Worauf es ankommt, ist, in der Politik der Bolschewiki das Wesentliche vom Unwesentlichen, den Kern von dem Zufälligen zu unterscheiden. In dieser letzten Periode, in der wir vor entscheidenden Endkämpfen in der ganzen Welt stehen, war und ist das wichtigste Problem des Sozialismus, geradezu die brennende Zeitfrage nicht diese oder jene Detailfrage der Taktik, sondern: die Aktionsfähigkeit des Proletariats, die revolutionäre Tatkraft der Massen, der Wille zur Macht des Sozialismus überhaupt. In dieser Beziehung waren die Lenin und Trotzki mit ihren Freunden die **ersten**, die dem Weltproletariat mit dem Beispiel vorangegangen sind, sie sind bis jetzt immer noch die **einzigsten**, die mit Hutten ausrufen können: Ich hab's gewagt!

Dies ist das Wesentliche und **Bleibende** der Bolschewiki-Politik. Ihnen bleibt das unsterbliche geschichtliche Verdienst, dem internationalen Proletariat vorangegangen zu sein und die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit in der ganzen Welt mächtig vorangetrieben zu haben. In Rußland konnte das Problem nur gestellt werden. Es konnte nicht in Rußland gelöst werden, es kann nur international gelöst werden. Und in diesem Sinne gehört die Zukunft überall dem „Bolschewismus“.



wo sich übrigens auch die Redaktion seiner Zeitung befindet. Danach studierte er an der Literaturhochschule. 1983 begann seine journalistische Karriere gleich mit dem „MK“-Chefsessel.

Pawel Gussew meint, wobei er vielleicht von eigenen Erfahrungen ausgeht, man solle besser als Redaktionsbote in den Journalismus einsteigen...



motion an dieser Hochschule. 1987 schlug er vor, die Struktur der MSHIB zu erweitern, nämlich neben den Fakultäten, an denen Studenten ausgebildet werden, und den Qualifikationskursen eine Fortbildungsmöglichkeit für Spezialisten anderer Fachrichtungen zu schaffen. Gerade zu diesem Zeitpunkt war vielen Betrieben das Recht auf selbständige außenwirtschaftliche Tätigkeit zugestanden worden, und im Land fehlten plötzlich 50 000 bis 80 000 Außenhandelsspezialisten.

So wurde die Idee einer Schule für internationales Business geboren. Organisiert wurde sie als formell unabhängiges staatliches Unternehmen. Gleichzeitig kann man sie als Zweigstelle der MSHIB bezeichnen, denn die Hochschule stellt 90 Prozent der Lehr-

kräfte. Die Sponsoren der Schule sind die Georgische Hochseereederei und die Rigauer Autofabrik.

Die Schule arbeitet in drei Richtungen: kommerzielle Grundausbildung sowjetischer Fachleute (z. B. Juristen und Buchhalter einer Außenhandelsfirma), Ausbildung von Spezialisten ausländischer Firmen, die den sowjetischen Markt erschließen wollen, und Konsultationen zu Fragen des Außenhandels.

Die Ausbildung eines sowjetischen Spezialisten, die drei Monate bis ein Jahr in Anspruch nimmt, kostet das Unternehmen 1000 bis 5000 Rubel je nach Programm. Die Schule verzichtet auf das Wettbewerbsprinzip bei der Immatrikulation, denn sie fühlt sich nicht berechtigt, den Betrieben vorzuschreiben, ob ihre Wahl richtig sei. Dafür erhalten nur diejenigen Hörer ein Diplom der Schule, die den Kursus mit Erfolg absolviert haben.

Zu den populärsten Pressezeugnissen der sowjetischen Hauptstadt gehört die Zeitung „Moskowskij komsomolez“, die im vergangenen Jahr ihr 70jähriges Jubiläum beging.

„Ehrlich gesagt, als ich noch einfacher Moskauer Komsomolez war, habe ich diese Zeitung kein einziges Mal zu Gesicht bekommen“, gab der 40jährige „MK“-Chefredakteur

Pawel Gussew zu, der die Zeitung seit sechs Jahren leitet und die Auflage beträchtlich erhöhen konnte.

„Unser wichtigstes Prinzip besteht darin, eine Zeitung für die Leser und nicht für die Vorgesetzten zu machen“, sagte Gussew. „Jetzt wollen wir unser Blatt, ohne seinen Unterhaltungswert zu beeinträchtigen, politisieren und mehr solchen Problemen zuwenden, mit denen alle Moskauer konfrontiert werden. Außerdem wollen wir mehr über das Wirken von informellen Jugendvereinigungen berichten. Unsere Zeitung bleibt weiterhin das Organ des Stadt- und Gebietskomitees des Komsomol, aber alle Journalisten, das sind etwa 70 Leute, haben das volle Recht, ihren eigenen Standpunkt zu vertreten.“

Der Chefredakteur betrachtet sich nicht als Profi. Nachdem er sein Studium an der Moskauer Hochschule für geologische Prosperierung absolviert hatte, wurde er Sekretär des Komsomolkomitees im Krasnopresnenski-Stadtbezirk von Moskau,

Im Dezember 1989 verliehen die ersten Absolventen die Schule für internationales Business bei der Moskauer Staatlichen Hochschule für Internationale Beziehungen (MSHIB). Ihr 30jähriger Direktor **Andrej Manukowski** ist der Ansicht, das vergangene Jahr sei erfolgreich gewesen. Man hat ein sowjetisch-finnisches Seminar

über außenwirtschaftliche Beziehungen in Leningrad abgehalten, bildete Spezialisten für das UNO-Sekretariat aus und organisierte für die Zollverwaltung des Ministerrates der UdSSR auf Vertragsbasis ein Unionsseminar über die neuen Zollbestimmungen.

Der Absolvent der MSHIB Manukowski unterrichtete nach seiner Pro-

Paris – Kopenhagen – Moskau

Das Kollektiv des Außenministeriums der UdSSR hat **Juri Kaschlew** zum Kandidaten für den Obersten Sowjet der RSFSR für den Wahlbezirk Kirowski von Moskau nominiert. Er ist der einzige Kandidat des Auswärtigen Amtes der Union und der Russischen Föderation.

Das Wiener Treffen der 35 KSZE-Staaten brachte eine beispiellose Erweiterung des Helsinki-Prozesses. Er schließt jetzt Verhandlungen über die konventionellen Rüstungen, militärische vertrauensbildende Maßnahmen und eine 3-Etappen-Konferenz (Paris – Kopenhagen – Moskau) über humane Bedeutung der KSZE und eine Reihe gesellschaftlicher Foren auf den Gebieten Wirtschaft, Kultur, Ökologie und Masseninformation. Zur Koordinierung dieser vielseitigen Tätigkeit wurde im sowjetischen Außenministerium der Posten des Stellvertreters des ersten stellvertretenden Ministers geschaffen, auf den Sonderbotschafter Juri Kaschlew berufen wurde. Er war Leiter der sowjetischen Delegation beim Wiener Treffen.

In der Dienstakte Kaschlews finden sich Vermerke über seine Tätigkeit als Leiter der Informationsabteilung des Außenministeriums, als stellvertretender Vorsitzender der UNESCO-Kommission der UdSSR, als Leiter der Verwaltung für humanitäre und kulturelle Beziehungen. Der Historiker Professor Dr. phil. habil. Kaschlew ist Mitglied des Kollegiums des Außenministeriums der RSFSR, Autor von Büchern und Broschüren über internationale Beziehungen und Massenmedien. Schon viele Jahre lang arbeitet er mit unserer Zeitschrift zusammen.

Seine Wahlkampfplattform stützt sich auf die „drei Wale“: Erhöhung der Rolle der RSFSR bei der Perestroika und der Wahrung der Einheit des Landes bei gleichzeitiger Erneuerung der Föderation; entschlossene allseitige Abrüstung, Konversion und Verwendung der eingesparten Milliarden für die Bedürfnisse des Volkes; Aufbau eines Rechtsstaates, Angleichung der sowjetischen Gesetze und Rechtspraxis an international gültige Normen. Und natürlich spielt hierbei die Sorge um die Einwohner des Kirowski-Stadtbezirks von Moskau eine ganz besondere Rolle, die ihren Abgeordneten nicht nur in Fernsendungen aus Wien, Paris oder Kopenhagen sehen möchten.



Man könnte meinen, **Andris Liepa**, dem Sohn des berühmten Tänzers Maris Liepa, hätte seit seiner Kindheit eine problemlose Zukunft in unserem Land offen gestanden. Gleich nachdem er die Ballettschule absolviert hatte, debütierte er im Bolschoi-Theater im Ballett „Mozart und Salieri“. Er tanzte in „La Bayadere“ und „Giselle“, im „Nußknacker“ und „Don Quichote“... Dann aber, erinnerte sich der 28jährige Andris, habe er gespürt, daß man ihm praktisch jede Möglichkeit genommen hatte, sein Repertoire selbst zu wählen. Die administrativen Fußangeln und das Choreographie-Monopol, das für sowjetische Ballettruppen typisch ist, sagte Andris, hätten ihn dazu gezwungen, 1988 einen Vertrag mit einer ausländischen Firma abzuschließen. Heute tanzt er bei der New-



Yorker Truppe „American Ballet Theatre“.

„Wir sind, gemessen am Ballettmaterial und an den choreographischen Traditionen, das reichste Land. Wir bringen die meisten russischen Tänzer hervor. Gleichzeitig gehen wir aber leichtsinnig und verschwenderisch mit diesem Reichtum um“, meint Andris Liepa.

Der Künstler war nach Leningrad gekommen, um an einem Abend teilzunehmen, der dem 100. Geburtstag des großen russischen Tänzers Vaslav Nijinsky gewidmet war.

Man erörterte u. a. die Möglichkeiten für seine Arbeit am Kirov-Theater. Zu den nächsten Plänen von Andris gehört „Petruschka“ von Strawinski, eine Inszenierung von Oleg Winogradow, dem Chefchoreographen des Leningrader Theaters. Die Premiere findet demnächst in Paris statt.

Volksmusik aus Hawaii und mongolischer Jazz werden den Grundstock des neuen Programms der Gruppe „Pop-Mechanik“ bilden. Die 1981 halblegal entstandene Band gehört heute zu den führenden Ensembles in der sowjetischen Musikszene. Im vorigen Jahr gastierte das avantgardistische Kollektiv mit Erfolg in einigen westeuropäischen Ländern.

Vor der Gründung von „Pop-Mechanik“ spielte der Leiter dieser Gruppe

Sergej Kurechin bei „Aquarium“ zusammen mit Boris Grebenstschikow. Nachdem er eine solide klassische Musikausbildung erhalten hatte, probierte es Kurechin mit einigen Rockgruppen, bevor ihm die Idee kam, ein Musiktheater zu gründen, in dem „die verschiedensten Stilrichtungen, die verschiedene Momente der Wirklichkeit widerspiegeln“, miteinander harmonisieren. „Pop-Mechanik“ mit wechselnder Besetzung, die von der Aufgabe des jeweiligen Konzertes abhängig ist, wurde ein solches Theater.

„Die Schaffung von etwas Neuem in der Kunst, in der Kultur insgesamt, das ist die Reaktion des Menschen auf die Umwelt, ein Versuch zur Überwindung der inneren Unge-
mütlichkeit. Deshalb ist



die Entwicklung von „Pop-Mechanik“ ebenso wenig vorhersagbar, wie man nicht jeden Tag vorhersagen kann“, meinte Kurechin.

Neben seiner „Pop-Mechanik“ arbeitet der 35jährige Komponist noch für den Film. Seine Musik erklang bereits in mehreren Streifen, darunter auch in Fernsehfilmen.

Der 66jährige Schriftsteller **Kurt Vonnegut**, der durch sein Buch „Slaughterhouse-Five“ über die Bombardierung Dresdens bekannt geworden ist, will sich in seinem neuen Werk mit dem Vietnamkrieg befassen.

Der Held des künftigen Buches ist ein amerikanischer Offizier, der mit der Evakuierung aus Saigon in den letzten Tagen des „schmutzigen Krieges“ beauftragt ist. Mit einem Fußtritt wirft er einen ehemaligen vietnamesischen Bundesgenossen aus seinem Hubschrauber und kehrt in die USA zurück, um dort als Lehrer zu arbeiten...

Vonnegut äußerte ebenfalls die Absicht, Mocambique zu besuchen, um auf die tragische Lage in diesem afrikanischen Staat aufmerksam zu machen,



der durch Tausende von Opfern, die durch Hungersnöte und beim Kampf gegen marodierende Banden ums Leben kamen, sehr geschwächt ist. Vonnegut plant, mit dem Hubschrauber ein Flüchtlingslager zu besuchen. Das Problem seiner persönlichen Sicherheit kümmert ihn wenig. „Teufel noch mal, ich lebe in New York!“ lachte er. Vonnegut gab zu, er habe noch keine klaren Vorstellungen von der Lage in Mocambique, meine aber, die Gründe für den Hunger seien fast ausschließlich politischer Natur...

Der Schriftsteller hofft, daß man Mocambique, wie auch anderen armen Ländern, wenigstens zeitweise helfen kann, indem man ihnen überschüssige Lebensmittel aus reichen Ländern zur Verfügung stellt. Seine Krücker nennen ihn einen Utopisten, worauf Vonnegut entgegnete, der ganzen Menschheit mangle es an gesundem Menschenverstand.

„Ich stimme mit den großen Komödianten darin überein, daß das Problem der Menschen nicht in ihrem Streben nach dem Bösen, sondern in ihrer Stumpfsinnigkeit besteht“, sagte er.

„Wir lösen unsere Probleme längst nicht so klug, wie es eigentlich sein müßte...“

Der NIKA-Präsident

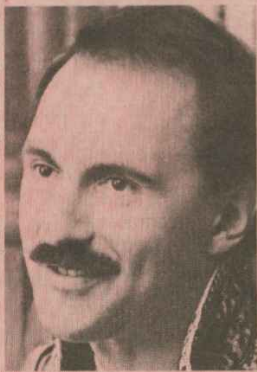
Es ist nicht ausgeschlossen, daß der erste Journalist, der in den Weltraum fliegt, der Präsident der sowjetischen Fernsehgesellschaft NIKA-TV **Nikolai Luzenko** sein wird. Der Orientalist, Politologe und Fernsehkommentator gehört zu den 18 Journalisten, die als Raumflugkandidaten zur weiteren medizinisch-biologischen Untersuchung ausgewählt wurden.

Anfang der 80er Jahre unterbrach Nikolai die Arbeit an seiner Habilitationsschrift an der AdW der UdSSR und ging als Japanexperte und Spezialist für die pazifische Region zum Staatskomitee für Rundfunk und Fernsehen. Ende der 80er Jahre gehört er zu den Organisatoren der Fernsehgesellschaft NIKA-TV. Damit brach Luzenko das fast 40jährige staatliche Monopol im Bereich der elektronischen Massenmedien.

„Um unsere Unabhängigkeit zu gewährleisten, haben wir uns beim Aufbau unserer Fernsehgesellschaft ausschließlich auf eigene Kräfte gestützt“, betonte der Präsident von NIKA-TV. Der neuen Fernsehgesellschaft helfen nicht nur sowjetische Enthusiasten, sondern ebenso ausländische Partner wie ABC, CNN und BBC. Selbst das Staatskomitee für Rundfunk und Fernsehen verhielt sich wohlwollend gegenüber dem neuen Konkurrenten im Äther.

Im Februar ist die erste Sendung von NIKA-TV mit dem Titel „Russen im Shuttle“ zu erwarten. Sie ist dem Aufenthalt von drei sowjetischen Journalisten, zu denen auch Luzenko gehörte, in den NASA-Zentren der USA gewidmet. Nach Abschluß des Kurses in der Raumfahrtakademie der USA kehrten die mit dem Ehrenabzeichen „Goldene Flügel“ der Absolventen dekorierten Journalisten nach Hause und zu ihren irdischen Angelegenheiten zurück, bei deren Einschätzung Nikolai Luzenko sehr zurückhaltend ist.

„Ich denke“, sagte er, „daß man erst 1991 regelmäßig Sendungen von NIKA-TV empfangen werden kann.“



Dmitri Gajew

Durch das Prisma der Menschlichkeit

Um ein Buch zum Thema „Russen und Deutsche“ zu schreiben, braucht man in erster Linie zwei Eigenschaften: Mut und Ehrlichkeit. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß es zu einer Zeit begonnen wurde, da noch der Stagnationshauch zu spüren war. Damals wurde jede Auffassung der Deutschen, die von der Konzeption einer Teilung der Nation nach ideologischer Zugehörigkeit in eine sozialistische und eine kapitalistische abwich, in Ostberlin sehr empfindlich aufgenommen, als unsere oberste Führung, die so schon über gespannte Beziehungen zu einem Land verfügte, das sich an der strategisch wichtigen Westflanke befindet (man erinnere sich nur an die Reaktion der DDR-Führung auf die Perestroika), zusätzliche Komplikationen vermeiden wollte. Erfahrene Germanisten wußten das und versuchten nicht einmal, dieses Thema in Angriff zu nehmen. Leonid Potschwalow versuchte dennoch, dieses Tabu zu brechen. Und das ist ihm gelungen, womit vielen Wissenschaftlern und Politikern, die zwar Gorbatschows Aufruf zum neuen Denken unterstützten, selbst aber an alten Gedanken festhielten, eine gegenständliche Lehre erteilt wurde.

Mut allein genügt allerdings nicht. In den jahrhundertealten Beziehungen zwischen unseren Völkern gibt es so vieles, so viel uneindeutiges, daß man es entweder überhaupt nicht anrührt oder die Wahrheit in vollem Umfang aussprechen muß. Das gilt für uns wie für sie. Ich will es so ausdrücken: Im Buch wurde nicht alles bis zu Ende ausgesprochen. Das ist auch unmöglich und vom psychologischen Standpunkt aus betrachtet vielleicht auch nicht zweckmäßig, denn wenn zu viel Wahrheit mit einem Mal auf den Leser eindringt, wird sie schwer aufnehmbar. Aber der Anfang ist gemacht. Und in diesem Sinne stellt Potschwalows Buch einen bedeutenden Markstein im

aufrichtigen Dialog zwischen Russen und Deutschen dar, der tatsächlich jetzt erst richtig in Gang kommt.

Natürlich ist noch eine Eigenschaft gefragt, nämlich Feingefühl. Ein nicht so gemeintes Wort im falschen Kontext würde den Leser verletzen, egal ob er nun in Köln oder in Moskau wohnt.

Das Buch wurde in einer Zeit geschrieben, da sich die Ereignisse überschlugen. Leonid Potschwalow erinnert sich, wie er einmal mit Erich Honecker auf dem Flughafen zusammentraf. Er beschreibt dessen bescheidene Reaktion auf die Mitteilung, sein Gepäck sei versehentlich von Moskau nach Sofia geschickt worden. („Das Meine habe ich bei mir.“) Der Leser von heute weiß dagegen, daß man beim „bescheidenen“ Honecker über ein Dutzend Luxuslimousinen gefunden und daß man ihn des Hochverrats angeklagt hat. Das aber ist lediglich eine Episode, die davon zeugt, daß sich die politische Lage in der DDR prinzipiell gewandelt hat, daß man sich in der Republik unter den Bedingungen der Parteienvielfalt auf die Wahlen im März vorbereitet und daß unter der Bevölkerung das Streben nach Wiedervereinigung erwacht ist und aktiviert wurde. Wie wird dieser Prozeß ablaufen? In welcher Form? Welche politischen, wirtschaftlichen und geopolitischen Folgen wird er für die Nachbarn haben, die unmittelbaren und die weiter entfernten? Alle Blicke sind jetzt auf die Deutschen gerichtet, auf ihre politischen Führer. Und die Reaktion ist längst nicht in jedem Fall eindeutig, darunter auch in unserem Land. Die einen beunruhigt das Auftreten rechtsradikaler, nationalistischer Tendenzen, die Tätigkeit der Republikaner.

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß die 1923 noch völlig unbekannte NSDAP zehn Jahre später die Macht ergriff, mit allen daraus folgenden tragischen Konsequenzen für Europa und die Deutschen selbst. Andere meinen, die BRD sei ein demokratisches,

friedliebendes und stabiles Land, das einerseits an der Entwicklung der westeuropäischen Integrationsprozesse, andererseits aber auch an guten Beziehungen zur UdSSR und anderen osteuropäischen Staaten interessiert ist. Leonid Potschwalow gibt in seinem Buch die Position wieder, die von den sowjetischen Vertretern beim Treffen von Intellektuellen beider Länder im Mai 1989 in Mühlheim geäußert wurde: Die Wiedervereinigung ist Sache der beiden deutschen Staaten, aber dieser Prozeß müsse in den gesamteuropäischen Annäherungsprozeß unter Einhaltung der abgeschlossenen Verträge eingebettet sein.

Auch heute, scheint es, ist diese Position die ausgewogenste, da sie den Interessen der Deutschen selbst ebenso wie denen ihrer Nachbarn Rechnung trägt.

Das wichtigste Verdienst von Potschwalows Buch sehe ich darin, daß er versucht hat, das Problem in seiner ganzen historischen und gegenwärtigen Kompliziertheit von der menschlichen Seite aufzuzeigen, vom Standpunkt der Menschen, ihrer Sympathien, ihrer Vorurteile und Voreingenommenheit, ihrer Schicksale und Erwartungen. In der Regel haben alle sowjetischen Publizisten, die die Mauer besuchten, bis in die jüngste Zeit hinein die in den offiziellen Kreisen der DDR übliche Position ihrer Funktion als „antifaschistischen Schutzwall“ kolportiert. Der Autor sah, nachdem er auf dem Aussichtsturm an der Mauer in Westberlin und auf einem ähnlichen Turm in Ostberlin war, die ganze Tragik der Lage sowohl für die Deutschen als auch für die Europäer, ja für alle Menschen auf der Erde. Hier möchte ich folgende Zeilen zitieren: „Ich betrachte die Mauer, die einige Schritte von mir entfernt verläuft. Jemand hat darauf geschrieben: ‚Maria, wo bist du?‘ Ich werfe einen Blick auf ‚jenes‘ Berlin, aus dem ich gekommen bin und wo ich viele Freunde habe... Mir ist traurig

zumute... Ich dachte: Hätte es eine solche Mauer in Moskau gegeben und meine Schwester, die ebenfalls Maria heißt, jenseits der Mauer gelebt, würden wir uns nur mit großer Mühe sehen können! „Maria, wo bist du?“ Was für ein Unsinn! ... Die schicksalsschweren Fehler der Politiker der Vergangenheit werden immer vom Volk bezahlt; von Maria, die sich irgendwo hinter den Mauern befindet...“

Jetzt ist die Mauer gefallen. Sie wird nach und nach demontiert, und geschäftstüchtige Leute verkaufen sie Stück um Stück als Souvenir. Wie viele dieser Mauern in Form von Vorurteilen gibt es aber noch! Wieviel Mißtrauen und Befürchtungen! Und es gibt nur einen zuverlässigen Weg, sie abzubauen: Man muß mehr voneinander wissen, einander besser verstehen. Die allgemeins menschlichen Werte müssen Vorrang haben vor den klassenmäßigen. Wir haben noch nicht in vollem Umfang begriffen, welche Wende von kopernikanischer Bedeutung in den Beziehungen zwischen den Völkern sich abzuspielen beginnt. Und das ist von besonderer Bedeutung für jene Völker, deren Vergangenheit durch Kriege belastet ist.

Das Buch ist voller Erzählungen über einfache menschliche Schicksale und ihre scheinbar unglaublichen Verflechtungen. Der folgende Fall hat sich mir am tiefsten eingeprägt: „In unserem Haus wohnte Onkel Karl Herz. Früher hatte er im Moskauer Zirkus gearbeitet... Onkel Karl, ein alter Junggeselle, bewohnte in unserer Gemeinschaftswohnung ein kleines Zimmer. Niemand wußte genau, wann und von wo er nach Moskau gekommen war; bekannt war lediglich, daß er Deutscher sei... Obwohl Mephisto sehr ähnlich, war er gutmütig und freundlich, und wir Jungen liebten ihn. Er gab uns Bonbons, die immer in der Tasche seines Schlafrocks lagen... Einen Monat nach Kriegsbeginn wurde Onkel Karl in der Nacht geholt... Unser Hauswart erklärte uns, Herz sei ein deutscher Spion. Aber niemand glaubte ihm... Ein Jahr nach Kriegsende wurden in unserem Hof Bäume gepflanzt. Fünf von meinen an die Front gegangenen Altersgenossen waren nicht zurückgekehrt. Der jüngere Bruder des einen wollte zum Andenken an den Soldaten einen Ahorn pflanzen. Dann beschlossen wir, auch das Andenken der anderen zu ehren. Plötzlich sagte

jemand: „Onkel Karl ist ja aber auch nicht zurückgekehrt“... Seitdem wachsen im Hof sechs Ahorne.“

Solange wir noch den Wunsch haben, solche Bäume zu pflanzen, leben wir und können hoffen, daß die Beziehungen zwischen den Völkern nicht in erster

Linie von geostrategischen Überlegungen, sondern von Menschlichkeit bestimmt werden, jener Menschlichkeit, von der uns Leonid Potschiwalow in seinem Buch mutig, ehrlich und einfühlsam erzählt hat.

Dr. phil. habil. **Boris Orlow**, Historiker

Die Genossenschaft „WREMJA“

bietet Wohnungen und Zimmer in Moskau für die Unterbringung sowjetischer und ausländischer Bürger sowie für Vertretungen ausländischer Firmen an, stellt hierfür ihre Telefone und Telefax-Geräte zur Verfügung.

Den ausländischen Gästen wird die einmalige Möglichkeit geboten, Leben und Alltag einer sowjetischen Familie kennenzulernen.

Die Genossenschaft ist an der Bildung von Gemeinschaftsunternehmen im Bereich des internationalen Tourismus interessiert.

Auf gegenseitige Vereinbarung vertritt die Genossenschaft Ihre Interessen bei der Vermarktung von Erzeugnissen und Dienstleistungen in der Sowjetunion, organisiert Werbung in Fernsehen, Rundfunk und Presse.



Angebote sind zu richten an:
Genossenschaft „WREMJA“,
Strastnoi Bulwar 8
127412, Moskau, UdSSR
Telefax: 2293511
Telefon: 229 90 89, 229 11 69, 905 27 52

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK „NEUE ZEIT“:

Ein aktueller Überblick über das neue Denken, Glasnost und Perestroika

Die „**Neue Zeit**“ bringt Beiträge sowjetischer und ausländischer Politiker, namhafter Wissenschaftler und Schriftsteller, führender Journalisten, ferner Interviews, Überblicke, Korrespondenzen, Reportagen und Glossen.

Die „**Neue Zeit**“ erscheint in zehn Sprachen: russisch, deutsch, englisch, französisch, spanisch, portugiesisch, italienisch, polnisch, tschechisch und griechisch. Sie hat Leser in mehr als hundert Ländern.

Bestellungen nehmen entgegen in:

BELGIEN (620 bfr.)

- Librairie du Monde Entier, rue du Midi, 162, 1000 Bruxelles.
- Association Belgique – URSS, 21, rue du Meridien, B-1030 Bruxelles.
- Agence et Messageries de la Presse 1, Rue de la Petite-Ile, B-1070, Bruxelles

BUNDESREPUBLIK

DEUTSCHLAND (58 DM)

- VVG Verlags- und Vertriebsgesellschaft m. b. H. Xantener Str. 7 Postfach 10 15 55 4040 Neuss 13
- Lange & Springer GmbH & Co. KG Postfach 10 16 10 5000 Köln 1
- Kubon und Sagner GmbH Postfach 34 01 08 8000 München 34

DÄNEMARK (158 dkr.)

- „Sputnik“ International Vester Voldgade 11 1552 Copenhagen K
- „Akademisk Boghandel“ Universitetsparken, DK-8000 Aarhus C

DDR – alle Postämter

HOLLAND (52 hfl.)

- Pegasus Boekhandel Leidsestraat 25 1017NT Amsterdam
- Swets Subscription Service 347b. Heerweg P. O. Box 830 2160 SZ Lisse-Holland

JUGOSLAWIEN

- „Jugoslovenska knjiga“, 11 000 Beograd, Trg. Republike, POB 36
- Prosveta Export-Import Agency, 11 001 Beograd, Terazije 16/1.
- „Mladost“, Export-Import 41 000 Zagreb, Ilica, 30

- „Drzavna Zalozba Slovenije“, Export-Import, 61 001 Ljubljana, Titova 25. P. O. B. 50-1.
- „Veselin Maslesa“ OOUR Jzvoz-Uvoz Ulica Jna 42 71 000 Sarajevo, SFRY
- Knigoizdatelstvo Makedonska Kniga Otdelenije za Stranska literatura Ulica Tiranska b.b. 91 000 Skopje, SFRY

LUXEMBURG (620 bfr.)

- Messageries Paul Kraus, Case Postale 2022, 11, rue Christophe Plantin Luxemburg-Gare

NORWEGEN (132 nkr.)

- „Narvesens“ Info Center P. O. Box 6125 Etterstad, N-0602, Oslo 6

ÖSTERREICH (400 ÖS)

- „Globus“-Vertrieb ausländischer Zeitschriften, Höchstädtplatz 3, A-1206 Wien.
- „Das Internationale Buch“, Trattnerhof 1, A-1010 Wien 1

POLEN – Niederlassungen, Postämter und internationale Presse- und Bücherklubs

SCHWEIZ (58 SF)

- Cobram, CP 117 CH 1211 Geneve 1MB.
- Pinkus Genossenschaft Froshaugasse 7 8025 Zürich 1

TSSCHECHOSLOWAKEI

- PNS-UED Jindiska 14, Praha 1
- PNS-UED Gottwaldovo nam. 6. Bratislava

UNGARN – alle Postämter

USA (25.00 Dollar)

- Victor Kamkin, Inc. 12224 Parklawn Drive Rockville, Md. 20852

BERLIN (WEST) (58 DM)

- „das europäische buch“ Thielallee 34, 1000 Berlin 33 West.
- Buchhandlung Elwert & Meurer, Hauptstraße 101, 1000 Berlin 62 West

Bitte diesen Kupon ausschneiden, auf eine Postkarte kleben und an eine der obenangeführten Firmen einsenden.

Herrn / Frau / Frl. / Fa. / Buchhdlg.

Name: Vorname:

Anschrift:

Abonnementbestellung

Anzahl: Titel:

Preis:

BEZUGSZEITRAUM

1 Jahr 2 Jahre 3 Jahre Datum

Bitte Entsprechendes ankreuzen Unterschrift



Neue Möglichkeiten für Geschäftsleute



Die Internationale Handelsverwaltung der
Zivilluftfahrt (MKU GA) hilft Ihnen, Ihre
Probleme beim internationalen
Lufttransport und bei der Gründung von
Gemeinschaftsbetrieben mit ausländischen
Partnern zu lösen.

MKU GA



wickelt jede außenwirtschaftliche
Tätigkeit der Zivilluftfahrt ab, inklu-
sive Lufttransport und Service in
der UdSSR und im Ausland; Devi-
sen- und Finanzverrechnungen;
Abschluß von Verträgen und Ver-
einbarungen; Werbung für Luft-
transport und Service; technische
Hilfe für sowjetische und ausländi-
sche Organisationen, Firmen und
Einzelpersonen bei Wartung und
Reparatur von Flugtechnik, bei Lie-
ferungen von Ausrüstung und
Material und bei der Ausbildung
von Fachleuten.

Einen Geschäftspartner wie MKU GA zu haben, bedeutet schnellen und effektiven Zugang zu direkten Geschäftsverbindungen mit Luftfahrtgesellschaften, Firmen und Organisationen in fast 100 Ländern ohne zusätzliche Ausgaben.

Wenn Sie mit uns zusammenarbeiten wollen, schreiben Sie uns:
125167 Moskau, A-167, Leningradski Prospekt 37
Internationale Handelsverwaltung der Zivilluftfahrt

Telefon: 155 66 47
Telex: 411 969



14159 7 100 000 002
UTPATEL, C
1055 3016 4964 MTZR 11

Aeroflot offeriert die neue internationale Fluglinie



LWOW – PRAG

Die Strecke wird jeden Mittwoch mit einer Jak 42 beflogen.

Flugplan:

Flug	Abflug	Ankunft
Su 697	Lwow 08.40	Prag 08.30
Su 698	Prag 09.50	Lwow 13.40

(Ortszeit)

Die neue Route zwischen der Sowjetunion und der Tschechoslowakei ist zeitsparend und bietet neue Möglichkeiten, um die bedeutendsten kulturellen Zentren und Städte beider Länder kennenzulernen.

AEROFLOT
Soviet airlines

Nähere Auskünfte über die Flüge auf dieser neuen Strecke geben alle Vertretungen von Aeroflot.